

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

17 ZIELE, DIE UNSERE WELT VERÄNDERN



Wahrnehmung einer

VERPATZTEN KANZLERSCHAFT

Elmar Römpczyk

Autor:
Dr. Elmar Römpczyk
Königswinter
2020

Lektor
Ino Cornely
Castrop-Rauxel

Druck:
Druckwelle, Bonn

Wahrnehmung einer VERPATZTEN KANZLERSCHAFT Sprechblasen statt Perspektiven

<u>Stichworte :</u>	<u>Seite:</u>
❖ GESELLSCHAFT & WIRTSCHAFT	7
LOBBYISMUS - statt politischem Programm	7
WIRTSCHAFTSPOLITIK - nachhaltig war gestern, oder ?	16
Globalisierung / Freihandel - cui bono ?	16
Extraktivismus / Neokolonialismus - cui bono ?	25
FLÜCHTLINGE - wohin ?	28
AGROINDUSTRIE gegen LANDWIRTSCHAFT	35
DIGITALISIERUNG - als Sprechblase kontraproduktiv	43
BILDUNGSPOLITIK - für das ganze Land, bitte	50
❖ SCHWERPUNKTE WELTPOLITIK	57
OSTERWEITERUNG - mit Tunnelblick	57
CHINA – FIXIERUNG	61
CHINAS GLOBALISIERUNG IM ICE-TEMPO	64
Chinas zentrales Machtinstrument: Seidenstraße	65
China sichert seine Interessen kompromisslos	
auf der regionalen Ebene ...	66
... und bei den großen Nachbarn	70
... und in Chinas „backyard“ Afrika	72
Die imperialen Interessen Chinas <u>erkennen wollen</u>	
bleibt der erste Schritt	75
Seidenstraßenausbau - global total	76
CHINA durchdringt den europäischen Markt	77
Durchdringungsziel Deutschland	79
Durchdringungsziel Italien	82
Militärische Durchdringung in Schweden	83
IT-Durchdringung in Norwegen	84
Dänemarks Wahrnehmung	85
DISTANZ GEGENÜBER CHINA: Widerstand im globalen Süden	87
❖ WICHTIGE EINZELPOLITIKEN	89
ASPEKTE von ENERGIEPOLITIK	89
Energiewende - eigentlich nationale Klimawende	89
Energiewende - nicht ohne mein Auto; chinesisch bleiben	97
Wasserstoffstrategie als zukunftsfähige Alternative	100

TESLA - der e-Rückschlag	107
UMWELTPOLITIK - nachhaltig wäre machbar	109
Blau oder Grün oder einfach Ökologisch	114
Ökologischer Fußabdruck zwingt zu echtem Handeln	116
Grüne Energiewende ist vor allem dezentral	119
Ostsee - „blaue Ökonomie“ von unten	122
KREISLAUFWIRTSCHAT - Kern nachhaltiger Reformen	124
Rohstoffsicherung global oder lokal, vor allem sinnvoll	131
Trinkwasser, mehr als nur Rohstoff: das wichtigste Lebensmittel der Gesellschaft	134
DEMOKRATIE FÖRDERN ; BÜRGERGESELLSCHAFT STÄRKEN	137
Querliegende Stolpersteine der Demokratie	139
Abbau von Lobbyismus und ...	141
... Drehtüren und Korruption	144
Bürgergesellschaft reagieren	145
A. MERKEL - die Europäerin	146
Demokratie – ja; Korruption – nein	146
Krisenbewältigung - nicht ohne EU-Reformen	149
Rechtsstaatlichkeit und Sanktionen – EU-Parlament-ja; Merkel blockiert	153
A. Merkels professioneller Machterhalt	155
Doch noch ein europäischer Ausblick: GREEN DEAL der EU-Kommission	161

A. Merkel, politische Ämter

MdB: ab Dezember 1990

Ministerin: 1991 - 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend
(Kabinett Kohl)

1994 - 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Reaktorsicherheit (Kabinett Kohl)

CDU-Vorsitz: 10.4.2000 - 7.12.2018

Kanzlerin: 22.11.2005 Bundeskanzlerin (Nachfolge von G. Schröder
durch vorgezogene Wahl)

Merkel-Kabinette:

2005-2009 CDU - SPD

2009-2013 CDU - FDP

2013-2017 CDU - SPD

2017-2021 CDU - SPD

Auch Angela Merkels politischer Förderer im wiedervereinigten Deutschland – H. Kohl – hatte zwar einen etwas anderen, aber einen ähnlich imposanten politischen Lebenslauf vorzuweisen. Er blieb wegen seines skandalösen Umgangs mit Parteispenden und wegen politischer Profilarmut immer ein mittelmäßiger Kanzler. A. Merkel vermied Finanzskandale zum persönlichen Nutzen. Das gehört sicher auch zur Erklärung ihrer hohen Beliebtheitswerte. Daneben hat sie vor allem die politischen Sprechblasen aus der Kohl-Ära übernommen und zur Blüte gebracht (Kohl 1990: die neuen Bundesländer werden in „blühende Landschaften“ verwandelt; gleichzeitig arbeitete die *Treuhand* intensiv daran, die wenigen blühenden DDR-Industrien zu beseitigen). A. Merkel hat dann ähnlich unreflektierte Sprechblasen formuliert („wir schaffen das“) und sie hat einen eigenen Humor präsentiert mit Sprüchen, wie: „Auch mir hat eine Satiresendung schon einmal richtig aus der Seele gesprochen, als es dort hieß: Gott hat die FDP vielleicht nur erschaffen, um uns zu prüfen.“ (CDU-Parteitag 2012).

Der vorliegende Beitrag nimmt sich einige wichtige Politikfelder der letzten 15 Jahre vor, um abzuklären, ob Angela Merkel vielleicht nur Bundeskanzlerin wurde, um uns Bürger zu prüfen..... und um zu prüfen, ob wir nicht längst von einer verpatzten Kanzlerschaft sprechen müssen.....

Der SPIEGEL heftete dem Merkel'schen Politikstil das Beiwort „stiekum“ an (No.27/2017) und nannte die Resultate dieser Politik „im Großen und Ganzen in Ordnung“. Das diskreditiert den SPIEGEL. Denn im selben Beitrag heißt es anschließend, es gehört zu Merkels Politik der Überraschungen, wenn *„sie plötzlich die Wehrpflicht aussetzt, weil ihr Verteidigungsminister (Guttenberg!) sonst seine Sparziele nicht erreicht hätte. Sie verordnete dem Land einen Atomausstieg, nachdem sie von den Bildern der Reaktorkatastrophe in Fukushima überwältigt worden war. Einige Monate zuvor hatte sie dem Land noch längere Laufzeiten der Atommeiler verordnet. Sie holte spontan Flüchtlinge aus Ungarn ins Land, ohne ein Konzept für eine Flüchtlingspolitik zu haben.“*

Das alles ist nicht „stiekum“, sondern planlos, chaotisch und hat Deutschland eine Fülle an gesellschaftlichen, an kulturellen und nicht zuletzt an wirtschaftlichen Problemen eingebrockt (Autoindustrie; Agrarindustrie; Chinas Marktmacht). Es ist so, weil A. Merkel nicht „vom Ende eines Problems her denkt“ (wie das Mantra ihrer PR-Abteilung allzu oft lautet); vielmehr reagiert sie (falls sie reagiert) auf das Problem, das ihr vor die Füße gefallen ist. Deswegen nimmt sie gar nicht erst die Bedeutung der ganz großen gesellschaftlichen Herausforderungen für unser Land wahr. Und die sind 2020 durch Corona nur überdeckt, nicht kleiner geworden und in 15 Regierungsjahren immer nur in politische Sprechblasen verpackt, aber nie zukunftswirksam abgearbeitet worden. Aber irgendwo müssen sich doch auch eigene politische Interessen der Kanzlerin Merkel erkennen lassen. In einigen Bereichen werden diese Interessen tatsächlich sichtbar. Sie sind hier als Stichworte aufgereiht, ohne damit Prioritäten anzuzeigen:

GESELLSCHAFT & WIRTSCHAFT

LOBBYISMUS – statt politischem Programm

Als A. Merkel Bundeskanzlerin wurde stand Deutschland auf Platz 16 in der Korruptionsliste CPI von *Transparency International* mit der Punktzahl 8,2 von 10 möglichen. Unter den besten 8 befanden sich 5 skandinavische Staaten, mit Island an der Spitze (9,7 / 10). 2019 hatte sich Deutschland auf Platz 9 geschoben mit 8,1 / 10). Unter den besten 8 befanden sich immer noch 4 skandinavische Staaten, allerdings keiner mit einer 9 vor dem Komma. Insgesamt und auch an der Spitze der CPI-Statistik war die Welt korrupter geworden. Und Lobbyismus und Korruption sind schon immer sehr enge Verwandte:

- 2010, 5 Jahre nachdem A. Merkel ins Kanzleramt gezogen war, titelte die Süddeutsche Zeitung:
*„Das Prinzip der **politischen Landschaftspflege**. Wie Großspender ihre Zuwendungen an Parteien verteilen – und wer davon am meisten profitiert.“* Im Text wurde zusammengefasst: *„Zu den größten Spendenzahlern der Republik gehören die Verbände der Metall- und der Elektroindustrie. Diese ... spendeten ... etwa achtzig Prozent an die Union...“*
- 2013, 8 Jahre nachdem A. Merkel ins Kanzleramt gezogen war, titelte ein Bericht der TAZ; *„**Bestechung ist auch in Deutschland üblich**. Mit Pseudoinnovationen und Korruption ziehen Medikamentenhersteller Milliarden aus dem Gesundheitssystem“*
- 2020, 15 Jahre nachdem A. Merkel ins Kanzleramt gezogen war, hatte sich der größte Finanzskandal in der deutschen Bankengeschichte an das Kanzleramt geheftet. Der undurchsichtige Finanzdienstleister **Wirecard** hatte Luftbuchungen von 1.900 Milliarden Euro zustande gebracht, obwohl Fachleute schon Jahre zuvor Warnungen ausgesprochen hatten. Aber der Kanzlerin vertraute Personen hatten

sie im Kanzleramt besuchen dürfen und hatten erfolgreiches Lobbying zugunsten von Wirecard geleistet – so erfolgreich, daß die Kanzlerin bei ihrer folgenden China-Reise 2019 ihrerseits in Peking Lobbying für Wirecard betrieben hatte. Besucht hatten sie zu dem Thema in ihrem Büro ihr früherer Wirtschaftsminister zu Guttenberg, der frühere Regierungschef von Hamburg (Ole von Beust), aber auch der Staatssekretär im Bundeskanzleramt K.D. Fritsche, der seit Januar 2014 Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes war. Der ehemalige Minister Guttenberg, der sein Ministeramt verlor, weil er mit seiner Doktorarbeit betrogen hatte, war seit 2016 als Berater für Wirecard tätig. Guttenberg überredete die Kanzlerin, den geplanten Markteintritt Wirecards in China zu „flankieren“. Zu dem Zeitpunkt stand Wirecard allerdings schon auf der rosa Liste der staatlichen Bankenkontrolle BAFIN – wegen des Verdachts auf Bilanzfälschung. Und der Verdacht verhärtete sich sogar schnell im Ausland. Erst 2020 platzte die Wirecard-Blase dann auch vor den Augen der Bundesregierung.¹ Natürlich kann man A. Merkel mit dem Hinweis entlasten, daß sowohl die Nachrichtendienste als auch die Bankenaufsicht letztlich entspannt geschlummert hatten beim Thema Wirecard. Aber hilft das der Kanzlerin wirklich? Es sind wichtige Einrichtungen ihrer Regierung. Die versammelte Opposition im Bundestag hat jedenfalls im September 2020 die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum Fall Wirecard durchgesetzt.²

¹ Am 2. September 2020 titelte z.B. die TAZ: **Bafin und Wirecard: dubiose Verbindung.** *Der Finanzausschuss des Bundestags findet in der Betrugsaffäre heraus: Bafin-Mitarbeiter handelten mit Aktien des Finanzdienstleisters*

² „... Untersuchungsgegenstand soll sein, ob und in welcher Weise sich **die Bundesregierung** und/oder ihre Geschäftsbereichsbehörden für die Belange des Wirecard-Konzerns im In- wie im Ausland eingesetzt haben und welche Kommunikationsflüsse hierzu ggf. bestanden haben. Des Weiteren soll untersucht werden, ob und wenn ja, inwieweit ggf. Verbindungen zwischen dem Wirecard-Konzern und inländischen sowie ausländischen staatlichen Stellen bestanden.“ (Bundestagsprotokoll Nr. 19/22240, 9.9.2020)

Wer viele Jahre in sogenannten Entwicklungsländern im globalen Süden oder im europäischen Osten gearbeitet hat, den schockieren nicht einmal die großen Geldbeträge, die als Schmiermittel ins politische System flossen und fließen. Problematischer ist der hohe Grad an direkter Beeinflussung der politischen Ordnung durch massiv auftretende Lobbyisten. Auch 2020, nachdem A. Merkel praktisch seit 15 Jahren Kanzlerin ist, debattiert man noch immer (mal wieder) über die systematische Erfassung der Lobbyisten, ein sogenanntes **Lobbyregister**. Auf die lange Liste an Lobby-Skandalen (Lobbyisten hatten zweitweise eigene Büros in „ihren“ Ministerien einrichten dürfen) verständigte sich die GROKO dennoch nur auf ein Lobbyregister für den Bundestag, nicht auch für die Ministerien und Bundesbehörden und das Kanzleramt.

2019 war dieser Register-Initiative einer der vielen umfassenden Beiträge zum Thema im SPIEGEL vorausgegangen (No.16 / 2019). *„Das Geschäft mit der Einflussnahme auf die Politik in Berlin und Brüssel boomt. ... Interne Protokolle belegen die geheimen und fragwürdigen Methoden der Strippenzieher“*. Und weiter heißt es im SPIEGEL-Beitrag: *„Die Lobbying-Firma EU-TOP (> Ihr Partner für Governmental Relations) hat zur Feier des 25. Firmenjubiläums geladen. ...“* Und wo? *„Die Geburtstagsfeier der politischen Einflüsterer findet im Münchner Maximilianum statt, dem bayerischen Landtag.“* Also genau dort, *„wo normalerweise Gesetze für den Freistaat Bayern entstehen, tafeln nun Berater einer Lobbyfirma, die zu den einflussreichsten ihrer Branche gehört.“*

Am weiteren Text dieses Beitrags ist sehr vieles sehr interessant und senkt beim Leser die Begeisterung für die bei uns praktizierte Demokratie ganz erheblich.

Der Leser erinnert sich allerdings sehr schnell an ein vergleichbares Ereignis: die Einladung des eindeutig kriminell agierenden Chefs der Deutschen Bank am 22.4.2008 ins Kanzleramt aus Anlass von dessen 60. Geburtstag. Die Kanzlerin hatte dazu etwa 30 weitere „hochrangige“ Gäste geladen und in ihrer Begrüßungsrede hervorgehoben: *„Sehr geehrter Herr Dr. Ackermann, Sie haben in erheblichem Maße zur*

erfolgreichen Positionierung der Deutschen Bank auf den internationalen Finanzmärkten beigetragen, insbesondere was das Investment Banking angeht. Ihr persönlicher Beitrag zur Entwicklung des Finanzstandortes Deutschland ist daher kaum zu überschätzen.“

Dieser Lobpreisung der Kanzlerin standen wenige Jahre später sehr ernüchternde Erkenntnis über schwerste Manipulationen des Interbanken-Zinssatzes (Libor bzw. Euribor) durch die Deutsche Bank gegenüber. Dem Kanzleramt läßt sich wahrscheinlich zugutehalten, daß diese Manipulationen zwar schon **seit 1991** zwischen Deutscher Bank und einigen anderen internationalen Großbanken verabredet und erst etwa ab 2012 ruchbar wurden und zur Strafverfolgung in Großbritannien, den USA und durch die EU-Kommission führten. Bis dahin hatte die Deutsche Bank allerdings schon Extragewinne in Milliardenhöhe kassiert.³ Ein „*persönlicher Beitrag zur Entwicklung des Finanzstandortes Deutschland ...*“ – oder? Warum waren auch hier Bankenaufsicht und Geheimdienste unsichtbar geblieben?

2015 meldete die Tagesschau dann: *Die aufgeflogene Manipulation von Zinssätzen kommt die Deutsche Bank teuer zu stehen. Das Institut schloss nun einen Vergleich mit britischen und amerikanischen Behörden und muss eine Rekordbuße von 2,5 Milliarden US-Dollar zahlen.* (Tagesschau, 23.4.2015). Interessant, daß es – wie beim *Dieseltgate* – amerikanische Behörden sind, die deutsche kriminelle Unternehmen zur Rechenschaft ziehen und nicht der deutsche Gesetzgeber und selten genug die deutsche Justiz.

In jedem Fall ist die Einladung von Herrn Ackermann als Kopf

³ „Die Libor-Manipulationen und ihre Rechtsfolgen“, Diss, Uni Wien, 2016.

Der Libor (London Interbank Offered Rate) wurde seit Mitte der 1980er Jahre an jedem Bankarbeitstag vormittags von der British Bankers' Association (BBA) in London festgelegt. Für die Berechnung gaben die nach Marktaktivität wichtigsten Banken weltweit an, welche Zinsen sie für Kredite der Konkurrenz zahlen müssen. Diese Referenzzinssätze geben daher an, zu welchen Konditionen sich Banken gegenseitig Geld leihen. Sie sind **Maßstab für Geschäfte in Billionenhöhe** - vom Baukredit bis zu Derivate-Geschäften, etwa auf Rohstoffe.

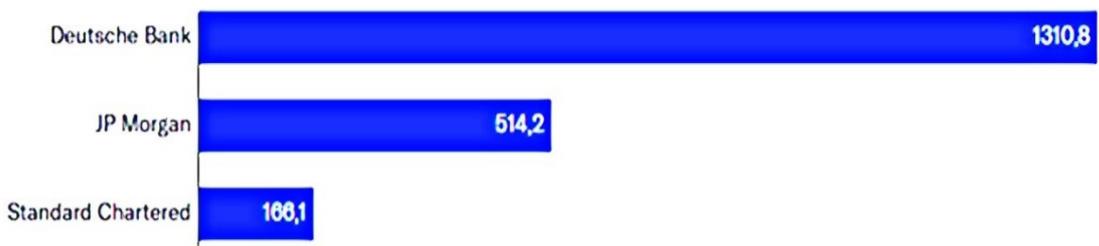
der Deutschen Bank ins Kanzleramt zur privaten Geburtstagsfeier ein ebenso skandalöser Fall von Lobbyismus wie das Beispiel der Firma EUTOP in Bayern.

Aber kann man in all dem tatsächlich Nichtwissen oder eine gewisse Naivität dem Kanzleramt und der Chefin unterstellen? Eher nicht. Denn im Krisenjahr 2008 machte A. Merkel ausgerechnet den Goldman-Sachs-Berater Otmar Issing zum Vorsitzenden der Kommission *Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur*. Die Bank Goldman Sachs war immerhin in den Augen der internationalen Öffentlichkeit der Hauptverursacher der globalen Finanzkrise!

Und dieser intensive Lobbyismus auf höchstem Niveau zieht sich auch in den Folgejahren durch: der ehem. Co-Chef von Goldman Sachs für Deutschland (Jörg Kukies) wurde im April 2018 zum Staatssekretär im Bundesfinanzministerium berufen. Dort ist er für Fragen der Finanzmarktregulierung zuständig. Auch das überzeugt – die Finanzwirtschaft.....

Im Übrigen ist die Deutsche Bank auch im Jahr 2020 immer noch ein Beispiel für Finanzmanipulationen und Geldwäsche, auch wenn der neue Chef inzwischen nicht mehr Ackermann heißt. Das *International Consortium of Investigative Journalists* (ICIJ) nennt mehrere global tätige Großbanken, die trotz hoher Strafzahlungen wegen Geldwäscherei in den vergangenen Jahren weiterhin Milliardenbeträge undurchsichtiger Herkunft verschoben haben: vorneweg die Deutsche Bank, in großem Abstand gefolgt von JP Morgan, HSBC, Standard Chartered und anderen. ⁴

**vom US-Finanzministerium genannte Banken
mit extrem großen Finanzmanipulationen in
Mrd US \$, 1999-2017**



⁴ Neue Zürcher Zeitung, 21.9.2020

Ein eigentlich dramatischer Versuch, über A. Merkel hinaus systemischen Lobbyismus zum Erfolg zu führen, ist mit einem guten alten Bekannten von A. Merkel eng verknüpft, mit Friedrich Merz. Man mag sich die Augen reiben, wenn ausgerechnet ein Friedrich Merz sich um die Merkel-Nachfolge für CDU-Vorsitz und Kanzlerschaft bewirbt. Ein F. Merz, den A. Merkel einst als Fraktionsvorsitzenden der CDU geschasst hatte. Damals (2002) war Merz noch nicht der Deutschland-Repräsentant für BlackRock. Erst ab 2016 hatte F. Merz den dreiköpfigen Aufsichtsrat von BlackRock-Deutschland geleitet und war Ende März 2020 von diesem Amt zurückgetreten, um Merkel-Nachfolger zu werden. Sich um die Merkel-Nachfolge zu bewerben ist ja nichts Ehrenrühriges. Aber mit dem Denkschema eines der weltgrößten Finanzverwalter (und folglich – Manipulators) im Kopf die Politik Deutschlands zu bestimmen, würde aus diesem Land einen noch eindeutigeren Spielball der großen Banken machen als wie es unter A. Merkel eingeleitet wurde.

Der US-Vermögensverwalter **BLACKROCK** ist wohl der einflussreichste Lenker globaler Investitionen am globalen Finanzmarkt. Damit ist eine Menge Macht verbunden.

Mehr als 5.500 Mrd Euro hatte Blackrock Ende 2017 für seine Kunden angelegt. Zu diesen Kunden gehören Superreiche, Versicherungen, Stiftungen, Unternehmen, Staatsfonds und Pensionskassen.

Weitere 14.000 Mrd Dollar laufen über die Analyse- und Handelsplattform **ALADDIN**, einen Supercomputer, der in Millisekunden die ökonomischen Folgen eines Ereignisses ausrechnet und dessen Service viele große Finanzdienstleister gebucht haben.

Weil diese Investoren ihre Daten ständig bei Aladdin einspeisen, beherrscht Blackrock nicht nur so viel Kapital wie niemand sonst auf der Welt – das Unternehmen weiß auch, wohin es fließt und woher es kommt. Entsprechend groß ist Blackrocks Einfluss auf Wirtschaft und Politik.

In Deutschland ist BlackRock an allen DAX-Unternehmen beteiligt und gleichzeitig der größte Einzelaktionär der Deutschen Börse

So wie die Kanzlerin sich nicht durch die massiven Manipulationen der Deutschen Bank bekümmern ließ, so wenig scheint

sie die ausgefeilte Handlungsstrategie von BlackRock zu bekümmern. Eine wichtige Komponente dieser Strategie ist die strategische Personalpolitik und der Köder hoch-dotierter Posten im BlackRock-Netzwerk. F. Merz als CDU-Vorsitzender und gar Kanzler wäre das absolute Sahnehäubchen für die Europa-Politik der Finanz-Heuschrecke BlackRock.

Die deutsche Monopolkommission zitiert knapp das BlackRock Selbstverständnis:

*„We typically only vote against management when direct engagement has failed. At Black Rock, engagement encompasses a range of activities from brief conversations to a series of one-on-one meetings with companies. [...] Our preferred approach is to encourage companies to change their practices **where we feel** it is needed, rather than to divest their shares [...].“* und auf eine weitere Klarstellung des BlackRock Gründers, Larry Fink (2018):

*„BlackRock can choose to sell the securities of a company **if we are doubtful about** its strategic direction or long-term growth“.* (<https://www.blackrock.com/corporate/investor-relations/larry-fink-ceo-letter>, am 17. Mai 2018).⁵

Der Bankensektor ist außerordentlich wichtig für das Industrieland Deutschland. Das wissen die Banker und haben es vergleichsweise leicht, als elegante Lobbyisten aufzutreten. Aber sie sind bei weitem nicht die einzigen. Alleine in Berlin geht man von 5.000 berufsmäßigen Lobbyisten aus. In Brüssel und Straßburg von weiteren 25.000. Neben dem Finanzsektor üben weitere Lobbyverbände außerordentlich zielstrebig und erfolgreich ihren direkten Einfluß auf den Gesetzgeber aus, allen voran die Autoindustrie, die Flugzeugbauer; die Agroindustrie, die Energiewirtschaft, die chemische Industrie. Immer zugleich in Berlin (und den anderen Hauptstädten) und in Brüssel.

Lobbyismus und strategische Unterwanderung des politischen Systems durch global vernetztes Großkapital in der

⁵ alles übernommen aus Monopolkommission: *Wettbewerb 2018* XXII. Hauptgutachten der Monopolkommission

Merkel-Ära ist manchmal (anders als bei BlackRock) für jeden Bürger unmittelbar spürbar. Einer früheren Umweltministerin, die sich später gerne als Klimakanzlerin international loben ließ, müsste es persönlich ziemlich peinlich sein, auf die deutsche Autoindustrie zu treffen. Dieses bisherige Rückgrat der deutschen Wirtschaft arbeitet ähnlich erfolgreich wie der Bauernverband als Lobby in Berlin und Hannover und Stuttgart und München und natürlich in Brüssel. Und immer wieder stimmt Kanzlerin Merkel der Bestallung von CSU-Verkehrsministern, wie A. Scheuer oder A. Dobrindt oder P. Ramsauer zu – selbst wenn die Bundesregierung sich wegen deren verkehrspolitischen Chaos Rügen aus Brüssel abholt. Zwar ist der kriminelle Dieselskandal deutscher Autokonzerne eine unsägliche Blamage für die Regierung Merkel – auch weil er erst durch US-Behörden aufgedeckt und sanktioniert wurde. Zwar ist der Flop der Autobahn-Maut für ausländische Verkehrsteilnehmer mit der Schelte aus Brüssel eine kaum fassbare Peinlichkeit für die Bundesregierung - weniger für einen ohnehin als Realsatire wahrgenommenen Verkehrsminister Scheuer als für die große Europäerin Merkel. Aber noch unglaublicher kommt das Bundesverkehrsministerium in seiner Rolle als feudale Geldquelle für Bayern daher. Seit 2009 stellt die bayerische CSU die Verkehrsminister. Seit 2009 fließt der mit Abstand größte Anteil der Steuergelder aus diesem Ministerium in die Straßen- und Brückeninvestitionen Bayerns. Und zufällig wiederum ein Großteil davon in die Wahlkreise der Minister (Ex-Minister) Ramsauer, Dobrindt, Scheuer. Auch Mecklenburg konnte sich über leicht erhöhte Investitionen in die Infrastruktur freuen, denn schließlich liegt hier auch der Wahlkreis der Kanzlerin. Indem die Kanzlerin dieses feudale Selbstverständnis des Verkehrsministeriums für sich bestehen läßt, toleriert sie nicht nur den Pfründecharakter dieses Hauses, sondern behindert auch den so dringend erforderlichen Umbau des Verkehrssystems und der Mobilität im Industrieland Deutschland. Seit Jahrzehnten rangiert unter den drei deutschen Konzernen mit der größten Wertschöpfung

immer auch ein Autokonzern.⁶ Das hat bei einigen Konzernkern zu einem exzessiven Selbstbewusstsein geführt (Paradebeispiel F. Piëch), das sich **auf unternehmerische Machtfragen reduzierte** und nicht auf unternehmerischen Weitblick. Den Weitblick beim Vorstandsvorsitzenden und später sogar Aufsichtsratsvorsitzenden Piëch hätte die Politik als Zulieferer einbringen können / müssen. Weniger die Politik in Hannover als die in Berlin. Schließlich wird auch 2020 von der Bundesregierung die deutsche Autoindustrie immer noch als nationales Rückgrat der Wirtschaft wahrgenommen und trotz ihrer Milliardenumsätze und trotz ihrer hochgradig kriminellen Machenschaften („Dieselgate“) direkt und indirekt hoch subventioniert. Aber hätten diese Verkehrsminister im Kabinett Merkel den politischen Weitblick und damit volkswirtschaftliche Zielsetzungen einbringen können, die auf **zukunftsfähige Mobilität** in einer modernen Industriegesellschaft abzielen und solche Zielsetzungen der Autoindustrie auch vermitteln können? Offensichtlich nicht. Und die Kanzlerin selber hielt sich an ihrer Sprechblase von der 1 Mio e-Autos bis 2020 fest. Die wirkliche Herausforderung unserer Zeit – gesellschaftliche statt individuelle SUV-Mobilität – blieb offensichtlich auch im Bundeskanzleramt ein NO-Thema. Es lag nicht im Interesse der Autoindustrie. Gerade Volkswagen baute lieber sein China-Geschäft weiter aus – mit klassischen Verbrennungsmotoren. Daher ist es wenig überraschend, daß kleinere Nachbarländer, wie die Niederlande und Dänemark längst erheblich größere Innovationen für eine zukunftsfähige Gesellschaft realisieren, gerade auch mit einer klimafreundlicheren Verkehrspolitik, die automatisch klimafreundliche Energiepolitik ist.

Als „Klimakanzlerin“ hätte A. Merkel entschieden den Lobbyismus ihrer Verkehrsminister ausbremsen müssen, für die der Diesel-Skandal seit 2015 (manipulierte Abgaswerte) eine ganz erhebliche **Klimabelastung und gesundheitliche Gefährdung** der Bürger darstellt. Aber die Kanzlerin verschaffte sich selber im selben Jahr lieber neue Probleme, denen sie sich

⁶ Monopolkommission: *Wettbewerb 2018. XXII Hauptgutachten der Monopolkommission*

widmen wollte: die Flüchtlingswelle. Gleichzeitig blieb sie ihrem alten Lieblingsthema verbunden – Osterweiterung -, dem sie sich allerdings vor allem als Klimakanzlerin hätte widmen müssen. Denn auftauender Permafrost und dadurch ausströmende Methangase in ganz Sibirien sind einer der ganz großen Faktoren der Klimaänderung

WIRTSCHAFTSPOLITIK - nachhaltig war gestern, oder ?

Globalisierung / Freihandel – cui bono ?

Jedes Jahr trifft sich die Weltelite aus Politik und Wirtschaft plus einige renommierte Wissenschaftler in den schweizer Bergen zum Weltwirtschafts-Forum. Seit 1971 lädt der Unternehmer und Wissenschaftler Klaus Schwab dazu ein und alle kommen. Das Weltwirtschafts-Forum ist einerseits die Schaubühne, um gesehen zu werden, andererseits die Bretter, auf denen man gehört wird und anderen unmittelbar zuhören kann.

Also kein Ort für Menschen wie D. Trump, aber schon für die Kanzlerin. Dabei hört dann auch A. Merkel, wie sich der Hausherr, Klaus Schwab, zum Thema Globalisierung stellt, dem sich ja gerade diese versammelte Weltelite verschrieben hat. Klaus Schwab unterscheidet zwischen Globalisierung und Globalismus . Und folgert daraus, dass das

Klaus Schwab : man muss zwischen Globalisierung und Globalismus unterscheiden. Globalisierung ist ein Faktum, wir sind weltweit miteinander verknüpft, nicht nur durch Produktionsketten und den Güterhandel. Das wird sich vertiefen, weil sich in einer digitalen Welt die Grenzen auflösen. Globalismus hingegen ist die Auffassung, eine Ideologie fast, dass alles, was geschieht, dem Gesetz des freien Marktes unterworfen sein muss. Ohne abpuffernde Maßnahmen führt das dazu, dass die Globalisierung Abwehrreaktionen auslöst.

Gesetz vom Freien Markt abgepuffert werden muß, weil die

Gesellschaften noch viel mehr gegen die herrschenden Verhältnisse demonstrieren werden als sie es inzwischen nicht mehr nur in den spätkapitalistischen Staaten tun, sondern auch in Russland, in China, in Schwellenländern, wie Chile oder Kolumbien. Wer muß abpuffern?: die politische Führung aus Gesetzgeber und Regierung und eine der Demokratie und Transparenz verpflichtete Rechtsprechung. Was muß abgepuffert werden: die exzessive Ausbeutung nicht-erneuerbarer Rohstoffe durch globale Unternehmen und globalen Handel.⁷ Wahrscheinlich ist die Kanzlerin abgelenkt, wenn diese Warnungen von K. Schwab ausgesprochen werden. Denn die Bundesregierungen setzen unbeirrt auf Extraktivismus in den afrikanischen oder lateinamerikanischen Rohstoffländern und anstelle von „abpuffern“ lautet das politische Kanzler-Credo: „freiwillig“. Unternehmen sollen freiwillig auf Überausbeutung von Rohstoffen, freiwillig auf Zerstörung der Umwelt, freiwillig auf Zerstörung kultureller Identitäten bei ihren globalen Operationen verzichten. Läßt sich K. Schwab naiver missverstehen? Offenbar schon, denn sonst wären weder umweltzerstörende Kohleimporte aus Kolumbien zu verstehen (*als Teil von Energiewende ?*), noch Dieselgate (*als globale Beitrag zum Klimaschutz ?*) oder Massentierhaltung und Glyphosat-Politik (*als Ernährungssicherung ?*).

Freihandel – cui bono ? lautet daher die immer lauter gestellte Frage.

Bei dem Punkt läßt sich spontan an die geheim verhandelten **Freihandelsabkommen TTIP und CETA** zwischen EU und USA bzw. EU und Canada denken.⁸ Beide wurden von der Zivilgesellschaft 2015 nachdrücklich ans Licht der Öffentlichkeit gezogen und von massiven Demonstrationen in Berlin und Hannover; in Wien und Brüssel und Frankreich und

⁷ Klaus Schwab Interview, in DER SPIEGEL Nr.3, 12.1.2019

⁸ TTIP steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft). Im Juli 2013 begannen die Verhandlungen zwischen EU-Kommission und der US-Regierung.

Das TTIP- Abkommen zielt darauf, dass US-Regierung und EU-Kommission ihre jeweiligen Standards als gleichwertig anerkennen.

Hat eine Agrarfirma ein Lebensmittel gentechnisch verändert, so muss in der EU ein entsprechender Hinweis auf der Verpackung stehen. In den USA besteht diese Vorschrift nicht. TTIP könnte US-Herstellern also das Recht einräumen, Gen-Mais und andere Agrarprodukte ohne Kennzeichnung in europäischen Supermärkten zu verkaufen

Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS)

Die Unternehmen erhalten das Recht, die Regierung des Gastlandes vor einem Sonder-Schiedsgericht auf Schadenersatz zu verklagen.

Auf Schadenersatz kann auch dann geklagt werden, wenn ein neues Gesetz dafür sorgt, dass das ausländische Unternehmen neue Auflagen erfüllen muss – und dadurch weniger Gewinn macht. Schiedsgerichte für Investoren gibt es tatsächlich in vielen Ländern und seit vielen Jahren.

.....

Wenn sich ein ausländisches Unternehmen ungerecht behandelt fühlt, kann es doch ein bestehendes Gericht anrufen. Sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die USA besitzen ein funktionierendes Rechtswesen. Die TTIP-Gegnerinnen kritisieren, dass ISDS-Verfahren nicht öffentlich sind. Vor allem: Was ein derartiges Schiedsgericht beschließt, gilt. Eine Berufung wie vor einem ordentlichen Gericht ist nicht möglich. Nach einem Gutachten, das die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gab, sind die geplanten ISDS in Deutschland sogar verfassungswidrig.

.....

Die Bundesregierung griff in ihre Trickkiste und setzte sich auch in Brüssel dafür ein, CETA („Teile daraus“) „vorläufig anzuwenden.“ Die vollständige Anwendung von CETA scheiterte schließlich erst 2020 am Widerstand des zyprischen Parlaments. Und TTIP war letztlich mit einem US-Präsidenten Trump nicht zu realisieren.

Im Vorfeld des **G7-Gipfels** im wunderschönen bayerischen Elmenau (Juni 2015) hatte sich A. Merkel auch mit internatio-

nalen NGOs rd 1 Stunde zusammengesetzt und davor gewarnt, TTIP, CETA und Co. zum "Teufel des Welthandels" zu machen. *Deutsche Unternehmen hätten im Konfliktfall gute Erfahrungen mit den für TTIP- bzw. CETA vorgesehenen Schiedsgerichten gemacht, wenn es keine unabhängige Justiz vor Ort gegeben habe. Sicherlich seien multilaterale Abkommen besser. Nur wenn die ganze Welt stattdessen Freihandelsabkommen abschlieÙe, warum sollte Europa dann nicht auch versuchen, seine Standards zu verbreiten?* (Merkel im Vorfeld des G7-Gipfels, Juni 2015). Vier Monate später hatte sich das Bild von der Kanzlerin und ihrem Verständnis von zukunftsfähiger Entwicklung vervollständigt. Da war ihre Haltung Pro-TTIP deutlich geworden; da war ihr enttäuschender Satz von der „alternativlosen Politik“ gefallen; da hatten auch bayerische Bauern anlässlich des Elmenau-Gipfels vor dem Freihandel mit Monsanto-Glyphosat gewarnt (noch bevor die Bayer AG dann Monsanto aufkaufte und Milliarden-schwere Klagen vor US-Gerichten durchstehen mußte).

Millionen Bürger (auch aus benachbarten EU-Ländern) waren von dieser Freihandelspolitik und den seit 2013 geheim geführten TTIP-Verhandlungen beunruhigt, hatten sich innerhalb von 2 Jahren sehr deutlich auf die Seite der Contra-Argumente geschlagen und waren 4 Monate nach Elmenau aus allen Teilen Deutschlands zum Langen Marsch vor das Kanzleramt zusammengekommen.

250.000
Bürger
kamen
2015 in
Berlin
bei die-
sem Pro-
test zu-
sammen

STOP TTIP CETA

BUNDESWEITE GROßDEMONSTRATION

SA. 10. OKT. 12UHR BERLIN/HBF

FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

DEMO

HOME MITMACHEN ANREISE ABLAUF SPENDEN PRESSE KONTAKT

AUFRUF AUFRUF UNTERZEICHNEN AKTUELLES NETZWERK

Im Herbst 2015 geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiÙe Phase: Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir fordern:
TTIP & CETA stoppen!
Für einen gerechten Welthandel!

Aktuelles
27. August **Fünf Sonderzüge!**
Ein starkes Signal! Fünf Sonderzüge werden zur Demonstration nach Berlin fahren. Die Startpunkte sind Aachen, Mönchengladbach, Frankfurt, Stuttgart und München. Ab heute können Sie die **Sonderzug-Tickets** auf unserer Webseite kaufen. Steigen Sie ein!
[>>weiterlesen](#)

Es war nicht nur ein Marsch gegen den SPD-Wirtschaftsminister Gabriel. Städtevertreter, Nichtregierungsorganisationen, ganze Familien mit Kinderwagen und Opa im Rollstuhl marschierten gegen das Kanzleramt.

Dabei war diesen Protest-Bürgern noch kaum bekannt, daß es weitere ähnliche Abkommen gibt. Darunter eines, das mindestens so problematisch für Deutschland, für Europa und letztlich global ist und unmittelbar mit dem Klimawandel durch Energiewandel zu tun hat: **ECT** (Energy Charter Treaty, Energiecharta).

ECT ist ein Abkommen von etwa 50 Staaten, darunter Deutschland, mit der internationalen Energieindustrie. Ende der 1990er Jahre war das Abkommen geschlossen worden, wodurch Energiekonzerne, wie z.B. Vattenfall, mit einer völlig unverständlichen Entscheidungsmacht über Energiepolitik ausgestattet wurden. Politische Entscheidungen von Regierungen oder Parlamenten zugunsten von „Energiewenden“ sind danach nur möglich, wenn betroffene Energieunternehmen dem zustimmen – es sei denn, den Unternehmen werden sehr hohe Ausgleichszahlungen für nicht realisierte Gewinne angeboten.¹⁰ Sollten sich Regierungen und Energieunternehmen nicht einigen, erlaubt ECT den Unternehmen, den Staat vor einem internationalen Schiedsgericht zu verklagen. Dieses Schiedsgericht ist bei der Weltbank angesiedelt, hat keinen Öffentlichkeitscharakter und läßt keine Berufung gegen die Entscheidung eines intimen Kreises von „Richtern“ zu. Das Klageverfahren trägt den Namen **ISDS** (Investor-State Dispute Settlement, Investor-Staat-Streitschlichtung).

Eine kleine Gruppe hochspezialisierter Anwaltskanzleien hat ECT und ISDS als sehr lukrative Pfründe ausgemacht. Der Deutsche Richterbund stellte sich daher auch gegen den deutschen Wirtschaftsminister Gabriel und erklärte rundheraus: *Die Mitgliedsstaaten der EU sind Rechtsstaaten. Die Richter*

¹⁰ Corporate Europe Observatory: *Ein Vertrag, sie alle zu knechten*, 13.06.2018

*des ISDS sind nebenberuflich tätig. Das entspricht nicht unseren Standards von richterlicher Unabhängigkeit.*¹¹ Die Schiedsgerichtsbarkeit in der ECT ist das undemokratische Vorbild für TTIP und für das vollständige CETA-Abkommen. Dieses Klagerecht gehört daher auch zum Kern der 2015 in Berlin, Hannover etc so heftig abgelehnten Freihandelsvereinbarungen TTIP und CETA. In Deutschland nutzte besonders deutlich der staatliche schwedische **Energiekonzern Vattenfall** ISDS gegen den Staat. Zum einen mußte Deutschland den Konzern für den Atomausstieg der Regierung Merkel mit 5,1 Milliarden Dollar entschädigen. Und derselbe Konzern Vattenfall hatte im Rahmen der ECT bzw. des Schiedsgerichts ISDS die Bundesregierung mit einer Klage über 1,4 Milliarden Euro bedroht, weil die Umweltauflagen und weitere gesetzliche Auflagen bei seinem Hamburger Kohlekraftwerk Moorburg verschärft werden sollten. Um dieses Verfahren nicht zu verlieren, lockerte die deutsche Regierung bzw. die Landesregierung Hamburg ihre Klimaschutz-Auflagen. Allerdings hatten sowohl die Hamburger Bürger von Anfang an (2007) den Bau dieses Kohlekraftwerks öffentlich abgelehnt als auch die EU-Kommission (2015) und ebenso der Europäische Gerichtshof (2017) die ersten Genehmigungen als auch die folgenden Korrekturen mehrfach kritisiert. Dennoch weihte Hamburgs Erster Bürgermeister, Olaf Scholz, das Kohlekraftwerk im November 2015 offiziell ein. Erst aufgrund der rot-grünen Regierung in Schweden (Löfven) und aufgrund der vielfachen Interventionen der Zivilgesellschaft gegen das Kraftwerk gab Vattenfall im September 2020 bekannt, die Anlage stillzulegen.

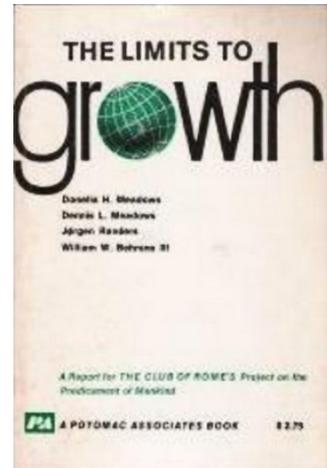
Verfahren im Rahmen von ECT, auch in Größenordnungen wie bei Vattenfall, häufen sich in den letzten Jahren deutlich. Dabei hat keines dieser Verfahren etwas mit der Sicherstellung nachhaltiger Wirtschaft oder Klimaschutz oder Sicherung gesellschaftlicher Wohlfahrt zu tun.

Ohne das Wort „abpuffern“ von Klaus Schwab zu nutzen, plädierten schon in den 1970er Jahren (als K. Schwab sein Weltwirtschaftsforum gründete) namhafte Institutionen für das Unwort der Neoliberalen: **Regulierung der globalen Wirtschaft**

¹¹ TAZ: *Richter halten CETA weiterhin für rechtswidrig*, 3.3.2016

ist unumgänglich.

Anfang der 1970er Jahre hatte der *Club of Rome* sehr nachdrücklich, sehr wissenschaftlich, sehr überzeugend auf die Endlichkeit der weltweiten Rohstofflager hingewiesen und einen klugen Umgang mit diesen Rohstoffen eingefordert. „**Die Grenzen des Wachstums**“ fassten die Untersuchung von fünf global relevanten Entwicklungen zusammen: Industrialisierung, Über-Ausbeutung der Rohstofflager, Zerstörung der natürlichen Umwelt, Unterernährung und Bevölkerungswachstum. Als Untersuchungsmethode wurden unterschiedliche Szenarien benutzt – je nachdem, wie weitblickend sich die Menschheit in den kommenden Jahrzehnten verhalten würde. Interessant war ein Detail: die Volkswagenstiftung hatte einen Großteil der Kosten übernommen und in Deutschland wurde der Club of Rome mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt (1973).¹²



Anfang der 1980er Jahren übergab der Friedensnobelpreisträger und vorherige Bundeskanzler Willy Brandt mit seiner Kommission den Bericht „**Das Überleben sichern**“ an den Generalsekretär der Vereinten Nationen. Darin wird die Dringlichkeit einer anderen Weltwirtschaftsordnung unterstrichen, einer Ordnung, die den globalen Süden nicht länger als Rohstofflieferant des globalen Nordens versteht. Nur gleichberechtigt lässt sich „Das Überleben sichern“.¹³



Gegen Ende der 1980er Jahre legte die norwegische Regierungschefin Brundtland im Auftrag der Vereinten Nationen ih-

¹² Club of Rome; *The Limits to Growth*, 1972

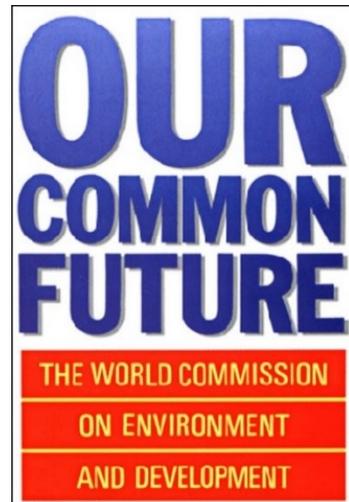
¹³ Brandt/ Nord-Süd-Kommission: *Das Überleben sichern*, 1981

ren Aufruf „**Unsere Gemeinsame Zukunft**“ vor und unterstrich damit die Forderung nach Nachhaltigkeit als Grundprinzip unseres wirtschaftlichen Handels.¹⁴

Über einzelne Aspekte dieser analytischen Berichte läßt sich immer diskutieren. Nicht aber über die Seriosität der Autorengruppen, ihre wissenschaftliche und ihre politische Qualifikation und auch nicht über die Kernaussagen, die sich längst als Klimawandel, als systematische Zerstörung der globalen Umwelt, als exzessive Überausbeutung der natürlichen Rohstofflager und damit als weltweiter Konflikt zwischen Armut und Opulenz zeigen.

Gro Harlem Brundtland hatte in ihrem Vorwort den Faden der Brandt-Kommission aufgenommen und besonders hervorgehoben, daß es bei *Our Common Future* um „a global agenda for change“ gehe und um die langfristige Zusammenarbeit zwischen globalem Norden und globalem Süden, d.h., um „*long-term environmental strategies for achieving sustainable development by the year 2000 and beyond*“.

Diesen Faden haben die Merkel-Regierungen auf arrogante Weise beiseite geschoben, ganz besonders eindeutig während der CDU-FDP-Regierung, mit ziemlich ignoranten Wirtschafts- und Entwicklungsministern (Rössler, Niebel). Wobei in seiner Amtszeit besonders D. Niebel alles tat, um sein Ministerium für „internationale Zusammenarbeit“ (BMZ) zu einer Agentur der Wirtschaftsförderung der deutschen Industrie zu degradieren. Er wurde folglich nach skandalösem Ausscheiden als Entwicklungs-Minister zum Lobbyisten der deutschen Rüstungsindustrie befördert.¹⁵



¹⁴ Brundtland/ World Commission on Environment and Development: *Our Common Future*, 1987

¹⁵ Süddeutsche Zeitung, 1.7.2014: Dirk Niebel wird Cheflobbyist des Panzerbauers Rheinmetall. *Während seiner Zeit als Entwicklungshilfeminister bewilligte Dirk Niebel mit anderen Ministern den Export von 200 Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien. Nun wechselt der FDP-Mann zum Rüstungskonzern Rheinmetall.*

Extraktivismus/Neokolonialismus – cui bono ?

2005 trat die vorherige Umweltministerin A. Merkel zum ersten Mal ihr Amt als Kanzlerin an. 2005 wurde zwischen Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft das Rohstoffabkommen geschlossen. Damit wurde festgeschrieben, wie „unsere gemeinsame Zukunft“ geregelt wird:

Deutsche Rohstoffpolitik¹⁶

Auf dem ersten Rohstoffkongress des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI) im März 2005 vereinbarten Verband und Bundesregierung, in einem engen Dialog eine gemeinsam von Politik und Wirtschaft getragene Rohstoffstrategie für Deutschland zu entwickeln. Zum zweiten Rohstoffkongress zwei Jahre später (2007) wurden dann die „Elemente einer deutschen Rohstoffstrategie“ vorgelegt sowie ein *Interministerieller Ausschuss Rohstoffe* unter Federführung des *Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie* (BMWi) eingesetzt. In diesem Ausschuss wirkt der BDI „aktiv und konstruktiv mit und bündelt dabei die Interessen der Industrie“, wie es auf der BMWi-Internetseite heißt. Dass der Ausschuss auch in Zukunft wichtigste Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik in Bezug auf die Rohstoffstrategie bleiben wird, machte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle in seiner Rede zur Eröffnung des dritten BDI-Rohstoffkongresses im Oktober 2010 nochmals deutlich (Brüderle 2010). Nur sechs Tage zuvor hatte das Bundeskabinett die neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung verkündet.

Eine „kohärente gestaltende Rohstoffaußenpolitik“ soll die deutschen Unternehmen dabei unterstützen, ihre Rohstoffbezugsquellen zu diversifizieren. Dies kann z.B. über staatliche Kredite und Investitionsgarantien, geologische Vorerkundung oder eine verbesserte Datenbereitstellung erfolgen. Die Strategie baut auch auf eine Ausweitung der

Und er verhinderte eine internationale Initiative zur Rettung des Regenwaldes in Ecuador, so daß dieser heute (2020) von chinesischen und US-Ölkonzernen ähnlich zerstört wird wie der brasilianische unter dem Präsidenten Bolsonaro

¹⁶ Nicola Jaeger: Alles für uns!? Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung (PowerShift e.V., Berlin 2015)

Förderung von Rohstoffen in Deutschland. So sollen Lizenzen zum Abbau leichter und schneller vergeben werden, u.a. in Schutzgebieten. Ergänzend sollen die Rahmenbedingungen für das Recycling verändert werden, um Sekundärrohstoffe besser zu erschließen. Auch die Material- und Substitutionsforschung soll ausgebaut werden. Zur besseren Beratung und Unterstützung der Wirtschaft wurde direkt 2010 die *Deutsche Rohstoffagentur* (DERA) als neue organisatorische Sondereinheit der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR) gegründet, der eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Rohstoffstrategie zukommt.

Ihre Aufgaben sind am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet, wie dem Aufbau eines Rohstoffinformationssystems zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlage der deutschen Wirtschaft oder der kundenspezifischen Beratung und Unterstützung von Unternehmen und Unternehmensverbänden. Doch auch die Bundesregierung soll fachlich unterstützt werden, z.B. bei Förderprogrammen zur Rohstofferkundung, Rohstoffgewinnung sowie Rohstoff- und Materialeffizienz und der Bewertung von Anträgen auf Garantien für Ungebundene Finanzkredite für Rohstoffvorhaben.

Ein Hinweis auf Nachhaltigkeit hätte von Seiten der Bundesregierung in diese Vereinbarung als grundsätzliches Handlungsprinzip festgeschrieben werden müssen. Es fehlte. Das geht sicher auf den damaligen Koalitionspartner FDP zurück, gleichwohl trägt die Kanzlerin die politische Gesamtverantwortung.

Ein paar Jahre später hatte A. Merkel dann den FDP-Minister Dirk Niebel als Leiter des „Entwicklungsministeriums BMZ“ an ihrer Seite. Er interpretierte die Rohstoffpolitik der Bundesregierung so exzessiv, daß die deutsche Entwicklungshilfe als direkte Unterstützung von Ölkonzernen in Ecuador verstanden wurde und einen internationalen politischen Skandal bewirkte, der sich in seinem Charakter nicht vom skandalösen Verhalten des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro unterscheidet. Niebel wie Bolsonaro interessieren nur industrielle Rohstoffe; sie nehmen beide die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes dafür in Kauf und damit auch die Vernichtung vie-

ler indigener Kulturen in diesem globalen *hotspot für Artenvielfalt* und Klimastabilität. Im Fall von Merkels Entwicklungsmi-
nister ging es um den einmaligen Vorschlag, den Ecuadors
Staatspräsident Correa 2007 vor den Vereinten Nationen vor-
getragen hatte: Ecuador wolle im Nationalpark Yasuni einen
Teil seines Erdöls im Regenwald belassen und auf die Hälfte
der geschätzten Öleinnahmen verzichten, wenn die Konsu-
menten-Länder die andere Hälfte der verlorenen Einnahmen
tragen.

Fraktionsübergreifend hatte der Bundestag Correas Vorschlag
akzeptiert und Deutschlands Bereitschaft zur finanziellen Be-
teiligung signalisiert. Dann aber schlug Niebels Stunde. Er
lehnte den Correa-Vorschlag als intransparent ab und die Re-
gierungschefin fühlte sich weder dem Bundestag gegenüber
verpflichtet noch sich selbst als Umweltschützerin oder als
Klimakanzlerin. Wegen Niebels Ablehnung blieb Yasuni nur
eine schöne Idee.

Yasuni, kein Öl, dafür *RICHTIG LEBEN* („*buen vivir*“)

Kern der Yasuni-Initiative ist der Verzicht auf Ölbohrungen in ei-
nem Teil des ecuadorianischen Nationalparks Yasuni, um den dor-
tigen Regenwald mit allen bekannten Wirkungen weiter bestehen
zu lassen (Artenvielfalt, Klimaschutz, CO₂-Senke; aber auch Le-
bensraum für die verschiedenen indigenen Völker).

Als Gegenleistung forderte Ecuador 3,6 Mrd. US-Dollar - was der
Hälfte des erwarteten Erlöses aus der Ölförderung im Yasuni ent-
spräche. Dieses Geld sollte gebunden sein an ökologische und so-
ziale Projekte im Land (darunter erneuerbare Energien statt Öl).
Ein UN-Treuhandfond sollte die zielgerichtete, nachhaltige Ver-
wendung der Geldmittel garantieren. Dieser so genannte Trust-
Fund sollte von einem Sechs-Personen-Kontrollgremium verwaltet
und überwacht werden, zusammengesetzt aus drei Vertretern der
ecuadorianischen Regierung, zwei Vertretern der Geber-Länder
und einem Vertreter der ecuadorianischen Zivilgesellschaft

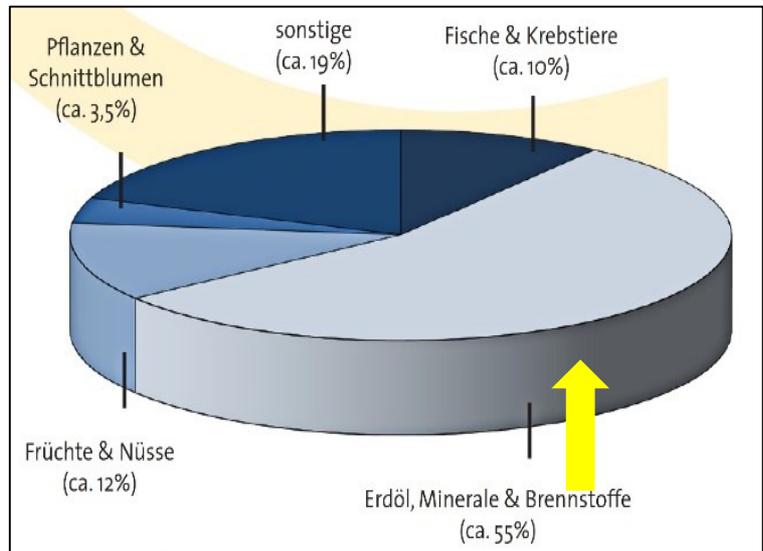
Präsident Correas Vorschlag hat zunächst viel mit dem Erhalt
des Regenwaldes zu tun. Dabei ist Ecuador als OPEC-Land in
sehr hohem Maße von seinen Ölexporten abhängig. Daß den-
noch ein solcher Vorschlag erfolgte, zeigt, daß hier auch ein

politischer Versuchsballon gestartet wurde, um zu erkennen, wie ernst die Öl-Verbrauchsländer eigentlich ihre Umwelt- und Klimaschutz- und Rohstoffspar-Programme selber nehmen.

Bedeutung der Erdölexporte für Ecuadors Außenhandel

Die politischen Kosten des Niebel-Skandals nahm die Kanzlerin offensichtlich in Kauf:

Ecuadors Staatspräsident sagte wegen Niebel seinen für November 2010 vereinbarten Staatsbesuch in Deutschland ab.



FLÜCHTLINGE – wohin ?

Die Flüchtlingsfrage läßt sich nicht ohne das Thema Ausbeutung der Rohstoffe in ihren Heimatländern erörtern. Stattdessen hatte die Kanzlerin 2 verheerende Sätze angeboten, die in die Geschichtsbücher eingehen: „das ist alternativlos!“ und „Wir schaffen das!“.

Der erste Satz ist vor allem ein Armutszeugnis für jeden verantwortungsbewussten Politiker. Denn alternative Problemlösungen

im konkreten Fall zu erarbeiten, ist die eigentliche Kernkompetenz eines jeden guten Politikers. Der zweite Satz offenbart gleichzeitig mehrere Schwächen der Kanzlerin:

- ❖ als DDR-Bürgerin hätte sie wissen müssen, daß unter der Decke der staatlich verordneten „Völkerfreundschaft“ in

der Bevölkerung eine immer wieder durchbrechende Ablehnung gegenüber (politischen) Flüchtlingen aus Vietnam, aus Chile, aus Nicaragua, aus Mozambique zu spüren war. Reserven gegenüber Flüchtlingswellen sind Bestandteil der deutschen Kultur. Allerdings gilt das ebenso für Spanien oder für Schweden oder China (hier sogar ganz besonders gegen Jahrhunderte alte Kulturen im eigenen Land, die Uiguren).

- ❖ A. Merkel formt die Sprechblase „Wir schaffen das“ und hält diese an sich schon für Realität (das ebenso markante Beispiel dafür war die Sprechblase von 2009: „in 2020 rollen 1 Millionen e-Autos auf unseren Straßen“. Es folgte ein Punkt und hinter dem Punkt folgte nichts.) In der Flüchtlingsfrage folgte ebenso nichts zu: **WAS** da eigentlich geschafft werden soll und kein Wort über das **WIE** und schon gar nicht über das **WER**. Angesichts der Flüchtlingswelle zeigten die Bürger landesweit zunächst extrem viel Bürgerengagement. Sie sahen das als Einstiegsphase in ein Programm, das in Kürze vom Staat übernommen und dann kulturell und materiell als Flüchtlingsprogramm umgesetzt würde. Bilder vom Herbst 2015 zeigen fröhliche Menschen am Münchener Hauptbahnhof. Sie halten „Refugees Welcome“-Schildchen hoch, Teddybären fliegen durch die Luft, bunte Luftballons steigen in den Himmel. Wer sich dieser kollektiven Euphorie widersetzte, wer darauf hinwies, dass sich ganz überwiegend schlecht ausgebildete junge Männer auf den Weg nach Deutschland gemacht hatten, die ganz überwiegend keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention waren, sondern Wirtschaftsmigranten, deren Weltbild die Integration in westliche, liberale Gesellschaften zumindest beschwerlich macht, wurde als Populist, Rassist oder Rechtsaußen attackiert. Was in einigen Fällen zutrifft, aber keineswegs für die Mehrheitsbevölkerung in Deutschland gilt. Aber selbst dann, als die Euphorie allmählich abklang, wurde hinter dem Punkt, den A. Merkel mit „wir schaffen das“ gesetzt hatte, kein Konzept, kein Plan, keine deutsche oder

europäische Strategie, keine Zusammenarbeit mit den Ursprungsländern der Flüchtlinge erkennbar. Weil es sie nicht gab. Dabei hatte der Beauftragte der Bundesregierung für Migration schon 2012 eine Problemzahl vorgelegt: 2010 lebten 15,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine gewaltige Herausforderung für das Land und seine Stammbevölkerung! ¹⁷

Für die deutsche Gesellschaft wurden die Herausforderungen nicht leichter als A. Merkel 2016 sogar gegen den Willen ihrer eigenen Partei für doppelte Staatsangehörigkeiten eintrat.

Und A. Merkel war 2015, 2016 auch schon lange genug im vereinigten Deutschland zu Hause, um von Parallelgesellschaften (vor allem türkischer Herkunft) gehört zu haben oder vom **türkischen Geheimdienst** und der staatlichen Islampolitik, die Erdogan durch **DITIB** in Deutschland kontrollieren läßt oder von terroristischen Zellen der **Salafisten** und saudiarabischen Wahabiten oder zumindest von der in Deutschland äußerst aktiven italienischen Drogen- und Geldwäsche-Mafia (**Ndrangheta**), deren Methoden arabische Clans in Berlin und im Ruhrgebiet schnell übernahmen.¹⁸ Die Kanzlerin begnügte sich mit naiv netten selfies mit Flüchtlingsgesichtern – und verwechselte das mit Flüchtlingspolitik. Auch A. Merkel hatte die fürchterlichen Aufnahmen von 9.11. (2001) in New York gesehen und gehört, dass beteiligte Attentäter zuvor als islamistische „Schläfer“ in Hamburg geparkt waren. Mit dieser politischen Naivität hat A. Merkel jedenfalls

¹⁷ Bundestagsprotokoll Nr. 367, 21.8.2012

¹⁸ 2018 beschlagnahmten Berliner Behörden u.a. 77 Immobilien ei-
nes arabischen Clans wegen des Verdachts der Geldwäsche (TAZ, 20.7.2018)

2020 legte das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Bericht über die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes in Deutschland vor, in dem es u.a. heißt: „Einflußnahmeversuche auf türkeistämmige Gemeinschaften in Deutschland sowie punktuelle Einflußnahmeversuche auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess in der deutschen Gesellschaft insgesamt“ (Bundestags-Protokoll Nr. 872, 25.8.2020)

ganz erheblich zur Spaltung der deutschen Gesellschaft beigetragen und eigentlich gern geleistete Flüchtlingshilfen (einschließlich einer begrenzten Integration) politisch verbrannt.

sichtbar blind gegenüber Erdogan

„Seit Machtantritt des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wurden in Deutschland Strukturen verstärkt aufgebaut, die aus Sicht der Fragesteller [Fraktion Die Linke] ein einziges Ziel verfolgen: Sie sollen Gegner/innen der türkischen Regierungspartei AKP in Deutschland bekämpfen und für den nationalistisch-islamistischen Kurs in der Türkei werben (vgl. Bundestagsdrucksache 18/9399). Deutlich wurde dies auch und besonders im Vorfeld und im Zuge der Verabschiedung der Armenien-Resolution des Bundestages und der türkischen Reaktion darauf. Die zum Teil hasserfüllten Drohungen und Schmähungen sind nach Ansicht der Fragesteller durch Äußerungen hochrangiger türkischer Politiker befördert worden (www.n-tv.de/politik/Linke-sagt-Debatte-zu-Erdogan-ab-article17893756.html).“ (Bundestags-Drucksache 19/7869, 19.2.2019)

In der Türkei wie im türkischen Zypern hängen zur selben Zeit Plakate mit einem als Hitler verfremdeten Merkel-Portrait. Solche Beschimpfungen der Kanzlerin werden dann im Kanzleramt offenbar nur noch als Normal-Sprech eines abgedrehten Oligarchen abgehakt

Was aber hätte die Merkel-Strategie sein können, sein sollen?

Flüchtlingsen helfen. Auf jeden Fall ! Ihnen aber vor allem auch helfen, möglichst bald wieder zurück zu können in ihren eigenen Kultur- und Wirtschaftsraum, in ihr Wertesystem, in ihre Umwelt. Das hätte nach den charitativen Geste und den Überbrückungshilfen in Deutschland viel politische Initiative bedeutet – im Rahmen deutscher Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Und ganz besonders im Rahmen der EU-Außenpolitik gegenüber Afrika und dem Vorderen Orient. Stattdessen blieb es für A. Merkel bei der Sprechblase und bei der Hoffnung, dass sich alles von alleine regelt bzw. dass derartige gesellschaftliche Widersprüche vor allem mit Geld zu lösen seien. Da fehlt dann A. Merkel ganz offensichtlich der kon-

krete Blick in bestimmte Stadtviertel von Berlin (Neukölln) oder gar in bestimmte Ruhrgebietsstädte, wie Dortmund oder Essen oder Duisburg-Marxloh. Dort hat ihre Flüchtlingspolitik ähnliche Verhältnisse geschaffen oder verfestigt, wie wir sie noch aus der New Yorker Bronx in Erinnerung haben – *no go areas*, wie sie die deutsche Polizei selber genannt hat. Selbst wenn die harten Fakten nicht so dramatisch sind, wie sie gelegentlich dargestellt werden - Ordnung schaffen dort arabisch oder türkische Clans und kämpfen dort gegeneinander um die Ordnungsmacht. Dort findet dann auch der türkische Oligarch Erdogan die Wählerschaft, die mit ihm vom neuen osmanischen Reich träumt und von der gezielten Unterwanderung der westlichen Demokratie im Fall Deutschland. In diesem Deutschland darf die Erdogan-Partei AKP ziemlich ungehindert echte türkische Flüchtlinge verfolgen und drangsaliieren (durchaus auch mit Gewalt). Besonders leicht wird Erdogan in Deutschland sein Kampf gegen die Kurden, die Armenier und andere Oppositionelle gemacht und wenn die Kanzlerin nach Ankara reist, lässt sie sich von diesem Diktator wie ein kleines Schulmädchen behandeln. Ist das ihr Verständnis von Flüchtlingshilfe mit der aufgesetzten Komponente Integration?

Sinnvolle Flüchtlingshilfe hätte die Merkel-Regierung leisten können als die Vereinten Nationen um schnelle Unterstützung für die Flüchtlingslager mit 1 Million Menschen im Libanon baten. Die Bundesregierung half mit ein paar Millionen Euro. Die Bundesregierung gab dann aber im eigenen Land in 2016 und 2017 zusammen allein aus dem Bundeshaushalt fast 42 Milliarden Euro an Flüchtlingshilfe aus (Bundestags-Protokoll Nr. 833, 5.11.2018). Ähnlich hoch lagen die summierten Flüchtlingskosten für Bund, Länder und Kommunen immer noch im Jahr 2019: 23 Mrd Euro (Bundestags-Protokoll Nr. 586, 8.6.2020). Dem standen im Jahr 2019 insgesamt 6,9 Milliarden Euro „zur Minderung der Fluchtursachen“ gegenüber, d.h. zur Unterstützung von Flüchtlingen in ihren Herkunftsregionen oder den dortigen Institutionen (Bundestagsprotokoll Nr.580, 9.8.2018). Aus meiner Sicht hätte der finanzielle und der politische Aufwand umgekehrt organisiert sein müssen:

der Schwerpunkt gehört eindeutig der **Minderung der Fluchtursachen**. Darunter fallen z.B. auch die Rohstoff- und Freihandelsabkommen, die Agrar- und die Fischereipolitik, die die EU West- und Zentralafrikanischen Ländern abnötigt und durch Geldtransfers an die politischen Eliten dieser Länder erreicht. Die Praxis am Beispiel Marokko sieht dabei so aus: Deutschland stehen lt. Fischereiabkommen zwischen EU und Marokko im Jahre 2020 7.275,4 Tonnen Fisch zu. Aufgrund interner Absprachen mit anderen EU-Ländern erhält Deutschland tatsächlich 17.734,6 Tonnen Fisch zugesprochen.

Die 17.734 Tonnen werden dann in marokkanischen Häfen vermarktet. Folge: marokkanische Fischer sind vollständig aus dem Rennen, sowohl beim Fang als auch beim Handel.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf dieselbe *Kleine Anfrage* der GRÜNEN-Fraktion geht auch die Fangtechnik hervor, die zur Verarmung der marokkanischen Küstenfischer führt (und damit irgendwann zu einem der Migrationsgründe):¹⁹ „Die Fangmöglichkeiten hatte die Reederei Warnemünder Hochsee-

fischerei GmbH im Rahmen des neuen Fischereiabkommens der EU mit Marokko erworben. Die „Helen Mary“ (Laderaumkapazität 4 000 Tonnen) ist derzeit wieder in den Gewässern der Westsahara unterwegs, wo sie in den Fischgründen jenseits der 15-Meilen-Zone die Schwarmfische Sardinen, Sardinellen, Makrelen, Stöcker und Sardellen mit riesigen Schleppnetzen fischt.“

Deutschland und die EU heizen mit derartigen Abkommen die Flüchtlingswellen aus afrikanischen Staaten immer aufs Neue an. Deswegen wirken offizielle Verlautbarungen der Bundesregierung wieder nur wie Sprechblasen:

„Bei der Bewältigung der unmittelbaren Auswirkungen von Flucht und Vertreibung bis zum Erreichen nachhaltiger Lösun-

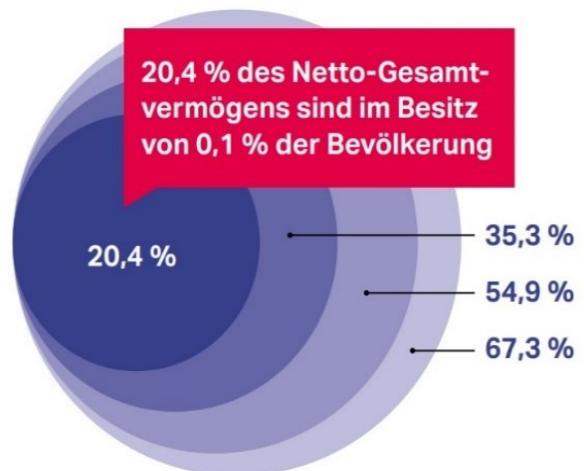
¹⁹ Bundestagsprotokoll Nr.897, 2.9.2020; Kleine Anfrage der GRÜNEN-Fraktion

gen für Flüchtlinge sind zunächst humanitäre Hilfe und Übergangshilfe zentral. Der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) liegt auf der kurz-, mittel- und langfristigen **Minderung von strukturellen Ursachen von Flucht, der Schaffung von Lebens- und Bleibeperspektiven und der Unterstützung dauerhafter Lösungen für Flüchtlinge**. Die Bundesregierung setzt komplementär wirkende Instrumente für die Bewältigung von fluchtrelevanten Krisen und zur Minderung struktureller Ursachen von Flucht ein.“ (Bundestag-Drucksache 19/3648, 31.7.2018)

Zur Minderung der Fluchtursachen wäre sicher eine entschiedene Politik auf allen internationalen Ebenen **gegen das Assad-Regime** in Syrien noch wichtiger gewesen, gegen einen vom Regime betriebenen Bürgerkrieg gegen das eigene Volk, der länger als der Zweite Weltkrieg andauert, mit Hunderttausenden Toten und Verletzten und mit Millionen Flüchtlingen (allein nach Deutschland kamen 790.000 seit 2014).

Ganz nebenbei müsste sich eine „sozialdemokratisierte“ A. Merkel vielleicht auch Gedanken über die wachsenden sozialen Spannungen in Deutschland machen – weil die keineswegs nur mit der Flüchtlingsfrage verbunden sind. Die neoliberale Wirtschaftsordnung liefert auch ohne Corona eine beschleunigte Prekarisierung der Gesellschaft, mit beschönigenden Statistiken, was die tatsächliche Arbeitslosigkeit und das Ausmaß des Niedriglohnsektors betrifft.

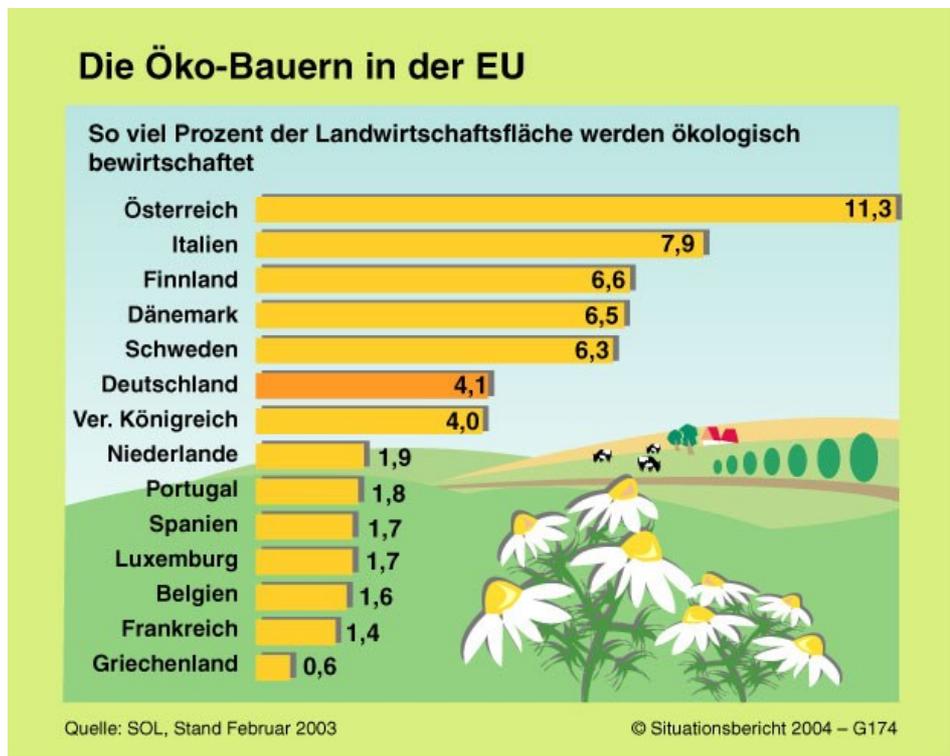
Vermögen ist extrem ungleich verteilt in Deutschland



Diese Daten zur Prekarisierung in Deutschland hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2020 vorgelegt. Danach besitzt 0,1 % der Bevölkerung 20,4 % des Nettovermögens; 1 % der Bevölkerung besitzt 35,3 %. Bei solchen Unverhältnismäßigkeiten geht es

nicht um eine Neiddebatte. Es geht um das soziale Dynamit, das die Gesellschaft sprengt und auch GROKO-Regierungen immer unglaublicher in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung macht. Der Niedriglohnsektor erreichte vor Corona (2019) schon 19% der Vollzeitbeschäftigten. Die Armutsquote erreicht – trotz guter Konjunkturjahre – 15-16% der Haushalte. Am stärksten betroffen von diesen Werten sind Nordrhein-Westfalen, gefolgt von den ostdeutschen Ländern. Für beide Bundesgebiete gelten auch hohe Flüchtlings- bzw. Migrantenzahlen. Die Kombination dieser Faktoren ist nicht nur soziales Dynamit. Es ist Glycerin für das Land. Insbesondere, wenn dann solche Sätze geschrieben werden: „Fast 10% der jungen Menschen in Herne verlassen die Schule ohne Abschluss.“²⁰

AGROINDUSTRIE gegen LANDWIRTSCHAFT



²⁰ DER SPIEGEL, 25.9.2019: *Der Osten im Westen*

Als A. Merkel nach ihrer vorherigen Rolle als Umweltministerin zum ersten Mal das Kanzleramt übernahm, dümpelten die deutschen Ökobauern weit abgeschlagen hinter Österreich, den Skandinaviern und auch den Italienern vor sich hin. Das hätte eine Herausforderung für zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik sein müssen.

Anknüpfungspunkte für die Merkel-Regierung 2005 hätten erste Erkenntnisse über die agrarpolitische Initiative der Vorgängerregierung sein können, unter dem Namen „**Region Aktiv**“. Genau auf die Wechselwirkung zwischen landwirtschaftlicher und regionaler Entwicklung hatte der Akzent der Vorgängerregierung gelegen und auf der Multifunktionalität der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes (Hofläden, regionale Bauernmärkte, dezentrale Energieversorgung, Landtourismus u.a.m.). Gerade die ostdeutsche A. Merkel hätte erkennen können, welche entwicklungspolitischen Wirkungen für das Stadt-Land-Verhältnis in den ostdeutschen Bundesländern von diesem Ansatz ausgeht.

Jedenfalls ein vielversprechender Ansatz, um der großen Landflucht in Ostdeutschland etwas entgegen zu setzen. Für den Ansatz „Region Aktiv“ interessierten sich sogar neue **EU-Mitgliedsländer** mit einer historischen Beziehung zu Deutschland, wie besonders die baltischen Land- und Regionalpolitiker (z.B. suchte die lettische Region Latgale die Zusammenarbeit mit der Sachsen-Anhalt Region Altmark im Rahmen von *Region Aktiv*).

Die verpatzte Chance zur Weiterentwicklung einer umweltgerechten Landwirtschaft führte stattdessen zu umfassenden **land-grabbing** nationaler und internationaler Hedgefonds, besonders in Brandenburg. Damit wurden die Chancen für eine Öko-Landwirtschaft automatisch immer geringer. Schließlich kann ein gewöhnlicher Öko-Bauer die steigenden Hektarpreise für Ackerland nicht aufbringen, die von den Anlage suchenden Hedgefonds und der Agroindustrie hoch gehalten wurden. Die mit Ostdeutschland vertraute Kanzlerin hätte bei solchen Medienberichten aufschrecken müssen ... tat sie aber nicht:

Der große Ausverkauf

Immer mehr Landwirtschaftsbetriebe in Ostdeutschland gehen an überregionale Großinvestoren. Die Politik könnte gegensteuern, scheitert aber ausgerechnet an den Bauernverbänden

Region Aktiv ist ein guter Ansatz für zukunftsfähige und regional verbundene Landwirtschaft.

Es ist aber nicht der einzige Ansatz, für den sich die Bundesregierungen in 15 Jahren zur Förderung gesunder Lebenshaltung hätten einsetzen können.

Neben den „Schrebergärten“ aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, die nach den Weltkriegen immer auch zum sehr familiären grünen Erholungsort innerhalb der Stadt wurden, hat sich in großen und kleinen Städten das sog. „urban gardening“ als gemeinsame lokale Grünwirtschaft zwischen Bürgern und Gemeindeverwaltung entwickelt. Und dann gewinnt seit einigen Jahren die sog. „Solidarische Landwirtschaft“ an Umfang, in Deutschland, in der Schweiz, in den USA.... Gemeinsam ist allen diesen Ansätzen die selbstbestimmte Produktion gesunder Nahrungsmittel.



Solidarische Landwirtschaft, Foto: NABU

Während die Schrebergärten inzwischen starken Vereinscharakter mit peinlich befolgten Satzungen angenommen haben, **besitzt Solidarische Landwirtschaft (SOLAWI) einen eindeutigen gesellschaftspolitischen Charakter**. Sie ist eine der konstruktiven Widerstandsformen gegen krankmachende Agroindustrie mit ihren Monokulturen und Massentierhaltungen. Genau das – Monokulturen, Massentierhaltung, chemisch überfrachtetes Ackerland, kontaminiertes Grundwasser wegen übermäßiger Gülleverwendung ist Kennzeichen der real geförderten Agroindustrie durch die Bundeslandwirtschaftsminister wie auch durch deren Kollegen in den Ländern. SOLAWI ist einerseits daran interessiert, so viel wie möglich von lokaler Artenvielfalt zu erhalten und strebt nicht die maximale Rendite aus dem vorhandenen Ackerboden an. Die agrarische Produktion wird abgestimmt zwischen den Fachleuten der beteiligten Höfe und den solidarischen Personen oder Familien, die die Höfe mit finanziellen Beiträgen unterstützen, durch vereinbarte Mitarbeit und durch Ankauf der saisonalen Ernteerträge und evtl. verarbeitete Produkte (Brot, Käse....). Der persönliche Bezug macht die **gegenseitige Verantwortung** bewusst. Die Verbraucher erleben, wie ihre Ernährungsentscheidung die Kulturlandschaft gestaltet, soziales Miteinander, Naturschutz und (Arten-)Vielfalt ermöglicht, wodurch erst eine zukunftsfähige Landwirtschaft stattfinden kann. Das aber hat nach „Region Aktiv“ die Bundesregierung nicht mehr interessiert.

Vor allem für CDU-FDP-Kabinette, aber auch für die GROKO steht Agroindustrie im Vordergrund. Weder die Merkel-Kabinette noch die Agroindustrie hat viel mit Landwirtschaft im Sinn, mit Bäuerlichkeit, mit regionaler Bindung zwischen Land und Stadt. Agroindustrie ist vor allem Industrie, mit globalen, **extrem unökologischen Handelswegen** im Hintergrund (z.B. Seidenstraße) und spekulativen Börsen (Weizen, Soja, Zucker etc). Es geht der Agroindustrie um diese Börsennotierungen und nicht um ländliche Entwicklung. Begleitet wird diese Agroindustrie u.a. von der im Kanzleramt wohl bekannten Deutschen Bank, die zu den großen Spekulanten an den internationalen Nahrungsmittelbörsen zählt. Dabei gibt es

auch in Deutschland Großbanken, die genau aus diesem Spekulationssektor aussteigen: wie die DZ-Bank mit ihrer Gruppe von 900 Volks- und Raiffeisenbanken. Sie bieten sich als Partner einer sinnvolleren Landwirtschaftspolitik an.

Die Merkel-Regierungen mit ihren Agrarministern haben sich zwangsläufig mit Agro-Industrie genauso verhalten wie mit Auto-Industrie oder Chemischer Industrie: Offenheit im Kanzleramt und den zuständigen Ministerien und Bundestagsausschüssen gegenüber deutscher Agro-Lobby und internationalen Lobbyisten. Und ganz im Sinne der o.a. Rohstoffvereinbarung mit der Industrie geht es für die Produkte der Agro-Industrien um globale Absatzmärkte und die Ausschaltung von konkurrierenden Agroproduktionen in Ländern des globalen Südens (z.B. deutsche Rindfleischüberschüsse werden mit subventionierten Preisen in das Rinderland Argentinien exportiert).

Der neuralgische Punkt in der Agrarpolitik unter Kanzlerin A. Merkel ist einerseits die Qualität der Agrarprodukte und die in allen Segmenten durchgängige Lebensmittelmanipulation, und vor allem das **Agro-Lobbying**. 2018 skizzierte der SPIEGEL den Deutschen Bauernverband: *„Er verfügt über ein krakenhaft verzweigtes Netzwerk, dessen Tentakeln bis in die wichtigen Ebenen und Machtzentren reichen, in Politik, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft. Über seine 18 Mitgliedsverbände kontrolliert der DBV das Geschehen in der Fläche. Um die großen Weichenstellungen kümmern sich seine Vertreter in Berlin - ein gutes Dutzend in ihrer Funktion als Bundestagsabgeordnete. Bauernparlamentarier sind in Personalunion Funktionäre des Bauernverbandes und stimmen in den Ausschüssen dementsprechend ab“*, d.h. für eine **Agroindustrie** bei Ackerbau, Obst und Wein und in der Tierhaltung anstelle von umweltfreundlicher Landwirtschaft. Wenn nicht, rutschen sie automatisch auf der CDU-Liste für die nächste Wahl nach unten (DER SPIEGEL, No.4/2018). Die Hinterfragung des „Agro-Lobbying“ spielt in Deutschland seit einigen Jahren eine stetig größere Rolle in der öffentlichen und veröffentlichten Debatte. Die Frage steht im Raum: wer betreibt eigentlich zu wessen

Gunsten dieses Lobbying? Und noch wichtiger: zu wessen Lasten wird dieses Lobbying betrieben? Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Rukwied**, ist sicher ein ganz besonders agiler und aktiver Interessenvertreter moderner traditioneller Agrowirtschaft. Vor allem ist er offenbar ein ausgesprochen politisch denkender Lobbyist, der in seiner Person die strategischen Felder moderner traditioneller Agrowirtschaft verknüpft, und zwar sehr häufig als Präsident oder Vorsitzender diverser Institutionen. In Deutschland wie auch in Brüssel. Da aber niemand an allen diesen und einigen weiteren Orten gleichzeitig auftreten kann, geht es immer um die gesamte Führungsebene im deutschen AgroLobbyismus. Und es geht darum, wie im Zuge der Arbeitsteilung weitere strategische Personen in das Lobby-Netzwerk eingebunden werden. Z.B. die Einbindung des diensthabenden Landwirtschaftsministers, 2020 Frau J. Klöckner. So ist DBV-Präsident Rukwied z.B. auch Vorsitzender im Verwaltungsrat der *Landwirtschaftliche Rentenbank*. Ministerin Klöckner (CDU) ist dort seine Stellvertreterin. Die Ministerin stellt sich damit allerdings nicht nur hinter die äußerst konservative Landwirtschaftliche Rentenbank, die vor allem als Bank erfolgreich ist. Ministerin Klöckner läßt sich auch in auffälliger Weise von skandalbehafteten Großkonzernen, wie Nestlé, über den Lobby-Tisch ziehen und hilft dem Konzern, die mühsam erreichte Chemikalienverordnung der EU – *REACH* – von deutscher Regierungsseite zu unterlaufen.

Lobbyisten-Paradebeispiel: Joachim Rukwied seine institutionellen Mitgliedschaften ²¹

Verbände	
seit 07.2017	Präsident der Comité des organisations professionnelles agricoles (COPA), Brüssel
seit 2012	Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V. (DBV), Berlin
seit 2006	Präsident des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg e. V., Stuttgart
2016–2021	Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbands e. V. (DRV), Berlin
seit 2016	Mitglied im Gesamtausschuss der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft
aktuell	Vorstandsvorsitzender des Forums Moderne Landwirtschaft e. V. (FML), Berlin

²¹ NABU/Institut Arbeit und Wirtschaft: **Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes (DBV)**, April 2019 (nicht alle Mitgliedschaften sind aktuell)

aktuell	Vorsitzender des Verbands Baden-Württembergischer Zuckerrübenanbauer e. V. (VSZ), Ochsenfurt
aktuell	Vorsitzender des Zentralausschusses der Deutschen Landwirtschaft (ZDL),
Agrar- und Ernährungswirtschaft	
seit 2013	Mitglied im Aufsichtsrat der BayWa AG, München
seit 11.2017	Ständiger Gast im Kuratorium der QS Qualität und Sicherheit GmbH, Bonn
aktuell	Vorsitzender des Aufsichtsrats der LAND-DATA GmbH, Visselhövede
aktuell	Mitglied des Vorstands der Süddeutschen Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG (SZVG), Ochsenfurt
Finanzwirtschaft	
aktuell	Mitglied im Aufsichtsrat der R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden
aktuell	Mitglied im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt
2013-2017	Vorsitzender des Verwaltungsrates bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank
Stiftungen	
aktuell	Vorstand der Stiftung Begabtenförderung e. V., Bonn
Weitere Funktionen	
aktuell	Mitglied im Aufsichtsrat bei der Messe Berlin GmbH, Berlin
aktuell	Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks (SWR), Stuttgart

Die Lobbyisten haben unter Kanzlerin Merkel seit 2005 auch immer die „richtigen“ Agrarminister ins Kabinett platzieren können, drei CSU-Minister hintereinander. Darunter der skandalöse Glyphosatfreund Christian Schmidt. Der Bauernverband, als dessen Vertreter Schmidt sich im Kabinett fühlte, ermutigte den Minister sogar, eine Rüge der Kanzlerin auf sich zu nehmen, aber auf jeden Fall in Brüssel für den weiteren Einsatz von Glyphosat zu stimmen. Und seine Stimme war im Kreis der EU-Agrarminister die ausschlaggebende für die Glyphosat-Verlängerung um weitere 5 Jahre. Die Süddeutsche Zeitung hielt diesen makabren Fehltritt von Schmidt am 28.11.2017 wie folgt fest: *„Merkel rügte Schmidt deshalb deutlich. Die Kanzlerin sagte, mit seinem Abstimmungsverhalten in Brüssel habe das Agrarministerium gegen die Geschäftsordnung der Bundesregierung verstoßen. Ohne das deutsche Ja hätte es nicht die notwendige Mehrheit gegeben.“* Aber: keine sofortige Entlassung dieses Ministers; es blieb erfolgreicher Lobbyismus.

Und ausgerechnet der neue Glyphosat-Eigner, die Bayer AG, wird mit dem Staatsfonds aus Singapur initiativ bei der Entwicklung von neuem Saatgut für ein zukunftsweisendes Thema: „urban farming“. Der Stadtstaat hat einen im Verhältnis weitaus höheren Landverbrauch als Deutschland durch seine Infrastrukturprojekte. Auch deswegen ist man dort immer schnell bereit, sich auf neue, zukunftsweisende Lösungen gravierender Problem einzulassen. Ein großes Problem heißt Nahrungsmittelsicherheit. Bayer unterstützt den vertikalen Gemüseanbau an Hausfassaden und Singapur erhofft sich eine Eigenproduktion von Lebensmitteln von derzeit 10% auf dann 30% - und weniger Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten. Dazu geringeren Energiebedarf durch geringen Transportaufwand, besseres Wassermanagement durch Zisternen auf den Hausdächern – und sehr wahrscheinlich auch geringerer Glyphosat-Einsatz als auf deutschen Äckern.

Jenseits des deutschen Landwirtschaftsministeriums wird durchaus eine politische Diskussion zur Nahrungsmittelsicherheit geführt, die immer auch mit dem **Erhalt der Artenvielfalt** zusammen hängt (s.o., S.27: Yasuni).

Schließlich gibt nur Artenvielfalt in Fauna und Flora dem Naturraum und der Landwirtschaft immer deutlich mehr Stabilität als biotechnisch zugeschnittene Insektizide und Pestizide



Hochhaus-Garten, Singapur

DIGITALISIERUNG – als Sprechblase kontraproduktiv

Auf die entsprechende Frage hatte die estnische *Staatspräsidentin Kaljulaid* das Beispiel elektronisch lesbarer Personalausweise herangezogen: „Wir haben unsere digitale ID-Karte im Jahre 2000 eingeführt. Es hat dann 6 bis 7 Jahre gedauert, bis eine kritische Masse von Bürgern sie eingesetzt hat. In Deutschland hat man erst vor Kurzem begonnen, die E-Ausweis-Funktionen einzuführen. Wir reden also über einen Abstand von **knapp 20 Jahren**.“²²

Dieses kleine Estland mit 1,2 Millionen Gesamtbevölkerung war eine der Sowjetrepubliken und wurde erst 1991 unabhängig und ist seit 2004 Mitglied der EU.

Der SPIEGEL titelt dazu passend: **Lahmes Internet in Deutschland. Das Glasfaser-Debakel und seine Gründe.** Deutschland hängt seit Jahren beim Ausbau schneller Datenetze hinterher. Zu lange hat der Staat darauf gesetzt, dass der freie Markt und Großkonzerne es schon irgendwie richten. (1.9.2020)

Die Reaktion auf solche Wahrnehmungen Deutschlands ist die Schaffung der Stelle einer Staatsministerin für Digitalisierung.

Dorothee Bär (CSU) hat ihr modernes Büro im Kanzleramt – aber mehr auch nicht. Zwei Jahre nach ihrer Ernennung hat Frau Bär herausgefunden, daß



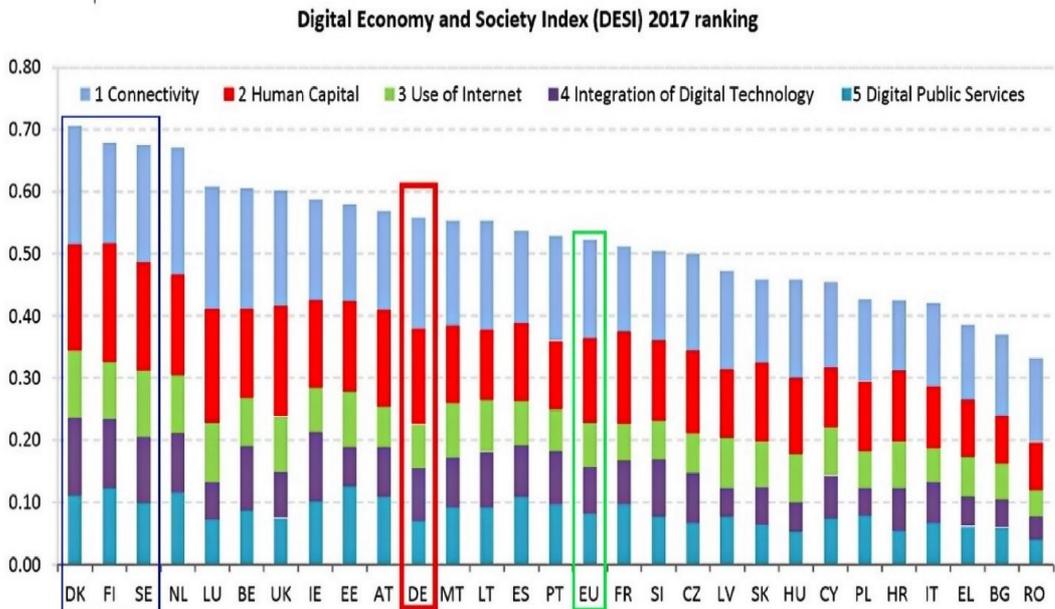
es in allen wichtigen Ministerium Abteilungen oder Stabsstellen zum Thema Digitalisierung gibt, insgesamt 76 Abteilungen. Insgesamt arbeiten in der Bundesregierung 244 Digital-Teams irgendwie am Thema Digitalisierung. Im Kanzleramt

²² Kaljulaid-Interview: „Wir Esten glauben an freie Märkte“, DER SPIEGEL, 20.4.2019

sitzt in einem lichtdurchfluteten Büro die Staatsministerin ohne ein Ministerium; ohne eigenes Budget – wie der Kaiser ohne Kleider. Eine ganz besondere Merkel'sche Sprechblase! Aber auch eine andere große Deutsche, die Zarin Katharina die Große, war schon eine Freundin Potemkinscher Dörfer..... Auch wegen dieser Sprechblasen-Politik in Merkel-Kabinetten kann Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) Anfang 2019 ungeprübt und öffentlich von Deutschland als globalem Vorreiter von Innovation und Künstlicher Intelligenz träumen (den meisten Bürgern würde mehr normale Intelligenz der politischen Elite völlig reichen). Wie sich Altmaier die Umsetzung seiner „Wirtschaftsstrategie 2030“ in diesen und anderen Punkten vorstellt, wurde aber sehr deutlich von der Elite der deutschen Unternehmen im Mai 2019 zerpfückt, sogar schriftlich. Altmaier hatte in seinem Strategiepapier vom Februar 2019 auch vom Ausbau der Digitalisierung gesprochen. Der Kern hatte aber mit China zu tun. Mit der aggressiven Seidenstraßen-Politik Chinas, gegen die Altmaier die Wirtschaft von Staats wegen schützen will. Ungewöhnlich für die bisherige Wirtschaftskooperation der Kanzlerin mit China. Minister Altmaier war daher auch völlig überrascht von der harschen Kritik der deutschen Unternehmerschaft. Sie wollen „freie Marktwirtschaft“ und keine staatliche Intervention! Altmaier konzentrierte sich viel zu sehr auf die Schaffung europäischer Großkonzerne – so der einflussreichste Wirtschaftslobbyist in Berlin, der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dieter Kempf (u.a. Manager-Magazin, 6.5.2019; TAZ, 7.5.2019).

Jeder Bürger kann sich die Statistiken zur Digitalisierung innerhalb der EU anschauen und sofort erkennen, daß der Unterschied in der angewandten Digitalisierung zwischen den skandinavischen Ländern Dänemark-Finnland-Schweden (und Estland) einerseits und Deutschland andererseits ziemlich deutlich ist.

Deutschlands Platz in der EU-Digitalisierung



EU-Kommission: DESI <https://ec.europa.eu/digital-single-market>

Skandinavien wie Deutschland liegen zwar in allen Bereichen über dem EU-Durchschnitt, aber in Deutschland ist das Gros der Bevölkerung z.B. erheblich geringer mit Behörden elektronisch vernetzt als in Skandinavien oder dem „skandinavischen“ Estland. Die DESI-Erhebungen der EU-Kommission weisen regelmäßig auf das große Gesamtpaket der Digitalisierung hin und präsentieren in einem Länderranking, wie sehr sich EU-Mitglieder in den Bereichen *Konnektivität*, *Knowhow*, *Internetnutzung*, *Integration digitaler Technologien* und *E-Government* entwickeln.

Die Corona-Pandemie hat jedenfalls in Deutschland gezeigt, daß Digitalisierung in deutschen Krankenhäusern und in deutschen Schulen und für deutsche Verwaltungen und Polizeidienste und Geheimdienste sich noch auf einem eher rudimentären Niveau befindet. Die Kanzlerin kann sozusagen noch von Glück reden, daß wichtige Sektoren der deutschen Wirtschaft da schon zwei Schritte weiter sind. Das hat allerdings vor allem China frühzeitig erkannt und sich deswegen in deutsche Unternehmen systematisch eingekauft (Autoproduzent Mercedes) oder sie gleich ganz übernommen (Indust-

rieroboter Kuka). Ob die China-Reisende Merkel darin vielleicht doch ein Problem für Deutschland erkannt hat (so wie ihr Wirtschaftsminister Altmaier), wird vielleicht eines Tages ihre Autobiographie erkennen lassen.

Derweil war sich Verkehrs- und Digitalminister Scheuer (CSU) nicht zu dumm, ab 1. Oktober 2019 die schnelle digitale An- und Abmeldung von Autos zu verkünden – und produziert damit lediglich Chaos in den nicht vorbereiteten Verkehrsämtern der Republik. Abgesehen davon entfällt das wichtigste Scheuer-Argument „Zeitsparen“. Denn der Antragsteller müsste – richtige Nutzung seiner App vorausgesetzt - auf die Prüfung im Amt und die anschließende Versendung von Zulassung, Nummernschild und Plakette warten und darf die Plakette dann selber aufkleben (!?!). Anstelle von 3 Stunden in der Behörde wartet man dann 3 Tage auf die Post oder DHL oder Hermes. Bei 20 Mio An- und Ummeldungen im Jahr hat das auch gewisse Auswirkungen auf die Staumeldungen im Straßenverkehr.....!!

Neben der Autoproduktion zeigt auch die Agroindustrie – bisher ohne besondere Förderung durch die Regierung – in den letzten Jahren wachsendes Interesse an digitalisierten Produktionsprozessen. Da wurde ein Düngealgorithmus entwickelt, damit je nach Bodenbeschaffenheit nicht zu viel und nicht zu wenig gedüngt wird. Da begleiten den Bauern Drohnen mit Hyperspektralkameras, um das Pflanzenwachstum zu kontrollieren oder Pilzbefall zu erkennen. Anstelle der schweren Landmaschinen kommen schon kleine autonome Roboter zum Einsatz, im Prinzip um kleine Einheiten auf demselben Feld gezielt zu betreuen. Die Riesenskandale um die Massentierzucht in Niedersachsen oder die Fleischverarbeitung bei Oligopolisten wie der Firma Tönnies in NRW machen allerdings skeptisch, ob die Computer- und Sensortechniken tatsächlich schon so eingesetzt werden, wie es gelegentlich vom Bauernverband klingt. Jedenfalls hat sich auch A. Merkels Landwirtschaftsministerin, Julia Klöckner, für digitale Landwirtschaft interessiert, die unter dem Namen „Smart Farming“

läuft und hat „für die kommenden Jahre“ ein Förderprogramm mit 100 Mio Euro angekündigt. Für den einzelnen Bürger ist das eine große Zahl. Im Rahmen der 130.000 Mio, die die Bundesregierung in Corona-Zeiten als Förderpaket für diverse Industrien (besonders die Auto-Industrie) für die Jahre 2020 und 2021 verabschiedet hat, hält sich diese Förderung der Landwirtschaft sehr im Rahmen.

Über die oben abgebildete DESI-Grafik mit ihren fünf Kategorien hinaus besteht im Übrigen ein weiterer Unterschied zwischen Skandinavien (einschl. Estland) und Deutschland. Die so modernen Skandinavier heben deswegen nicht ab. Man kann sich jederzeit in Kopenhagen, Malmö, Stockholm oder Helsinki oder dem estnischen Tallinn auf eine Diskussion einlassen über Sinn und Nicht-Sinn der Digitalisierung für die moderne Bürgergesellschaft.

DIGITALISIERUNG und moderne Bürgergesellschaft

pro

contra

<p>Digitalisierung des Gesundheitswesens: enthält Chancen zur Vermeidung von Mehrfachuntersuchungen, weniger Dokumentation und Bürokratie, Verbesserung der Diagnose, Prävention, Therapie und Medikation. Mehr Zeit für den einzelnen Menschen</p> <p>Digitalisierung steigert Produktivität – und hat damit auch das Potenzial, die Nachfrage anzukurbeln</p>	<p>Gesammelten Daten können von allen, die sich Zugang verschaffen, ohne Patientensalso Kunden-Beteiligung systematisch analysiert werden; verstärken das Phänomen des gläsernen Menschen. Dafür liegen schon zu viele abschreckende Beispiele vor</p> <p>Wozu noch erhöhte Nachfrage bei schon viel zu hoher Verschwendung und dadurch letztlich Wohlfahrtsverlust wegen Übernutzung der Rohstoffquellen und Zerstörung der Erde?</p> <p>Die unglaublich beschleunigte Digitalisierung der globalen</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Digitalisierung hilft militärische Eroberungen zu vermeiden, weil der Ausbau der digitalen Kommunikation und der massierte „Datenklau“ gewaltige Gewinne ermöglichen, während militärische Aktionen und Handelskriege erheblich Kosten verursachen (das größte Beispiel für gefährlich teure militärische Kriege liefern die USA seit ihrem Vietnam-Krieg; das erfolgreichste Beispiel für systematischen „Datenklau“ liefert die VR China)</p>	<p>Kommunikation bedeutet Verfügungsmacht über Informationen und eine nie gekannte Einflussnahme in den USA (Facebook und Cambridge Analytica entscheiden Wahl von D. Trump,) und einen Überwachungsstaat in China (Kameras im gesamten öffentlichen Raum mit Punktesystem für den einzelnen Bürger). Traditionelles Wertesystem um den Begriff „Wahrheit“ wird auf den Kopf gestellt mit legitimierte „fake news“ und ego-manischen Führer-Figuren, wie D. Trump, Boris Johnson u.a.m. für die Digitalisierung vor allem verbesserte Möglichkeiten einer massiven Manipulation bietet</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Contra-Argumente sind natürlich ganz besonders in den Vordergrund gerückt worden, seit der US-Präsident Trump sich als grundsätzlicher Lügner und krankhafter Betrüger der Weltöffentlichkeit präsentiert und dafür digitale Medien nutzt. Seinen Wahlkampf 2016 hatte sein Team um Steve Bannon u.a. auf die Zusammenarbeit mit der US-britischen Firma **Cambridge Analytica** aufgebaut, die ihrerseits 87 Millionen persönlicher Datensätze von Facebook für die Trump-Kampagne kaufte. Zuvor hatte *Cambridge Analytica* sein betrügerisches Verfahren in Afrika bei Wahlen in Kenia und Nigeria getestet, ohne daß es publik wurde.²³ Trump erhielt damit die Möglichkeit, diese US-Bürger unmittelbar mit seiner sehr persönlichen Wahrheit anzusprechen und diese Millionen US-Bürger auf sehr niedrigem (politischen) Bildungsniveau von

²³ „In Afrika nimmt die digitale Wahlmanipulation zu...“, Le Monde Diplomatique, Sep. 2020

seinem krankhaften Narzismus (auch Nazismus) auf seine Seite zu ziehen. Trump hat dem Thema Digitalisierung der gesellschaftlichen Kommunikation mit seiner „Zwitscherei“ kaum je wieder reparablen Schaden zugefügt. Und damit viel Öl in das brennende Thema Vertrauensverlust in westliche Demokratien gegossen.

Cambridge Analytica – kaum bekannt im Kanzleramt

Auf seiner Webseite rühmt sich *Cambridge Analytica* dafür, eine intensive Zusammenarbeit beispielsweise im militärischen Bereich mit der **NATO** und ihren Mitgliedstaaten zu pflegen, bietet aber auch die Zusammenarbeit im Bereich der **Geheimdienste** oder zur Unterstützung von Regierungen selbst an, um ihre Vorhaben **den Wählerinnen und Wählern zu verkaufen**. (Bundestagsprotokoll Nr. 33, 14.1.2019)

Aber im Kanzleramt heißt es weiter: **Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse über die Firmenstrukturen der genannten Unternehmen vor. Daher konnten Geschäftsbeziehungen mit etwaigen Tochtergesellschaften [von Cambridge Analytica] nicht geprüft werden. !!!**

Da ergibt sich die Frage: welchen Begriff von Geheimdienst pflegt man eigentlich im Kanzleramt ?

Eher gedämpft hatte sich das Kanzleramt noch 2013 verhalten als der US-Geheimdienst NSA und der britische GCHQ u.a. auch das Smartphone der Bundeskanzlerin angezapft hatten - wenn man es mit A. Merkels Reaktion 2020 gegenüber W. Putin vergleicht, dem sie öffentlich harte Konsequenzen im Fall des vergifteten russischen Oppositionellen Navalny androhte.

Denn immerhin hatte DER SPIEGEL schon 2013 gemeldet: *„Offenbar haben die US-Geheimdienste nicht nur das Handy von Kanzlerin Angela Merkel überwacht, sondern die Botschaft in Berlin als Horchposten benutzt. ... Die Affäre um die Spitzeltätigkeit der NSA erreicht damit eine neue Stufe. Sie wird zu einer ernsthaften Bedrohung der transatlantischen Partnerschaft. Schon allein der Verdacht, dass eines von Merkels Handys von der NSA überwacht wurde, hatte in der vergangenen Woche zu einer Krise zwischen Berlin und Washington geführt.“*

(Der SPIEGEL, 28.10.2013) Und bekräftigte dann 2 Jahre später: *„Die Enthüllungsplattform WikiLeaks hat am Mittwoch [1.7.2015] Dokumente veröffentlicht, die klar belegen, dass der US-Geheimdienst NSA und seine Verbündeten vom britischen GCHQ [Government Communications Headquarters, britischer Geheimdienst seit dem Ersten Weltkrieg] deutsche Spitzenpolitiker und Beamte abgehört haben, und zwar zum Teil **seit Jahrzehnten**. (DER SPIEGEL, 2.7.2015)*

Digitalisierung mit einer Staatsministerin im Kanzleramt ohne Ministerium, ohne Budget, damit als bloßes Feigenblatt und Geheimdienste, die wenig in Erfahrung bringen müssen – das zeigt insgesamt ein wenig nachvollziehbares Problemverständnis im Kanzleramt. Egal, ob man selber stärker auf der PRO-Seite steht oder der CONTRA-Seite.

BILDUNGSPOLITIK - für das ganze Land, bitte

Ganz oben auf der langen Liste der Herausforderungen für unser Land muß **Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungspolitik** stehen, deren Qualität für die Zukunftssicherung der deutschen Gesellschaft essentiell ist. Wie wenig sich A. Merkel dieser Frage bewusst ist, zeigt die Ernennung ihrer Bundes-Bildungsminister (ihre Freundin Schavan (2005-2013), die ausgerechnet wegen Manipulationen ihrer Doktorarbeit aus dem Verkehr gezogen werden mußte oder Frau Karliczek, seit März 2018, deren Qualifikation für das Ministeramt Merkels Geheimnis bleibt). Vor allem aber ist erkennbar, daß für die Physikerin und Kanzlerin Merkel insgesamt 17 Bildungsminister für das Industrieland Deutschland kein Problem darstellen, an dem dringendst gearbeitet werden muß, um auch in der OECD-Statistik nicht immer weiter nach unten durchgereicht zu werden (vgl. PISA- oder BOLOGNA-Ranglisten). Im 14. Kanzlerjahr heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf die entsprechenden Kleine Anfrage der AfD: *„Bund und Länder führten derzeit Gespräche über die Ausgestaltung eines Nationalen Bildungsrates. Fragen der Zusammensetzung eines*

*Nationalen Bildungsrates seien Gegenstand laufender Gespräche des Bundes mit den Ländern“.*²⁴ Ein Jahr später wurde von einer Enquete-Kommission das ausgesprochen, was viele kritische Beobachter der deutschen Bildungspolitik seit langem kritisieren, was der CDU aber ebenso lange schon sympathisch ist: „*In der ersten Sitzung des Jahres ging es um atypische, kreative Bildungswege, vor allem mit Blick auf den IT-Bereich. **Private Anbieter** bieten Qualifizierungen oder Qualifizierungsbausteine mit eigenen Systematiken an, die wie berufsähnliche Abschlüsse - jenseits des bisherigen deutschen Ordnungsrahmens der Berufswege - wirken*“.²⁵ Der Weg aus der bisher unzureichenden Bildungspolitik sollte demnach von der Privatwirtschaft besser (und noch stärker von den kaufkräftigen Bevölkerungsgruppen bezahlbar) organisiert werden. Dabei werden seit Jahren Untersuchungen veröffentlicht, wonach die Qualität von schulischer Allgemeinbildung schon längst eine Frage der Zugehörigkeit zur „richtigen“ sozialen Gesellschaftsschicht ist. Bei öffentlichen Schulen herrscht zudem Lehrermangel, Schulgebäude sind allzu oft in bedenklichem technischem Zustand – von moderner Medienausstattung gar nicht zu reden.

Als Bildungspolitik wird in der Merkel-Regierung 2020 offenbar alles hinter Digitalisierung verpackt: nur, auch für die Digitalisierung der Bildungsvermittlung und für zukunftsfähige Ausbildung legt die Merkel-Regierung kein Konzept, keinen Handlungsplan vor. Das läßt sich nicht mit „Corona“ entschuldigen. Denn digitalisierten Unterricht haben manche Länder schon seit vielen Jahren entworfen und getestet und dabei Stärken und Schwächen herausgefunden.²⁶ Allerdings sind bei den aktuellen bildungspolitischen Champions Südkorea oder Finnland immer auch die Grundbedingungen geschaffen worden: funktionale und hygienische Schulräume;

²⁴ Bundestagsprotokoll Nr. 206, 21.2.2019

²⁵ Bundestagsprotokoll Nr. 52, 13.1.2020

²⁶ im Nachbarland Niederlande, z.B., ist man in der Corona-Phase zur Erkenntnis gelangt: *Breitband an Schulen ist nicht alles. Die Niederlande gelten als Vorbild in Sachen digitalisierte Schule. Die Erfahrungen mit dem Distanzunterricht stimmen nun selbst Home-schooling-Euphoriker skeptisch.* (TAZ, 1.9.2020)

eine gute Lehrer-Schüler Quote; zur Digitalisierung passende Lehrerausbildung; kritische Auseinandersetzung mit der PISA-Methodik (einschließlich der Distanzierung von PISA, wie in Finnland). Die deutsche Bildungspolitik verliert seit Jahren immer mehr an Qualität, weil schon diese selbstverständlichen Voraussetzungen im öffentlichen Bildungssektor vernachlässigt werden – ganz besonders in den Grundschulen und Kindergärten, also an der Basis der Bildungspyramide. Eine Erhöhung des Bildungsetats ohne ausreichende Klarheit, wofür das Geld so eingesetzt werden soll, dass die nachwachsenden Generationen in Deutschland dem Vergleich mit anderen europäischen Staaten (etwa Skandinavien) standhalten, ist noch lange keine gute Bildungspolitik. Bildungsforscher halten für das erste Halbjahr 2020 unumwunden fest:

„Die ersten Monate Online-Unterricht haben schonungslos die Unzulänglichkeiten der digitalen Infrastruktur und das digital-konzeptionelle Vakuum im deutschen Schulwesen aufgezeigt. Es fehlt an allen Ecken und Enden.“ „Auf Kommunikation kommt es an: **Lernen ist und bleibt ein sozialer Prozess**. Für erfolgreiches Lernen bedarf es der Kommunikation, der Interaktion und des Feedbacks sowohl zwischen Lehrkräften als auch mit und zwischen Eltern und Schüler:innen. Aktuell kommt dies bei den digitalen Anwendungen zu kurz. Es fehlt an Wissen sowie verlässlichem Zugriff auf digitale Kommunikations- und Lernplattformen.“ (Bertelsmann-Stiftung: Die Corona-Krise als Brennglas, 19.5.2020)

Dabei könnte man eigentlich stolz darauf sein, daß in Deutschland inzwischen etwa 1.500 Schulen eine der verschiedenen Auszeichnungen als „**grüne Schule**“ erworben haben. Die Umweltbildung an diesen Schulen ist kein Unterrichtsfach. Sie wird vielmehr von einem Verein betrieben, der *Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung*.

Als Förderer des Vereins treten auch das Bundesministerium für Bildung und Bildungsministerien aus einigen Bundesländern auf. Aber auch der Bäderverband Mecklenburg-Vorpommern oder der Deutsche Segler-Verband sind dabei. Die Arbeit



des Vereins an den „grünen Schulen“ hat durchaus zu Schülerinitiativen gegen Abfall in der Schule oder CO₂-Vermeiden in der Schule geführt. Möglicherweise an einigen der Schulen auch zu verstärkter Sympathie der Schüler für *Fridays for Future*. Aber noch läßt sich hier nicht von gezielter Bildungspolitik der Bundesregierung sprechen. An der Katholischen Universität Eichstätt arbeitet vielmehr eine Wissenschaftlergruppe an Kriterien zur Erfassung dessen, was die „grünen Schulen“ an Bildung zur nachhaltigen Entwicklung leisten (können). Diese „grünen Schulen“ gehen letztlich auf die Initiative der UNESCO zurück. Die Vereinten Nationen hatten für die Jahre 2005 bis 2014 (also wichtige Merkel-Jahre) die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. International (weltweit) sollte ein deutliches Zeichen dafür gesetzt werden, daß Nachhaltigkeit in der Bildung bedeutet, die Synergien von ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklung zu erkennen und darauf zu reagieren.

**UNESCO & Bundesregierung:
Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Die Bundesregierung der Großen Koalition ließ sich unmittelbar vor dem Regierungswechsel 2017 auf den Ansatz der UNESCO ein und erklärte offiziell im vertrauten Sprechblasenformat: Bildung für Nachhaltige Entwicklung, BNE, „ist eine Querschnittsaufgabe des gesamten Bildungswesens. Dies bedeutet, dass Nachhaltigkeit stärker als bisher Eingang finden muss in die allgemein- und berufsbildenden Schulen, die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Betriebe, die Hochschulen, in Curricula und Ausbildungsordnungen sowie in Fort- und Weiterbildungsangebote für Berufstätige in Unternehmen und Verwaltung. Pädagogische Fachkräfte wie Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie Auszubildende benötigen dazu Aus-, Fort- und Weiterbildung. Sie sind entscheidend für die Umsetzung der BNE. Dies gilt auch für Freiwillige und Nichtregierungsorganisationen, die außerhalb formaler Unterrichtszeiten in Schulen und unzähligen Orten des non-formalen Lernens die Bedeutung von nachhaltigem Handeln für eine zukunftsfähige Entwicklung in Deutschland und in der Welt vermitteln.“

(Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13679, 22.9.2017: *Unterrichtung durch die Bundesregierung.*

Nationaler Aktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung mit Stellungnahme der Bundesregierung

Als die UNESCO-Nachhaltigkeits-Dekade 2014 auslief fand sich eine Bildungsinitiative **Bildung für Nachhaltige Entwicklung** (BNE), die sich mit ihrem *Nationalen Aktionsplan* in Deutschland ganz bewusst auf SDG 4 stützt (*hochwertige Bildung*).

Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten für **lebenslangen Lernens für alle** zu sichern ist das übergreifende Ziel der Initiative. Gesellschaftlich breiter aufgestellt als der Privatisierungsansatz der Bundesregierung ist diese Initiative allein deswegen, weil sie getragen wird von deutschen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Jugend, Umwelt-, Naturschutz, Entwicklung und Menschenrechte. Dahinter stehen insgesamt rd. 2,5 Millionen direkte Mitglieder und Förderer. Und Bildung wird hier als übergreifende Verantwortung für die Gesamtgesellschaft gesehen, nicht abgegrenzt nach Bundesländern.²⁷

Die UNESCO hat diese gesellschaftliche Initiative sehr wohl wahrgenommen und z.B. das „Zentrum Bildung für nachhaltige Entwicklung Saarland“ als Lernzentrum ausgezeichnet; u.a., weil dort auch Ausbildung von BNE-Multiplikatoren für alle Schulformen erfolgt. Die Themen der Ausbildungsmodule sind Klima, Ernährung, Konsum, aber auch Wirtschaft, Demokratie, Migration u.a.m...

Indirekt ist die Bundesregierung natürlich auch an solchen Bildungsinitiativen beteiligt, als Mitgliedsstaat der UNESCO. Wenn nicht bei Bildung für Nachhaltigkeitsbewusstsein so hätte A. Merkel anderes, wichtiges Erfahrungswissen einbringen können: Wenn jemand, wie sie, das Bildungssystem der DDR von innen kennengelernt hat, wären Überlegungen zur Verknüpfung der gymnasialen Fächer mit paralleler Berufs-

²⁷ Im „Bündnis ZukunftsBildung“ wirken folgende Organisationen mit: BUND, BUNDJugend, GEW, Germanwatch, Greenpeace, Innowego, NAJU, OXFAM, Welthungerhilfe und WWF

ausbildung einen Impuls der Kanzlerin wert gewesen. Schließlich führt die inzwischen miserable Schulbildung in Deutschland auch zu einer nie dagewesen hohen Abbrecherquote unter deutschen Erstsemestern: je nach Uni bis zu einem Drittel !!!

In den 1960er Jahren (also der Merkel-Schulzeit) erwarben die DDR-Schüler der „Erweiterten Oberschule“ während der vier Jahre Schulzeit gleichzeitig das Abitur und ein Facharbeiterzeugnis. Heute könnte ein ähnlicher Bildungsansatz wahrscheinlich helfen, die überzogene Bewertung von Abiturienten gegenüber Facharbeitern wieder ins Lot zu bringen und sogar einen Teil der vor Corona aufgelaufenen freien Lehrstellen besetzen.

Es ist gravierend für dieses Land (auch ohne Corona), daß die Wissenschaftlerin Merkel offenbar nicht verstehen will, daß Universitäten nicht in erster Linie Unternehmen sind, die ihr eigenes Budget erwirtschaften müssen – und dadurch immer mehr von Anwendungsforschung abhängig werden, für die die Privatindustrie gerne spezifische Forschungsprojekte von Universitäten subventioniert. In solchen Projekten sind Wissenschaftler auf Zeit eingestellt und können sich daher immer weniger der Grundlagenforschung widmen und gute Lehrveranstaltungen anbieten. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar und nicht akzeptabel, daß die *Klimakanzlerin* die extrem profitable Autoindustrie direkt und indirekt mit Milliardensubventionen beglückt; daß die *Wissenschaftlerin* Merkel aber während ihrer Amtszeit kaum finanzielle Aufstockungen für die Forschungs- und Lehrtätigkeit der Universitäten thematisiert hat. Sie hat sich stattdessen gerne hinter den sog. *Hochschulpakt* zurückgezogen, wonach die Universitäten vorrangig Ländersache sind. Ein Unding, wenn diese 16 Länder sich als Konkurrenten innerhalb der deutschen Schul- und Forschungspolitik begreifen müssen, sich gegenseitig Lehrkräfte abwerben und um die wenigen Exzellenz-Unis buhlen müssen, um Sondermittel für 7 Jahre zu erlangen

Schul- und Forschungspolitik vermitteln – wie die Digitalisierung – ein unterentwickeltes Problemverständnis dafür, daß die Bildungshoheit der 16 Länder ein Zopf ist, der nicht zu einem modernen Industriestaat passt, der sich in den Sprechblasen seiner Politiker meist an der Weltspitze sieht, tatsächlich aber auf den Rating-Skalen sichtbar abrutscht. Gerade auch im Bildungsbereich.

Sehr klar erkennen konnte man 2015 ein weiteres unterdurchschnittliches Problembewusstsein der Kanzlerin bei der Reaktion auf die hoch komplexe Flüchtlingsproblematik: Sie war keineswegs wie ein Tsunami auf Deutschland und die EU zugerast. Die Flüchtlingswellen aus afrikanischen Ländern und aus arabischen Ländern haben eine lange Vorgeschichte, die sehr eng mit Neokolonialismus der früheren Kolonialmächte zu tun hat (Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien) und erst in jüngerer Zeit mit der europäischen Rohstoffausbeutung und der dadurch über Jahre immer angespannteren Armutssituation in West- und Zentralafrika, die wiederum durch jahrzehntelange afrikanische Oligarchen-Herrschaft aufrecht erhalten blieb. Aber 2015 haben sich unsere Politiker von den Ereignissen wie von einem Deichbruch überraschen lassen.



SCHWERPUNKTE WELTPOLITIK

OSTERWEITERUNG – mit Tunnelblick

Zu den politischen Lieblingsthemen der Kanzlerin gehörte jahrelang die sog. „Osterweiterung“. Es war für jeden altgedienten Politikbeobachter und –berater schon ein schwerer strategischer Fehler, 2004 die bestehende west-europäische Staatengemeinschaft der 15 um 10 vorwiegend ost-europäische Staaten auf einen Schlag zu erweitern. Mehrjährige Vorbereitungsmaßnahmen auf die EU-Mitgliedschaft zeigen bis heute (2020) - vor allem an den Vishegrad-Staaten, an Rumänien und Bulgarien und sogar bei Zypern und Malta -, daß durch diese Maßnahmen kaum Annäherungen zwischen den Gesellschaftsformen der vormaligen Sowjetrepubliken und dem Spätkapitalismus in Westeuropa erreicht wurden. In den 3 baltischen Ländern, z.B., herrschte auch nach 2004 noch viele Jahre eine Kleinstgruppe von Oligarchen (vergleichbar Berlusconi oder Orbán oder Kaczynski) und nutzte ungehemmt die Brüsseler Strukturfonds und Anpassungsgelder für private Zwecke. Im baltischen Lettland waren es genau 3 Oligarchen.²⁸ Bis in die Gegenwart werden Teile dieser EU-Steueraufkommen nicht nur durch Korruption zweckentfremdet. Ein Großteil dieser Gelder wird auch politisch falsch eingesetzt, wenn damit nur auf ein Empfängerland bezogen (klientelistische) Projektförderung finanziert wird. EU-Gelder sollen von ihrer Bestimmung her auf die EU bezogene Wirkungen entfalten, d.h., im optimalen Fall die gesamte EU stärken, mindestens aber über mehrere Landesgrenzen hinweg Kohäsionsprozesse fördern.

²⁸ angesprochen sind hier die sog. Kohäsionsmittel der Kommission, wie sie von 2004, aber auch immer noch seither und sogar verstärkt seit 2007 als ESI-Fonds eingesetzt werden (Struktur- und Investitionsfonds): EFRE (Europäischer Fonds für Regionalentwicklung); ESF (Europäischer Sozialfonds); ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds). Für den abgelaufenen EU-Haushalt 2014-2020 umfassten die ESI-Fonds gut 350 Mrd Euro. Auch Deutschland profitierte davon mit gut 19 Mrd

Das blendete die deutsche Kanzlerin auch deswegen aus, weil sie sich offensichtlich die Interessen großer Banken und Handelsketten zueigen machte, die auf die **Markterweiterung** jenseits der Ostgrenze der EU setzten: also Osterweiterung. A. Merkel ließ Frankreich im Europäischen Rat seine Interessen am Mittelmeerraum und an Nordafrika formulieren. A. Merkel erhielt dafür grünes Licht und 600 Millionen „Spielgeld“, um in Richtung Ukraine und Georgien und Aserbaidschan und darüber hinaus in den ölreichen benachbarten Republiken die Verschiebung der EU-Grenzen zu betreiben.

Merkel knüpfte vor allem an die von den USA massiv geförderten Annäherungen der Ukraine an die NATO an und setzte auf die mittelfristige Mitgliedschaft der Ukraine in der EU als sie ein Jahr nach der Orangen Revolution das Kanzleramt übernahm.

„politische Bildung“ der USA in der Ukraine

Die offiziell als Nicht-Regierungsorganisation geführte Einrichtung *National Endowment for Democracy* (NED) und andere US-Institutionen, aber auch die Soros-Stiftung haben über Jahre eng mit Viktor Juschtschenko wie auch mit der Studentenbewegung und Künstlern in der Ukraine zusammen gearbeitet (finanziert), um politische Bildung im US-Interesse, zugunsten einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und damit gegen Russland zu organisieren. NED charakterisiert sich selber: *“NED is a unique institution. The Endowment’s nongovernmental character gives it a flexibility that makes it possible to work in some of the world’s most difficult circumstances, and to **respond quickly when there is an opportunity for political change.**”* *“The Endowment, though non-governmental, would be **funded primarily through annual appropriations and subject to congressional oversight.** NED, in turn, would act as a grant-making foundation, distributing funds to private organizations for the purpose of promoting democracy abroad. These private organizations would include those **created by the two political parties and the business community.**”* Noch im ukrainischen Revolutionsmonat November 2004 schrieb der englische *The Guardian*: *“... **the campaign is an American creation, a sophisticated and brilliantly conceived exercise in western branding**”* (26.11.2004)

Die Kommentare der internationalen Beobachter zeichneten allerdings von Anfang an ein ziemlich chaotisches Bild von der

politischen Führung unter Viktor Juschtschenko. Dennoch lag dann 2014 ein Assoziierungsabkommen Ukraine-EU unterschriftsreif auf den Tischen in Kiew und in Brüssel/Straßburg. Nur hielt sich das Kanzleramt weit hinter den eigenen Erkenntnissen zurück und versuchte, die Moskauer Interessen an der Ukraine kleinzureden. Tatsächlich hatte jedoch W. Putin ebenfalls längst die ehemals sowjetische Republik Ukraine fest im Blick für den Aufbau einer „russischen EU“. Er nannte dieses neue Staatenbündnis aus alten sowjetischen Verbündeten: **Eurasische Wirtschaftsunion**. Darin sollte die Ukraine eine zentrale Rolle spielen. Und A. Merkel mußte das wissen. A. Merkel unterschätzte aber nicht nur das wirtschaftliche Interesse, das für Moskau nicht anders aussieht als für Brüssel oder Berlin: der ukrainische Außenhandel zeigt einen hohen Anteil an Konsumgüter-Importen aus der EU / Russland und einen hohen Anteil an Rohstoff-Exporten in die EU / Russland. A. Merkel war immer zu stark auf US-Denkschemata ausgerichtet und unterschätzte die Wahrnehmungen der russischen Generäle. Sie zeigten am runden Tisch im Kreml ihrem Präsidenten und Geheimdienstkollegen Putin sehr nachdrücklich, wie sich die NATO-Grenzen immer weiter in die ehemaligen sowjetischen Republiken hinein verschieben – und erinnerten Putin an seine eigenen Worte 2007 bei der Münchner Sicherheitskonferenz, wo Putin die NATO warnte vor der weiteren Expansion in Richtung Osten. Die NATO-Osterweiterung ist immer noch Ausdruck Kalter-Kriegs-Denke der US-Regierungen (besonders republikanischer Präsidenten) und damit beschränktes militärisches Denken. Die USA drängen die EU seit Jahren, diese Osterweiterung durch Freihandelsabkommen und Assoziierungsverträge optisch zu entschärfen und zu finanzieren (was die NATO nicht kann).

Nur einmal ging die Kanzlerin geradezu in Stellung gegen einen US-Präsidenten. Das war bei ihrer Rede an die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2019, wofür sie im Übrigen so viel anhaltenden Beifall erhielt wie selten zuvor. Da hieß der US-Präsident Trump und der hatte gerade diverse Strafzölle gegen die deutsche Industrie angedroht und von der Bundesregierung einen höheren Beitrag zur NATO gefordert.

Am Schluss verschoss die Kanzlerin noch einen ganz besonderen politischen Pfeil ins Weiße Haus, der noch einen besonderen Akzent auf die Ostpolitik setzen sollte: "Geostrategisch kann Europa kein Interesse daran haben, alle Beziehungen zu Russland zu kappen". Es war die Zurückweisung von Trumps wildem Aufstand gegen Nord Stream 2. Politisch sicher das richtige Signal der Kanzlerin an einen offensichtlich immer weniger zurechnungsfähigen US-Präsidenten, der sich zudem gegen Nord Stream 2 stellte, weil er nur am Verkauf von US-Fracking-Gas nach Europa interessiert ist. Aber dann wurde urplötzlich Mitte September 2020 von der Bundesregierung für diesen Donald Trump Wahlkampfhilfe verkündet: Zum Anlanden von US-Fracking-Gas soll vor allem der Terminal in Wilhelmshaven und einer in Brunsbüttel ausgebaut werden. Eine unglaubliche Selbstverleugnung der Kanzlerin und eine Verhöhnung der Mehrheit der deutschen und der US-Bevölkerung, die gerade einen solchen verlogenen und betrügerischen und menschenverachtenden US-Präsidenten so schnell wie möglich beseitigt sehen möchten. Als Klimakanzlerin hätte A. Merkel allerdings auch eine ganz andere Position beziehen können: kein russisches Gas – lieber intensiver erneuerbare Energien fördern und dabei mit Russland in Sibirien eng zusammenarbeiten, auch um das Methan-Gas der Taiga aufzufangen und evtl. in Wasserstoff umwandeln. Aber vor allem kein Fracking-Gas aus den USA.

Letztlich haben beide Dimensionen der Osterweiterung (Markterweiterung und NATO-Interesse) auch zu Russlands militärischer Aggression gegen die Ukraine (Krim, Donezk) geführt. Und die europäische Spitzenpolitikerin, die diese Aggression möglicherweise hätte verhindern können, ist die deutsche Kanzlerin. Aber sie bleibt letztlich mehr den US-Interessen verbunden als den Ball aufzunehmen, den W. Putin schon 2001 gespielt hatte. Im September 2001 hielt er als erstes russisches Staatsoberhaupt eine Rede im deutschen Bundestag. Auch weil ein großer Teil auf Deutsch gehalten wurde, gab es intensiven Beifall des Hohen Hauses. Dabei lautete ei-

ner der Kernsätze Putins: **lasst uns gemeinsam ein Europäisches Haus bauen, von Lissabon bis nach Wladiwostok.** An diese historische Einladung hat die deutsche Kanzlerin sich während ihrer gesamten Amtszeit offenbar nicht erinnert und entsprechend nicht daran gearbeitet. Das wäre die eigentliche und sinnvolle Osterweiterung geworden! Sie hätte wahrscheinlich auch mehr Demokratie für Russland bedeutet und weniger Giftmorde an russischen Oppositionellen..... Ohne den Tunnelblick im Kanzleramt hätte eine gut ausgearbeitete Partnerschaft mit Russland im Interesse der gesamten Welt sein können. Denn (es läßt sich nicht nachdrücklich genug wiederholen:) im russischen Sibirien läßt der Klimawandel die Permafrostböden schneller als man sich in Westeuropa vorstellt, auftauen. Die dabei freiwerdenden, Jahrtausende alten, im Eis gebundenen Methangase sind um ein Vielfaches schädlicher für das Weltklima als die CO₂-Belastungen, über die auch in der Bundesregierung geredet wird. Russland bei solchen Klima-Projekten in Sibirien zu unterstützen (auffangen der Methangase) wäre erheblich sinnvoller für Deutschland wie für Russland und weit darüber hinaus gewesen als z.B. die Gas-Pipeline Nord-Stream II oder die Markterweiterung der EU in die Ukraine und weiter nach Osten.

CHINA – FIXIERUNG

A. Merkel ist etwa 14 Mal mit einer großen Industriellen-Delegation (schon mal in 2 vollen Fliegern) nach China zum Staatsbesuch gereist. Sie hat dabei die Türen weit aufgestoßen, damit deutsche Unternehmen zunächst milliardenschwere joint-venture-Verträge abschließen können, über kurz oder lang von den chinesischen Partnern trickreich ausgetobt wurden (z.B. die Magnetbahn, die in Deutschland entwickelt, in der Anwendung allerdings verschlafen und mit eigenem chinesischem Patentschutz versehen als chinesischer Zug zwischen

Beijing und Shanghai als Vorzeigeprodukt rollt).²⁹

Chinas Staats- und Parteiführung denkt – im Gegensatz zu manchem im Kanzleramt (R. Pofalla !) – in langen Zeiträumen, entwickelt eine Handlungsstrategie und schafft die Bedingungen für die Umsetzung dieser Strategie. Dabei kommt schnellen Zugverbindungen im Rahmen der „Chinesischen Seidenstraße“ eine ebenso große Rolle zu, wie den chinesischen Riesenfrachtschiffen mit jeweils über 20.000 Containern auf 400 Meter langen Booten.



Chinas Ozean-Riese „Globe“ im Hamburger Hafen transportiert rd 22.000 Container

Chinesische Züge enden gleichzeitig schon seit Jahren im Hafen von Duisburg-Ruhrort oder auch bei Helsinki:

²⁹ Die Magnetschwebbahn fährt 600 km/h und macht dem Flugzeugverkehr Konkurrenz. Der neue Zug ist als Alternative für Flugreisen bis zu einer Entfernung von 1500 km konzipiert. (*Stern*, 25.5.2019)



Chinas Seidenstraße endet in Duisburg oder in Kouvola (Finnland)

Vielleicht hat der frühere Kanzleramts- und Geheimdienstchef Pofalla über diese Entwicklung ergebnisfrei nachgedacht; vielleicht interessierte ihn aber der bestens dotierte Vorstandsposten bei der Deutschen Bahn mehr als das Kanzleramt. Chinesische Züge rollen jedenfalls in immer kürzeren Taktzeiten nach Europa. Chinesische Frachter laufen ungebremst Hamburg an (wo deswegen die Elbe stetig weiter ausgebaggert werden muß mit gravierenden Folgen für die Stadt (Elbehochwasser) und für die Landwirtschaft im „Alten Land“). Wegen der schmelzenden Eisdecke in der Arktis können die ersten Frachter schon jetzt ohne Eisbrecher eine volle Runde von China über Hamburg, um das Nordkap herum an der sibirischen Küste entlang bis zurück nach China fahren. Gibt es denn niemanden im Kanzleramt oder einzelnen Ministerien, der das Ohr der China-verliebten Kanzlerin hat, um die komplexen Zusammenhänge und die hohen Folgekosten für Deutschland und Europa darzulegen?

Die Kanzlerin hat offenbar auch kein Problem damit, daß inzwischen 2 staatlich gelenkte chinesische Unternehmen (BAIC und Geely) zusammen ein Aktienpaket von rund 20% bei Daimler erworben haben, das ihnen auch einen Sitz im Aufsichtsrat und damit Einflussnahme ermöglicht. Wenn man den Kopf ein wenig hebt, wird für jedermann sichtbar, daß China sich schon vor Jahren die schwedischen Filetstücke der Auto- und Rüstungsindustrie gesichert hat, Saab und Volvo.

Volkswagen ist ohnehin schon extrem abhängig von seinen Verkäufen (und den Auflagen) in China. Da passt der Daimler gut zum chinesischen Anspruch mittels einer differenzierten „Seidenstraßen-Strategie“ noch in den 2020er Jahren die größte Handelsmacht dieser Erde zu sein – und damit flächen-deckend Monopolstellungen zu sichern.

CHINAS GLOBALISIERUNG IM ICE-TEMPO

OBOR ist ein nichtssagendes Kürzel in europäischen Ohren: *One Belt, One Road*. Im heutigen China steht es für das eher blumige Bild „Ein Gürtel, Eine Straße“. Auch das sagt nur dem etwas, der sich der Bedeutung dieser Grafik bewusst wird:



Chinas OBOR

Die weitere chinesische Bezeichnung lautet nämlich: „neue Seidenstraße“ und hat das Ziel, die Handelsinteressen Europas im 14. Jahrhundert (Marco Polo) umzukehren in die Interessenpolitik Chinas im 21. Jahrhundert. Chinas unkündbarer Alleinherrscher Xi Jinping hatte diese Strategie 2013 anlässlich eines Staatsbesuchs in Indonesien offiziell verkündet und 2017 wurde sie Bestandteil der chinesischen Verfassung.

Xi erläuterte, dass „Gürtel“ die Landroute für Straßen- und Eisenbahnen von China durch Asien, den Vorderen Orient bis nach Europa meint. Und „Straße“ für die Seewege von China durch den Indischen Ozean und das Mittelmeer bis nach Europa steht. China möchte ganz direkt die globale Herrschaft über globalisierte Produktionsstätten, die erforderlichen Rohstoffe und die Absatzmärkte mit den globalen Handelsrouten unter chinesischer Kontrolle wissen. Und hat dafür sogar schon die Zielerreichung für das Jahr 2049 festgelegt. Denn das gäbe der 100-Jahrfeier der Volksrepublik China den gewünschten Glanz.

Mehrstufenplan bis 2049

"Made in China 2025" heißt das Dokument, das die Kommunistische Partei 2015 verabschiedete. Darin lauten die Zielmarken:
2025: global starker Akteur in der modernen Industrie
2035: eine globale Mittelmacht in der modernen Industrie
2049: Weltmacht in der modernen Industrie.
Dazu erläutert Xi Jinping: "Unsere Technologie liegt hinter der entwickelter Staaten zurück. Wir müssen eine asymmetrische Strategie anwenden, um aufzuholen und um diese Staaten zu überholen" ³⁰

Chinas zentrales Macht-Instrument: die maritime Seidenstraße

Ihre Bedeutung beginnt nicht bei den chinesischen Container-Giganten, also beim globalen Handel. Am Start stehen chinesische Kriegsschiffe, weil China nicht nur Taiwan und Hongkong als Teil der Volksrepublik reklamiert, sich andere Staaten schon einverleibt hat (Tibet) oder ständig damit droht (Bhutan). Auch das Südchinesische Meer ist wegen Chinas Ansprüchen ein permanenter Zankapfel in der Region. Die Hauptkontrahenten in diesem Streit sind China und die Philippinen. Der Internationale Gerichtshof hatte 2016 zugunsten der Philippinen entschieden. China akzeptiert nicht, führt stattdessen immer wieder mit seinen Kriegsschiffen Manöver

³⁰ Der Spiegel, 24.5.2018

im umstrittenen Seegebiet durch. Auch die anderen, kleineren, Staaten der Region bezeichnen Chinas Außen- und Sicherheitspolitik als zunehmend expansionistisch. China reagiert mit dem Bau eigener Flugzeugträger. Das beunruhigt zwangsläufig auch die größeren Staaten der Region: Indien, Japan, Süd Korea, Taiwan, Thailand; selbst Australien. Und dort kennt man auch die Aufklärungsberichte des US-Verteidigungsministeriums und wird angesichts der militärischen Ausstattung Chinas nervös.³¹

Die maritime Seidenstraße bezeichnet zwar an sich das weltumspannende Handelsnetz der staatlich kontrollierten chinesischen Unternehmen. Aber parallel zum Ausbau dieses Netzes erfolgt der Ausbau von weltweiten Sicherungsmaßnahmen, damit das Handelsnetz störungsfrei funktionieren kann. Entlang der maritimen Seidenstraße geht es zunächst um die Kontrolle der Häfen entlang der Handelsrouten. Es geht ebenso um Präventivmaßnahmen falls die Seidenstraße durch unfreundliche Staaten gefährdet sein könnte – also etwa so unfreundliche Staaten wie Indien, Bangladesh, Bhutan („Süd-Tibet“, wie Beijing nur noch sagt) oder die Inselstaaten Sri Lanka und die Malediven.

China sichert seine Interessen kompromisslos auf der regionalen Ebene

Chinas langjährige politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung für Pakistan sowie die umfangreichen Investitionen im Rahmen der Seidenstraßeninitiative in Südasien, das traditionell als Einflussosphäre Indiens gilt, haben die Konkurrenz mit Indien weiter befördert. Die größten Investitionen

³¹ DER SPIEGEL, 11.2.2010: *„Bisher war Chinas Militär vor allem wegen seiner Größe gefürchtet: Mit rund 2,3 Millionen aktiven Soldaten verfügt das Land über die zahlenmäßig stärkste Armee der Welt. Hinzu kommen rund 6700 Panzer, 7400 Artilleriesysteme, 2300 Kampfflugzeuge, 75 größere Kriegsschiffe und sechs Atom-U-Boote, wie der aktuelle Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums über Chinas militärische Fähigkeiten auflistet. Außerdem verfügt China nach unterschiedlichen Schätzungen über etwa 140 einsatzfähige Atomwaffen.“*

dieser chinesischen Initiative mit bis zu 60 Milliarden US-Dollar sind für den CPEC vorgesehen. Pakistan hat dabei eine besondere Bedeutung, denn in der Hafenstadt Gwadar treffen der Landweg der »neuen Seidenstraße« und die »maritime Seidenstraße« aufeinander. In Sri Lanka hat China zwischen 2005 und 2015 ca. 14 Milliarden US-Dollar in Infrastrukturprojekte investiert. Bangladesch wurden von der chinesischen Regierung 38 Milliarden US-Dollar zugesagt. Für Nepal sind Investitionen und Kredite von über 8 Milliarden US-Dollar geplant.

Indien versucht durch eine engere Kooperation mit westlichen Staaten und Japan, dem wachsenden chinesischen Einfluss in der Region entgegenzutreten. 2016 vereinbarten Indien und die Vereinigten Staaten eine engere entwicklungspolitische Kooperation und arbeiten mittlerweile in Afghanistan und Nepal zusammen. In Sri Lanka kooperieren Indien und Japan im Energiebereich. Diese Strategie bedeutet eine Abkehr von der bisherigen indischen Südasienpolitik. Indien hatte lange Zeit das Engagement von Großmächten in Südasien abgelehnt, da es sich selbst als die einzige regionale Ordnungsmacht verstand.

Vor allem die Beziehungen zu Japan haben unter Modi einen deutlichen Aufschwung erfahren. Beide Staaten vereinbarten bei der Schaffung des Asia-Africa Growth Corridor (AAGC) eine enge Zusammenarbeit. Der AAGC soll beteiligten Staaten eine Alternative zur Seidenstraßeninitiative bieten. Er zielt vor allem auf den Indischen Ozean und seine Anrainerstaaten ab.

Ein neues Logistikabkommen mit den USA ermöglicht Indien seit 2016 auch die Nutzung US-amerikanischer Militäreinrichtungen im indopazifischen Raum. Im Frühjahr 2018 vereinbarte Indien mit Oman eine militärische Nutzung des Hafens in Duqm, was als Gegengewicht gegen chinesische Einrichtungen in Djibouti und Gwadar gesehen wurde.

Im November 2017 belebten die USA, Japan, Australien und Indien die Quadrilaterale Initiative (Quad) wieder. Diese Gruppierung war zehn Jahre zuvor von Japan initiiert worden. Damals wie heute steht das Verhältnis zu China im Mittelpunkt. Die beteiligten Staaten suchen nach gemeinsamen Strategien,

um der offensiver auftretenden chinesischen Politik beispielsweise im südchinesischen Meer entgegenzutreten.

Kambodscha

In den letzten Jahren hat China seinen Einfluss in Asien und Afrika stark ausgeweitet. Auch in Kambodscha ist das nicht zu übersehen. Der liberale Oppositionspolitiker Sam Rainsy und Premierminister Hun Sen streiten längst über Chinas wirtschaftliche Einflussnahme.

Ende 2018 beliefen sich Kambodschas Schulden gegenüber China auf 4 Milliarden US-Dollar. Das entspricht laut Regierung 35 Prozent des Bruttosozialprodukts und mehr als die Hälfte der Gesamtschulden des Landes im Ausland. Im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI), auch als neue Seidenstraße bekannt, investiert Peking Milliarden in Entwicklungsfonds und vergibt große Kredite auch an Kambodscha.

Tibet

Benita **FERRERO-WALDNER**, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik: die Europäische Kommission ist "tief beunruhigt über die Unruhen und die Gewalt in Tibet. Gewalt sei mit nichts und niemals zu rechtfertigen". Sie forderte die chinesische Regierung auf, sich in Zurückhaltung zu üben und den Einsatz von Streitkräften zu unterlassen. Die Einreise unabhängiger Medien nach Tibet müsse gewährleistet werden
(1.4.2008)

Sri Lanka

Wenig entspannt schauen die regionalen Nachbarn der Volksrepublik auch auf die fehlende Handlungslogik Chinas, wenn in Sri Lanka mit sehr hohem Kapitaleinsatz ein Flughafen „in die Pampa“ gesetzt wird, von dem anschließend kein einziger Passagier startet oder landet. Nicht viel anders sieht es mit dem ebenfalls von China mit 1,3 Mrd Dollar finanzierten und gebauten Containerhafen gegenüber der Südspitze Indiens aus. Nach dem Machtwechsel 2015 sah Colombos neue Regierung sich schweren Verlusten aus dem wenig genutzten Hafen gegenüber. 2017 wurde er für 99 Jahre an ein chinesisches Staatsunternehmen übergeben („verpachtet“). Das ist bis heute innenpolitisch umstritten. Manche westlichen Beobachter werfen China vor, kleine Länder an der Seidenstraße bewusst in eine Schuldenfalle zu treiben, um deren Abhängigkeit zu steigern. Das ist sicher so. Für die häufig oligarchisch geführten Länder, wie Sri Lanka oder die Malediven und andere kommt das Besondere an China dazu: China stellt nicht so viele Fragen, wie westliche Regierungen oder Institutionen der

„Entwicklungskooperation“ (z.B. Weltbank). Diese stellen immer häufiger Fragen zur Umweltverträglichkeit und zur Nachhaltigkeit bevor ein Projekt bewilligt wird. China stimuliert bei einem Partner wie Sri Lanka die Frage nach Kooperation, entscheidet dann schnell mit „ja“, bietet sofort die Finanzierung und die Durchführung der Arbeiten. Das Projekt ist dann auf jeden Fall für China interessant bzw. wichtig.

Zurück bleiben gerne ein **gegenüber China hochverschuldetes Sri Lanka** und ein potenzieller militärischer Stützpunkt falls die Spannungen mit Indien weiter ansteigen.

Malediven

Auf der Malediven-Insel Hulhulé hatte Chinas Staatschef 2014 den Flughafen und die Verbindungsbrücke zur Hauptinsel eingeweiht – alles von China finanziert und gebaut.



Malediven, Flughafen Hulhulé mit China-Malediven-Freundschaftsbrücke

Im September 2018 hatte dann völlig überraschend der Kandidat der Demokratischen Partei die Präsidentschaft im Inselstaat der 400.000 Einwohner gewonnen. Damit hatte ein Freund Indiens gewonnen. Für China ein politischer Stolperstein für die maritime Seidenstraße. Allerdings wird China auch der neuen Regierung irgendein attraktives Angebot machen. Denn das ausgedehnte Inselreich besitzt ein ähnlich

großes Gewicht für die maritime Seidenstraße wie Sri Lanka; und ein funktionstüchtiger Flugplatz auf den Malediven kann militärisch für China ebenso wichtig werden wie in Sri Lanka. Zunächst sieht sich die neue Regierung aber - wie in Sri Lanka - bis zum Hals in Schulden gegenüber China versinken, geschätzte 3 Mrd Dollar bei einem Bruttozialprodukt von 4,9 Mrd.

.... und bei den großen Nachbarn

Indonesien

2013 vereinbaren China und Indonesien Kooperationsabkommen, für die China 21 Mrd Euro bereitstellt. Es geht dabei um Projekte im Bergbau-, Energie-, Produktions- und Transportsektor. Die Chinesische Entwicklungsbank vereinbart Investitionen in die Papierherstellung, chinesische Banken und Konzerne vereinbaren, in den Kohlebergbau, die Stromerzeugung und Aluminiumproduktion zu investieren. Die Industrie- und Handelsbank Chinas (ICBC) schloss zudem ein Leasing-Abkommen mit der indonesischen Fluggesellschaft Garuda über fünf Boeing 777 und sechs Airbus 320. Die Zentralbanken der beiden Länder vereinbaren zudem Maßnahmen zur Stabilisierung der indonesischen Rupiah.

Wieso gerade der größte Moslem-Staat der Erde auf starkes chinesisches Interesse stößt (wo doch die moslemischen Uiguren in China zu Hunderttausenden in sog. Umerziehungslager weggesperrt werden), hängt mit den beiden zentralen Punkte chinesischer Außenpolitik zusammen: Zugriff auf Rohstoffe und Aufbau von Infrastruktur, die dem chinesischen Außenhandel dient. Da spielt Ideologie keine Rolle.

Australien

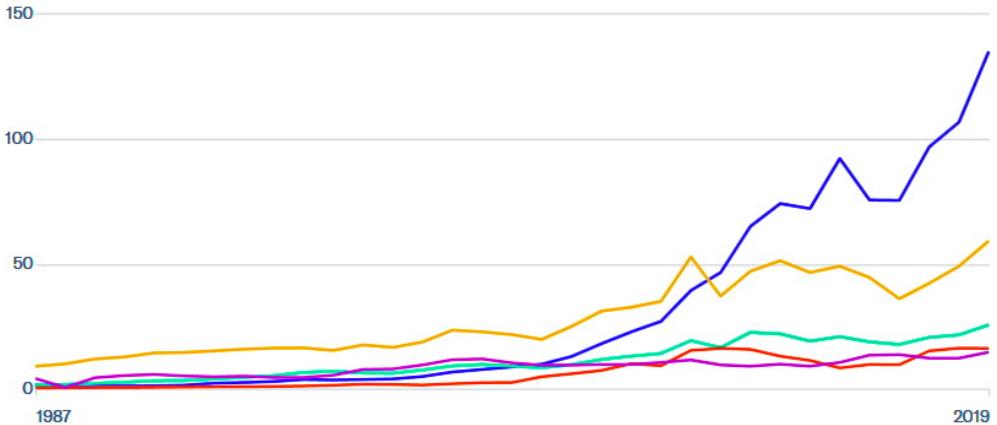
Die China-Australien Beziehungen sind vielschichtig und groß dimensioniert. 165.000 chinesische Studenten bevölkern australische Universitäten. Hunderttausende chinesische Touristen lassen sich zum Great Barrier Reef schippern oder zum Ayers Rock (Uluru) fliegen. Australien ist für bestimmte

Industrierohstoffe Chinas wichtigster Lieferant (besonders Eisenerz).

China ist der wichtigste Markt für australische Exporteure

Exporte, in Milliarden australischer Dollar

China Japan Südkorea Indien USA



1 Franken entspricht 1.62 australischen Dollar
Quelle: Australian Government

NZZ / Mue.

Aber seit einigen Jahren schwelt es im politischen Untergrund. Auch in der Regierungspartei werden die Stimmen lauter, die die chinesische Einmischung in Politik, Wirtschaft und weitere Bereiche kritisieren und klarere Regeln und Transparenz im Umgang mit der Volksrepublik fordern. Damit sind die chinesischen Spenden an australische Parteien ebenso gemeint wie Hacker-Angriffe und elektronisch organisierte Spionagetätigkeit im Zusammenhang mit der chinesischen Botschaft.

Die Corona-Pandemie war bei manchen Themen der berühmte letzte Tropfen zuviel. Denn Australien sperrte Reisende aus China aus. Chinas Medien drohten mit Importstopp australischer Fleischwaren und australischer Weine. Besonders verärgert ist China darüber, dass Australien dem Druck der Trump-Regierung nachgibt und den chinesischen Telekommunikationsanbieter Huawei vom Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes ausschloss. Canberra blockt außerdem auch öffentlich Pekings Einflussnahme auf australische Unternehmen, politische Parteien, Universitäten und andere Institutionen ab, indem die Spionagegesetze verschärft wurden und die Strafen für illegal

erworbenes klassifiziertes Material deutlich heraufgesetzt wurden. China verstand, dass dies im Kern anti-chinesische Maßnahmen waren. Aber noch braucht China den australischen Kontinent. Und für Australien ist China ein sehr wichtiger Teil des Außenhandels.

... und in Chinas „backyard“ Afrika

Als die US-Regierung 1823 die Monroe-Doktrin formulierte, nannte sie Lateinamerika „our backyard“. Chinas Regierung benutzt den kolonialen Ausdruck nicht, praktiziert ihn aber ganz besonders in Afrika.

Da fällt es dann auf, daß die Europa-Kanzlerin sich während der letzten Europawahl (2019) aus dem Wahlkampf heraushielt, um lieber zeitgleich durch Afrika zu reisen. Aber es ging ihr offenbar nicht darum, besser zu verstehen, wie systematisch China in Afrika engagiert ist, um die große Zahl politisch schwacher, dafür hoch-korrupter, autokratisch regierter Staaten an sich zu binden (wichtig wegen Afrikas Rohstoffen wie auch für Abstimmungen bei den Vereinten Nationen). Kanzlerin Merkel wollte lediglich selber noch ein paar Rohstoffe durch sog. Freihandelsabkommen für deutsche Unternehmen sichern. Selbst ihr CSU-Minister für entwicklungspolitische Zusammenarbeit (G. Müller) ist in der gedanklichen Überwindung des traditionellen Neokolonialismus schon einen Schritt weiter als die Kanzlerin. Und seine wachsende innere Distanz hat vielleicht auch dazu geführt, daß Minister Müller (der im Allgäu regelmäßig die besten Wahlergebnisse aller CSU-Minister einfährt und mit Abstand der beste Afrika-Kenner im Kabinett ist) bei den Bundestagswahlen 2021 nicht mehr kandidieren will.

Vom BMZ-Minister wurde nicht bekannt, daß er sich für noch mehr Waffenverkäufe an afrikanische Staatsführer einsetzt. Von der Kanzlerin schon: in einer Bundestagsdebatte im November 2019 hatte A. Merkel dem Hohen Haus erklärt, es könne nicht richtig sein, daß afrikanische Länder nur von China, Russland und Saudi-Arabien ausgerüstet würden. Deswegen mache es sie ein bißchen unruhig, wenn deutsche

Rüstungslieferungen immer weiter eingeschränkt würden.³² Die Kanzlerin hatte allerdings übersehen, daß auch 2019 schon wieder ein „Allzeithoch“ bei den deutschen Rüstungsexporten zu verzeichnen war, rd 8 Mrd Euro. Unter den Meist-Begünstigten befinden sich Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi Arabien, Katar, Indonesien. Der Verdacht liegt nahe, daß die Kanzlerin Besuch erhalten hatte von Vertretern der Rüstungsindustrie, vielleicht sogar von ihrem früheren Entwicklungs-Minister Niebel, der inzwischen zum Chef-Lobbyisten der Waffenschmiede Rheinmetall avanciert war. Abgesehen davon, daß A. Merkel hier dem alten US-Vorbild folgt, wonach gesellschaftliche Konflikte im globalen Süden dann relevant sind, wenn sie die eigene Rohstoffversorgung bedrohen und dann schnell mit Waffengewalt „gelöst“ werden müssen (Afghanistan, Irak, Chile....). Was man der Kanzlerin aber vielleicht nicht genannt hatte, war die Geldquelle zur Bezahlung solcher Waffenkäufe. In Merkels afrikanischer Lieblingsregion Westafrika, konkret: Mali, hat die Bundeswehr 900 Soldaten zur Friedenssicherung geschickt. In Mali blüht aber vor allem der Drogenhandel. Mit den Drogengeldern werden die Waffen bezahlt, mit denen Terroristen oder Nicht-Terroristen die Pfade des Drogenschmuggels sichern. Würde die Kanzlerin nach Kolumbien schauen oder nach Mexico würde ihr die Parallele zu Mali sehr schnell auffallen.

Genauer hinschauen müßte die Kanzlerin bei ihren Afrikareisen ganz bestimmt auf die Überausbeutung der afrikanischen Rohstoffe durch China wie durch die ehemaligen Kolonialstaaten in der EU, einschließlich deutscher Unternehmen und sie sollte über Abhilfe nachdenken (wie ihr Minister Müller). Genauer hinschauen müßte sie auf die diktatorischen Herrschaftsverhältnisse in ihren westafrikanischen Lieblingsländern. Denn unübersehbar besteht eine sehr enge Beziehung zwischen Rohstoffausbeutung und den Flüchtlingsströmen übers Mittelmeer in die EU. Dazu muß man nicht einmal Bundeskanzler sein, um das zu erkennen. Dazu müßte die Bun-

³² Bundestagsdebatte am 27.11.2019

desregierung allerdings eine sinnvolle Agrar- und Fischereipolitik von Seiten der EU für Afrika vorlegen und sich für die Umsetzung stark machen. Das wäre ein sehr hilfreicher Ansatz gegen die Zerstörung der Lebensbedingungen in vielen afrikanischen Ländern, würde Migranten eine wünschenswerte Perspektive im Heimatland bieten - und wäre eine überzeugende europäische Gegenoffensive gegen Chinas Neokolonialismus in Afrika.

Ist das zu komplex gedacht für das Kanzleramt?

Diese nur teilweise ironische Nachfrage an das Kanzleramt hätte bei dem Gipfeltreffen EU-China im Juni 2020 in Leipzig gestellt und beantwortet werden können. Wegen Corona wurde das direkte Treffen der EU-Staatschefs mit Chinas allmächtigem Führer Xi Jinping zunächst auf den 14. September 2020 verschoben und dann doch ganz abgesagt. Aus Sicht des Kanzleramtes hätte diese Konferenz der Höhepunkt der deutschen EU-Präsidentschaft werden sollen. Höhepunkt des Höhepunkts hätte ein Investitionsschutzabkommen sein sollen, an dem schon seit 2014 politisch gebastelt wird – ohne dass Xi Jinping auch nur annähernd so viele Investitionsfreiheiten für Europäer in China zulässt, wie sie die freien Marktwirtschaftler Europas den chinesischen Unternehmen seit vielen Jahren gewähren. Die EU reagiert wegen Chinas Corona-Verhalten, wegen Chinas Vertragsverletzungen in Hongkong 2020, wegen der Behandlung der Uiguren in Konzentrationslagern zunehmend reservierter auf Chinas Seidenstraßen-Strategie. Für Kanzlerin Merkel ist der geplatzte EU-China-Gipfel in Deutschland letztlich eher eine Rettung ihres Image als „große Europäerin“, denn immer mehr europäische Spitzenpolitiker (einschließlich Norwegen oder der osteuropäischen Tschechischen Republik) üben offene Kritik an China. Von dem EU-China-Gipfel hatte daher kaum jemand in der EU substanzielle Ergebnisse erwartet.

Die imperialen Interessen Chinas erkennen wollen bleibt der erste Schritt

Die Bundesregierungen unter A. Merkel gehören nicht zu denen, die mit der Seidenstraßen-Politik unter Xi Jinping ein größeres Problem haben. Um richtig darauf reagieren zu können, muß man allerdings die komplexe Strategie Beijings zunächst wahrnehmen wollen. Es gibt Stimmen, die das wollen. Chinas Mehrfach-Strategie wurde z.B. im Europäischen Parlament während einer Debatte über Chinas Menschenrechtsverletzungen in Tibet und unmittelbar vor den Olympischen Spielen 2008 in Beijing kontrovers angesprochen:

Daniel **COHN-BENDIT** (Grüne) sagte, dass in den letzten zehn Jahren europäische Führer gleichgültig gegenüber der **Missachtung von Menschenrechten** reagiert hätten. Er erinnerte an die olympischen Spiele von 1936, die ein politischer Akt gewesen wären und sagte, dass die Peking-Spiele unter der Herrschaft einer Diktatur ebenfalls einen politischen Akt darstellten. Er sagte, dass die EU es **ablehnen sollte an der Eröffnungszeremonie der Spiele teilzunehmen**.

Vittorio **AGNOLETTO** (KVEL/NGL, IT) betonte, dass die Verteidigung der Menschenrechte in China nicht bei den olympischen Spiele beginne oder ende. Wenn Regierungen in internationalen Beziehungen die Achtung der Menschenrechte an erste Stelle setzen würden, dann würden sie nicht nur gegen die olympischen Spiele in China sein, sondern **Handelsvereinbarungen würden auch Klauseln zur Achtung vor Menschenrechten enthalten**. 24 Millionen Menschen in China seien Angestellte westlicher Unternehmen. Das bedeute, "dass wir mit diesen Unternehmen unter einer Decke stecken und dies aus Welthandelsgründen tolerieren", so Agnoletto.

(<http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress>)

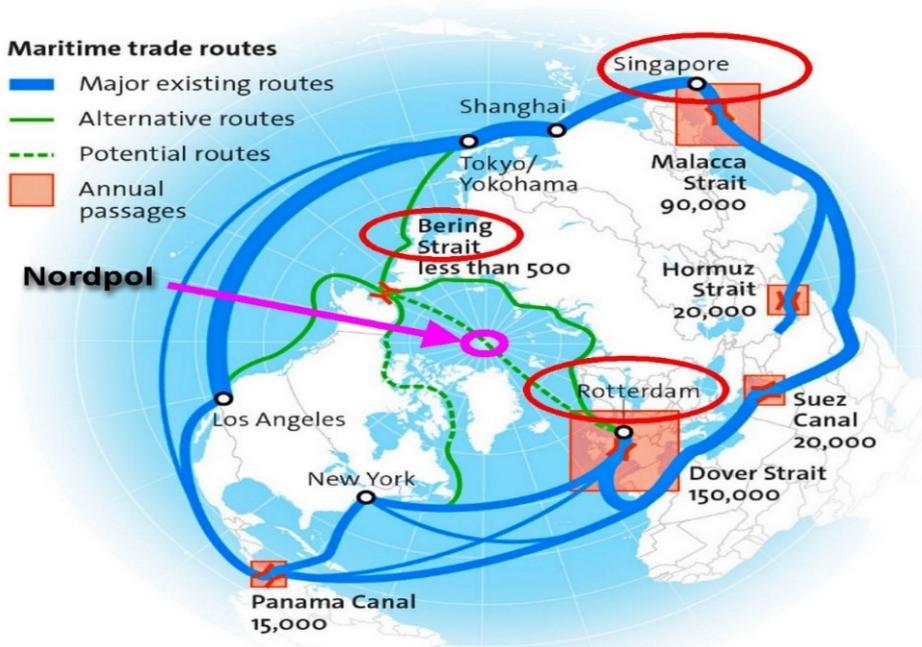
So schlimm die Menschenrechtsverletzungen als strategischer Teil der Innenpolitik auch sind – es gehören längst (auch) andere Reibungsflächen mit China in den Vordergrund der europäischen Politik gerückt. Insbesondere die weltumspannend angelegte Strategie der chinesischen **Seidenstraße**. Zentrales Element darin bleibt die *maritime Seidenstraße*, die in Asien

sowohl auf große Zustimmung stoßen kann (Indonesien) als auch auf wachsende Skepsis und Ablehnung bei Indien und den diversen Nachbarstaaten.

Seidenstraßenausbau – global total

Wenn China die Seewege für seine Handelsschiffe gesichert sieht, wird auf der maritimen Seidenstraße wahrscheinlich 80 oder 90 Prozent seines Außenhandels abgewickelt – bei immer intensiverer **Inanspruchnahme der Arktis-Region:**

Ganz ausgelassen hat China dabei keineswegs die US-Westküste. Schließlich liegen Schanghai und Los Angeles am selben Pazifik wie China. China hatte sogar angefangen, durch den extra modernisierten Panamakanal auch auf die atlantische Seite der USA zu segeln. Aber die immer größeren chinesischen Frachten können die Schleusen nicht passieren.



Das Seidenstraßen-China tritt als „global player“ gegenüber vielen an Rohstoffen reichen anderen Ländern auf (Indonesien, Afrika), beharrt für sich selber allerdings auf den Status

eines Entwicklungslandes und erfreut sich an den damit gewährten Vergünstigungen – von der Weltbank über die WTO bis nach Deutschland:

Dieses China – weiterhin Entwicklungsland ??

Obwohl China 2016 die von der Weltbank gesetzte maximale Einkommensgrenze von 6.795 US-Dollar pro Kopf für die Darlehensvergabe mit vergünstigten Konditionen überschritten hat, erhielt das Land pro Jahr durchschnittlich weiterhin rund 2 Milliarden US-Dollar von der *International Bank for Reconstruction and Development* der Weltbankgruppe.

Vor dem Hintergrund der aktiven Darlehensvergabe von China an Entwicklungsländer (wie im Fall Indonesien), die von einigen als „Schuldenfalle“ kritisiert wird, und der allgemeinen wirtschaftlichen Stärke des Landes, fordern Kritiker deshalb, die Vergabe von Weltbankdarlehen an China gänzlich zu stoppen.

Denn: Aus einem Entwicklungsland, das für westliche Industrieländer zuerst ein gigantischer Absatzmarkt und dann eine „verlängerte Werkbank“ mit einem schier unerschöpflichen Arbeitskräfte-Reservoir war, ist ein mächtiger Konkurrent geworden. Chinesische Unternehmen entwickeln intelligente Maschinen und Anlagen; sie bauen längst Autos mit Elektroantrieb. Und China steht nicht mehr vor Europas Tür. China ist längst innen angekommen.

CHINA DURCHDRINGT DEN EUROPÄISCHEN MARKT

In Europa haben die liberalen Politiker und die Freien Marktwirtschaftler nicht besonders interessiert auf das geachtet, was Xi Jinping 2013 verkündet hatte. Die EU-West hat ihre Handelstüren sehr weit geöffnet als China dem maroden Griechenland den Containerhafen in Piräus abkaufte, als China sich in Portugals Wirtschaft und den Dienstleistungssektor ungebremst einkaufte, um u.a. die volle Kontrolle über Portugals Stromnetz zu gewinnen; als China seine Eisenbahnen bis in Europas größten Binnenhafen, in Duisburg-Rheinhausen ausbaute. Ganz wichtig dabei: die 25 Züge, die jede Woche aus Chongqing anrollen, rollen 10.000 Km durch Kasachstan, Russland, Weißrussland und Polen – also alles Länder, die

kein wirklich entspanntes Verhältnis zur EU haben. Und vor allem signalisieren die Züge auf ihrem langen Weg durch russisches Territorium eine behutsame Wiederannäherung zwischen Beijing und Moskau, seit die EU Putin wegen der Krim-Annexion betrafft.

Seit Anfang 2017 rollen chinesische Güterzüge auch bis Barking (London) und über Finnland auch nach Skandinavien hinein.

Und Europa-West baut ebenfalls aus; baut seine Überseehäfen für die riesigen chinesischen Frachter mit mehr als 20.000 Containern in Rotterdam und Hamburg gegen die Bürgerproteste vor Ort aus. Für Xi war das Handeln der Westeuropäer noch nicht schnell genug. Er lud 2017 die 16 Osteuropa-Staaten zu einem großen Treffen in Budapest ein, umschmeichelte nicht nur den EU-Kritiker Orbán, sondern schloss auch mit den übrigen Regierungen in EU-Ost Sonderverträge. Diese neue Allianz aus China und Osteuropa erhielt auch gleich einen Namen: **16 + 1**. Und vertiefte ganz nebenbei die politische Spaltung zwischen EU-West und EU-Ost und schwächte damit anti-chinesische Argumente im Westen, die allmählich lauter wurden. Xi hat es immer eilig. Also macht er (anders als z.B. Kanzlerin Merkel) sofort Nägel mit Köpfen, so wie schon in Sri Lanka oder den Malediven: noch 2017 erreichte der erste chinesische Güterzug Budapest, ein anderer Lodz (Łódź) in Polen. Und bis dahin hatten schon mindestens 100 Mrd chinesische Euro Ost- und Süd-Europa erreicht und China blickte dabei schon längst über die Osteuropäer hinweg auf die technologisch gut aufgestellten Skandinavier.

Wie sah die Reaktion in Europa auf *One Belt, One Road* bzw. auf *16+1* aus?

Berlin und Paris schickten Anfang 2017 einen rügenden Brief nach Beijing. Die EU-Kommission schloss sich der Rüge an und sprach von einem europaweiten Frühwarnsystem, falls Investitionen in sensible Bereiche von außerhalb der EU erkannt werden. Das blieb deswegen halbherzig, weil China – wie in der asiatischen Region auch – seine massiven Kapitalinvestitionen mit deutlich weniger Auflagen (Strukturreformen)

verknüpft als etwa die Troika aus *EU-Kommission+EZB+IMF*. Und weil die anscheinend leichtgewichtigen chinesischen Milliarden nach der globalen Finanzkrise und nach dem unwiderflichen Brexit der britischen Konservativen bei den geschwächten EU-Mitgliedern durchaus willkommen waren. Die EU-Reaktion auf *One Belt, One Road* blieb auch deswegen gedämpft, weil China nicht zuletzt ein politisches Dankeschön von Osteuropa und aus dem Mittelmeerraum erwartete – und aus beiden Regionen wurde auch schnell geliefert:

Im Juli 2017 entschärften EU-Mitgliedstaaten, in denen es zuvor massive chinesische Investitionen gegeben hatte, erfolgreich eine Erklärung, die Pekings Ansprüche auf Seerechte und Ressourcen im südchinesischen Meer als mit dem Völkerrecht unvereinbar bezeichnen sollte. Ähnlich hatte auch Griechenland im gleichen Zeitraum eine Erklärung blockiert, die Chinas Menschenrechtsbilanz kritisierte.

Durchdringungsziel Deutschland

A. Merkels China-Affinität ist auch deswegen nicht nachvollziehbar, weil sie in einem politischen System aufgewachsen ist und dort auch engagiert war, das in Fortsetzung der NAZI-Methoden seine innere Stabilität mit Hilfe der STASI-Überwachungen suchte. China ist aufgrund der verfügbaren modernen Technologien noch erheblich totalitärer bei der tagtäglichen Überwachung jedes Bürgers oder gar ziviler Zusammenkünfte und ziviler Organisationen, die vielleicht zur Systemkritik neigen könnten....

Dieses China durchdringt mit Wucht Europas Staaten und Gesellschaften und das auf ganz unterschiedliche Weise. Zum einen kaufen sich die staatlich gelenkten Autoproduzenten *Geely* und *BAIC* mit zusammen rd 20% Aktienanteile beim **Daimler** ein, um die Firmenpolitik mitzubestimmen. Zum anderen erwerben sie direkt einen der weltweit besten Produzenten für Industrie-Roboter, **Kuka** in Augsburg. Kuka gilt als Vorreiter der Industrie 4.0, der digital vernetzten Wirtschaft. Nach knapp 2 Jahren wurde der deutsche Betriebsleiter zum Gehen ermuntert, um das Unternehmen voll in chinesische

Hand zu bekommen. Nach außen wirkt Kuka weiterhin wie ein deutsches Unternehmen. Vor dem Portal flattert weiterhin die weiß-orangene Kuka-Fahne. Auf keinem Schild ist der chinesische Besitzer *Midea* genannt. Selbst die marktwirtschaftliche Bundesregierung mit S. Gabriel als Wirtschaftsminister hatte die politische Dimension dieser chinesischen Acquisition erkannt und ermunterte SIEMENS und BOSCH Kuka zu übernehmen. Aber China bot höher und gewann 2016.

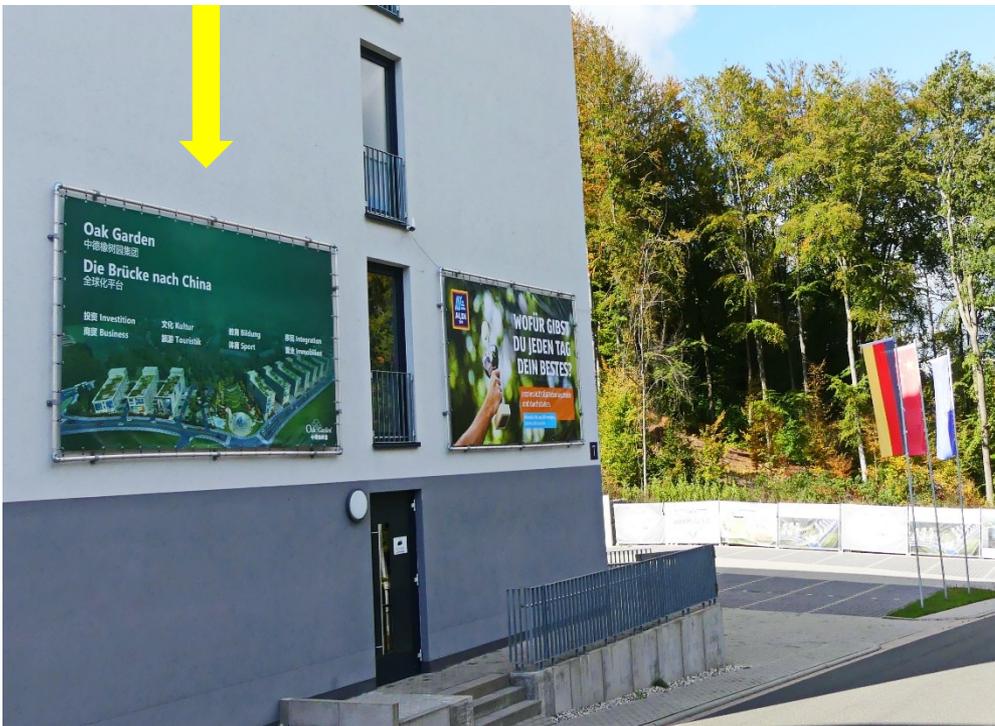
Und dann gibt es auch Städtchen hinter den Bergen, im hügeligen Grenzland zwischen Rheinland-Pfalz und Saarland, wie **Hoppstädten-Weiersbach**. Es ist eines der Dörfer, die zusammen die Verbandsgemeinde Birkenfeld bilden. Gemeinsam kommt man auf 20.000 Einwohner. Dem stehen inzwischen mehr als 700 Chinesen gegenüber. Sie kamen teils als ganze Familien hierher. Sie haben Wohnungen und Häuser gekauft, schicken ihre chinesischen Kinder in die Kitas und Schulen der Gemeinde. Der Bürgermeister nennt die Zahlen, die für ihn wichtig sind: 260 chinesische Firmen sind in seiner Gemeinde registriert; d.h., praktisch betreibt jede chinesische Familie eine Firma in Birkenfeld. Auf selbstklebenden Zetteln an einer Haustür steht dann schon mal: „*Goldland International Trading GmbH*“. Von diesen Firmen erhält die Gemeinde rd 400.000 Euro Gewerbesteuer. Und dann hat der Bürgermeister

noch ein Projekt in petto. Er nennt es, wie in New York: „unser Chinatown“.



„Chinatown“ in Hoppstädten-Weiersbach erste Projektidee

aktuell, 8 Jahre später als „Brücke nach China“



Es handelte sich zunächst um die Projektidee einer jungen Chinesin, die einen Deutschen aus der Gemeinde heiratete. Der Bürgermeister kannte die Idee von einem Modell-Foto, das ihm vorgelegt wurde. Das Modell trägt ein Namensschild: „Headquarter der Weltfabrik“. Die Lokalität dieses Modells kannte der Bürgermeister ebenfalls: es sind ehemalige US-Kasernen in seiner Gemeinde. Die Chinesin wollte die nicht mehr genutzten Gebäude zum Teil aufkaufen und als Wohnungen und Geschäftsräume modernisieren. Rund 8 ha des ehem. Militärgeländes wollte sie dazu kaufen. Als Projektziel erklärte sie dem Bürgermeister: Wohnungen und anteiliges Land bietet sie in China Geschäftsleuten zum Kauf an. Bürgermeister und Gemeinderat waren angetan.

Innerhalb von 2 Jahren hatten alle 160 Immobilien einen chinesischen Käufer gefunden.

„Chinatown“ in Hoppstädten-Weiersbach ist kein Produktionsstandort geworden. Die Siedlung ist jetzt eines der vielen chinesischen Outlet-Fenster für alle möglichen chinesischen

Produkte, die mit den chinesischen Güterzügen nach Duisburg-Rheinhausen geschafft und von dort im Land verteilt werden.

Die Frage kann der Bürgermeister nicht beantworten, woher die junge Chinesin ihr Startkapital (außer einem Kredit von der örtliche Volksbank) hatte und wer und wo die Projektidee ausgearbeitet wurde. Vor allem aber schaut der Bürgermeister (so wenig, wie die letzten Bundesregierungen) über den Gemeindezaun hinweg. Denn mit Xi Jinping beschränkt sich Chinas Interesse an Deutschland nicht mehr auf Industriespionage oder Abkupfern bestimmter Produktionsprozesse durch chinesische Werkstudenten etc. Beim Bundesverband Merger & Acquisitions in München fasst man die Situation so zusammen: Deutschland hat etwa tausend mittelständische Weltmarktführer, an die wollen die Chinesen ran.

Durchdringungsziel Italien

Es gibt durchaus qualitativ andere Chinatowns zur Durchdringung des europäischen Marktes als das Beispiel aus der Pfalz. Einen besonders prekären Fall bietet das italienische **Prato** (Toscana), Zentrum der europäischen Textilindustrie.

Prato hat nach Paris das größte Chinatown Europa: 50.000 registrierte Chinesen und viele Tausende illegaler neben 200.000 italienischen Bürgern – und fast alle arbeiten in der Textilindustrie. Anders als in der Pfalz sind hier 5.000 chinesische Betriebe registriert.

Hier finden sich Textilfabriken wie in Bangladesh oder wie die Fleischfabriken der Firma Tönnies in Nordrheinwestfalen. Es gibt eine Studie über diesen Billiglohnsektor in Prato. Aufgeführt werden dort: skandalöse Stundenlöhne, exzessive Arbeitszeiten, elende Arbeiterunterkünfte und Tagelöhnerei. Auch Fälle von Kinderarbeit wurden aufgedeckt.³³

Wenn sie den massenhaft pleite gegangenen italienischen Fabriken neues Leben einhauchen, können die Chinesen hoffen, ungestört gegen die Steuer- und Sozialabgabenordnung

³³ Pepper Mynta. The Eco Magazine; <https://peppermynata.de/fair-fashion/fair-fashion-made-in-italy-sweatshops/>, 16.3.2020

sowie Arbeitsschutzgesetze zu verstoßen. Arbeitserlaubnisse für die illegal eingewanderten Arbeiter aus China sind leicht zu besorgen. Und sollte die Steuerpolizei doch mal anmarschieren, wird die Fabrik meist rechtzeitig dicht gemacht – um sie alsbald unter anderem Namen neu zu eröffnen. Für die Arbeiter ändert sich wenig. Sie leben von ein bis drei Euro pro Tag – wenn sie ihre Schulden an die Schleuser abgestottert haben – und leben dort, wo sie im Akkord nähen oder Modeaccessoires herstellen. Und doch sprechen die Geldinstitute in Prato von durchschnittlich 1,5 Mio Euro, die täglich nach China überwiesen werden. So, wie es eigentlich bei Migranten aus dem globalen Süden üblich ist.....

Die Initiative »Clean Clothes« weist in einer Studie nach, dass Louis Vuitton, Armani, Prada und Dior alte Produktionsstätten in Norditalien zurückgekauft und wiedereröffnet haben, um dort Immigranten und italienische Arbeiter ebenfalls für Armutslöhne mitunter 14 Stunden täglich schuften lassen. Subunternehmertum und Heimarbeit tragen zu Lohnerosion und Arbeitszeit-Exzessen bei – und auch staatlicherseits gelockerte Sozial- und Lohnstandards.

Aber Xi Jinping ist nicht ernsthaft an Prato interessiert. Für ihn macht der **Hafen von Triest** Italien interessant. Er ist auf dem Mittelmeerabschnitt der maritimen Seidenstraße einer der größten. Und in dem Unterstaatssekretär Michele Geraci hat Xi Jinpeng sicher den italienischen Politiker mit den besten China-Kenntnissen auf seiner Seite. Denn Geraci nennt den Hafen von Triest „Chinas Tor zu Europa“.³⁴

Militärische Durchdringung in Schweden

Ergänzend zur Durchdringung des europäischen Marktes, versucht China es auch mit der Durchdringung der europäischen Sicherheitspolitik im militärischen wie im IT-Bereich. Im verträumten Fischerhafen Lysekil (nördlich von Göteborg)

³⁴ <https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/leak-chinas-plaene-in-italien/>, 11.3.2019

tauchte Ende 2017, zur gleichen Zeit als der erste chinesische Güterzug in Finnland einrollte, sehr unvermittelt eine Delegation des chinesischen Konsortium *Sunbase International* auf und bot der Gemeinde an, dort den **größten Tiefseehafen Skandinaviens** zu bauen, begleitet von neuen Straßen, Eisenbahnanschlüssen, Brücken; dazu Schulen, Gesundheitsposten, Altenpflege. Es waren geheim geführte Gespräche, die nur durch den öffentlichen Radiosender *Sveriges Radio* bekannt wurden unter dem sehr klar betitelten Sendebeitrag: „**geheime chinesische Milliardeninvestitionspläne in Lysekil**“.³⁵ Für eine Kleinstadt mit 14.000 Einwohnern natürlich eine ungeheure Verlockung. Die Mehrheit im Stadtrat wollte sich durchaus darauf einlassen. Aber aus der Bürgergesellschaft heraus waren die Warnungen unüberhörbar, insbesondere als die Chinesen der Gemeinde nur 10 Tage Bedenkzeit einräumten – „sonst machen wir unser lukratives Angebot an anderer Stelle“. Eigentlich besaß nur ein Mann in Lysekil genügend China-Erfahrung, um den Bürgern zu erklären, dass der Vorsitzende von *Sunbase International* alles andere als „ein privater Geschäftsmann“ ist. Gunter Gao Jingde ist vielmehr seit 1993 der Hong Kong Delegierte bei der *Politischen Beratungskonferenz des Chinesischen Volkes* (CPPCC), dem wichtigsten politischen Gremium dieser Art, das sich jährlich mit dem Nationalen Volkskongress abstimmt.

Ganz nebenbei verwaltet eine Tochter von *Sunbase International* alle militärischen Einrichtungen der Volksrepublik in Hong Kong. Wäre das Lysekil-Projekt zustande gekommen, würde China den „größten Tiefseehafen Skandinavien“ mitten im NATO-Gebiet kontrollieren, sehr geeignet für chinesische Frachter, für chinesische Cruiser und für chinesische U-Boote.

IT-Durchdringung in Norwegen

Anfang 2019 berichtete die Agentur Reuters: **China hacked**

³⁵ Sverigesradio.se, 23.11.2017: „Hemlig kinesisk miljardinvestering planeras i Lysekil“

Norway's Visma (Elektronikentwickler) *to steal client secrets*.³⁶ Ebenfalls Anfang 2019 nennt die Chefin der norwegischen Spionage und Terror-Abwehr, PST, „**China eine Bedrohung der nationalen Sicherheit**“. Dabei zeigt sie ausdrücklich auf die chinesische Firma **Huawei**.³⁷ In dem PST-Bericht wird sehr deutlich festgehalten, daß der Gründer von Huawei ein Ingenieur in militärischen Diensten war und weiterhin Mitglied der Kommunistischen Partei ist. Und dass *“an actor like Huawei could be subject to influence from its home country as long as **China has an intelligence law that requires private individuals, entities, and companies to cooperate with China.**”*

Die Regierung hat sich einige Monate mit der Einschätzung ihres Nachrichtendienstes befasst und dann Ende 2019 gegen eine Beteiligung von Huawei am Ausbau des neuen 5G-Netzes entschieden. Den Zuschlag erhielt die schwedische Fa. Ericsson. Die Minderheitsregierung aus Konservativen, Liberalen und Rechtspopulisten unter Erna Solberg traf keine leichte Entscheidung. Denn einerseits hatte Donald Trump sich sehr nachdrücklich gegen Huawei ausgesprochen. Für Norwegen ein gewichtiges Signal, denn das NATO-Gründungsmitglied Norwegen hat im hohen Norden eine gemeinsame Grenze mit Russland und will keinen Streit mit den USA. Andererseits hatte die Regierung Solberg gerade begonnen, die ziemlich schleppenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu China wieder zu aktivieren. Norwegen möchte gerne seinen asiatischen Markt erweitern und China ist an Norwegens nuklearem Rohstoff Thorium interessiert.....

Dänemarks Wahrnehmung

³⁶ u.a. schreibt Reuters in der Nachricht: *“Hackers working on behalf of Chinese intelligence breached the network of Norwegian software firm Visma to steal secrets from its clients, cyber security researchers said, in what a company executive described as a potentially catastrophic attack.”*

³⁷ PST untersteht direkt dem Justizministerium und entspricht in seinem Aufgabenbereich dem deutschen BND

Wenn marktwirtschaftliches Denken zu sehr strapaziert wird, dann melden sich eher skandinavische Stimmen als deutsche oder als südeuropäische. Der frühere dänische Regierungschef Rasmussen von der konservativ-liberalen Partei Venstre blickt besorgt auf die **Beziehung EU-China:**

Anders Fogh Rasmussen:³⁸

Verstärkte Regelmechanismen für ausländische Investitionen sind nicht der Versuch, den Markt zu verzerren, sondern das regelbasierte offene Handelssystem vor Missbrauch zu schützen. Der Ansatz kann nicht schwarz oder weiß sein. Die europäischen Mitgliedstaaten werden nur zögerlich wichtige Entscheidungen über Investitionen in ihren nationalen Sektoren an die EU abgeben. Und der EU-Vertrag bietet keine starke Grundlage dafür. Aber die Entwicklung eines zu schwachen EU-Rahmens wird China signalisieren, dass eine Teilung Europas funktionieren kann. Letztlich geht es darum, wie Europa sich darauf vorbereitet, den neuen Jahrhundertdeal zwischen offenem Handel einem regelbasierten System und Chinas expandierenden Ambitionen mit zu gestalten. Um Europas Position als letzte große Bastion des freien und offenen Handels zu stärken, muss unser Motto lauten, dass der Handel fair bleiben muss, damit der Handel frei bleibt.

Rasmussen war ja auch NATO-Generalsekretär und daher hinreichend sicherheitspolitisch sensibilisiert. Da hat ihn die sicherheitspolitische Entscheidung der **norwegischen Regierung** kaum überrascht als sie sich im Dezember 2019 **gegen Chinas allmächtigen IT-Konzern Huawei** beim Aufbau des 5G-Netzes entschied.

Für den Außenstehenden ist Chinas Verhalten sowohl im schwedischen Lysekil wie auch mittels Huawei-Durchdringung eher ein Zeichen für imperiale Hochnäsigkeit als für politische Klugheit. Daher wandelt sich in den europäischen Ländern mit innovativen Industrien frühere Sympathie für China als Partner in einem dynamischen Weltmarkt in Misstrauen gegenüber China als Spinne, die ihre Partner nach dem Geschlechtsakt gerne verspeist.

³⁸ A.F. Rasmussen war von 2001 bis 2009 dänischer Premierminister und von 2009 bis 2014 Nato-Generalsekretär. Heute ist er Vorsitzender der politischen Beratungsgesellschaft Rasmussen Global. Seine Haltung zu China publiziert in: Die ZEIT, 1.12.2017: *Neue Seidenstraße: China investiert in Europas Spaltung*

DISTANZ GEGENÜBER CHINA : Widerstand im globalen Süden

Auf Distanz zum imperialen China gehen zunächst immer mehr regionale Nachbarstaaten, wie Sri Lanka, Malediven, Kambodscha ..., weil Chinas ökonomische Umarmung sich anfühlt, wie die Schlinge um den Hals. Dieses Gefühl wächst zunehmend schneller auch in afrikanischen Staaten.

China ist seit Jahrzehnten politisch und ökonomisch in Afrika engagiert. Aber nie zuvor hat ein chinesischer Regierungschef von 60 Mrd Dollar gesprochen, die die Volksrepublik in den kommenden Jahren in Afrika im Rahmen der Seidenstraßen-Strategie investieren will. Das kündigte Xi Jinping beim China-Afrika-Forum 2018 in Beijing an.

Diese Steigerung der bisherigen Investitionen hängen mit dem steigenden Rohstoffbedarf Chinas zusammen. Afrikas Rohstoffe sind eine wichtige Grundbedingung um die Langzeitstrategie der ökonomischen Weltherrschaft bis 2049 auch zu erreichen.

Afrikas langsam gewachsene Mittelschicht in den 55 Staaten ist in der Gesamtsumme inzwischen auch ein attraktiver Markt für chinesische Produkte. Der Außenhandel zwischen China und Afrika beläuft sich insgesamt auf etwa 170 Mrd Dollar. Frankreich als traditionell wichtigster Handelspartner des Nachbarkontinents ist aktuell auf etwa 55 Mrd Dollar abgerutscht.

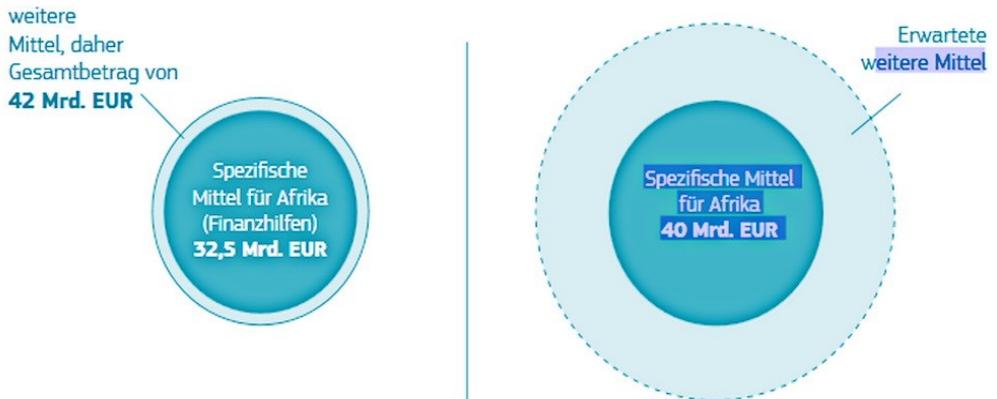
Die EU insgesamt hatte im abgelaufenen Haushaltszeitraum 2014-2020 für ganz Afrika 32,5 Mrd Euro eingeplant und den Betrag für den Haushaltsbereich 2021-2027 auf 40 Mrd Euro angehoben. Dabei richten sich die Kommissionserwartungen verstärkt auf das private Unternehmertum und stärkere bilaterale Kooperationen als in der Vergangenheit.

Dennoch bleiben alle diese Ansätze sehr deutlich hinter Chinas Zusagen zurück.

Finanzmittel für Afrika

EU-Haushaltszeitraum 2014-2020 EU-Haushaltszeitraum 2021-2027

Vorgeschlagen



Aber die die Stimmung kippt bei afrikanischen Analysten gegenüber der China-Kooperation und gleichzeitig wachsen die Erwartungen an ein nicht länger neokoloniales Europa:

Viele Afrikanerinnen und Afrikaner hoffen angesichts der Investitionen der Volksrepublik auf einen schon lange notwendigen Entwicklungsschub. Kritiker hingegen beanstanden die "neokoloniale Eroberung" Afrikas. "Chinesen handeln Bauverträge im Austausch gegen Bergbaukonzessionen aus, zum Beispiel in Sambia oder Simbabwe, oder vergeben, wie in Angola, Kredite, um einen Teil der heimischen Ölproduktion zu decken", sagt der südafrikanische Wirtschaftsexperte und Politologe William Gumede. Noch schlimmer: Der Handel zwischen China und Afrika sei "einseitig", "Afrikaner haben in China kaum neue Verträge gewonnen. Afrika macht dabei absolut keinen Gewinn." Zudem habe Beijing keine Scheu, mit Autokraten zu arbeiten, solange es sich Zugang zu Afrikas Bodenschätzen sichern könne.³⁹



³⁹ Zeit-online, 3.9.2018

WICHTIGE EINZELPOLITIKEN

ASPEKTE VON ENERGIEPOLITIK

Die Bundesregierungen bezeichnen seit Jahrzehnten die deutsche Autoindustrie als Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Dabei ist immer die eigentliche Autoherstellung ebenso gemeint wie die endlose Breite der Zulieferindustrien. Und genau diese breite Autoindustrie begibt sich in die Hände der chinesischen e-Auto-Hersteller. Dabei unterstützt die Kanzlerin diese Entwicklung unbewusst mit ihrer wenig durchdachten Sprechblase von der „1 Million deutscher e-Autos im Jahre 2020 auf deutschen Straßen“ und mit allerlei Subventionen für die Umstellung von Verbrennungsmotoren auf Akku-Motoren in eben diesem Jahr 2020. Aber warum schließt die Bundesregierung so lange und so hartnäckig die Augen vor den Erfahrungen, die die asiatischen Nachbarländer mit Chinas Seidenstraße machen und vor dem wachsenden Abstand afrikanischer Länder vor Chinas Neokolonialismus? Gerade auch vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind e-Autos doch nicht die Lösung!

ENERGIEWENDE – eigentlich nationale KLIMAWENDE

Natürlich ist die Klimaveränderung mit ihren weltweit spürbaren und sichtbaren Folgen die größte Katastrophe unserer Epoche. Im umfassenden Sinne ist es die fehlerhafte Energiepolitik unserer Epoche (Energiegewinnung – Energieverbrauch). Das ist keine besonders neue Erkenntnis. Das Thema „Energiewende“ ist daher auch die zentrale politische Säule, an der sich eine „Klimakanzlerin“ ausrichtet. Denkt man. Man denkt es, weil A. Merkel schon 2009 eine spannende Sprechblase geformt hatte: „massive E-Autos für Deutschland bis 2020“. Aber Auto-Lobby und Lobby-Verkehrsminister haben die Kanzlerin ausgebremst.

Erst der US-Autobauer Elon Musk startete 2020 den Bau einer TESLA-Fabrik für e-Autos in Brandenburg. Noch ehe wirklich klar ist, welchen Nutzen e-Autos für wen eigentlich bringen werden! Mit Sicherheit für die TESLA-Aktien, aber auch für das Klima ? Man denke nur an die Salzseen in Bolivien oder Chile, wo das Lithium für die Batterien industriemäßig abgebaut werden muß und damit einen schweren Eingriff in das regionale Ökosystem und das regionale Klima dieser Andenregion nach sich zieht.



*Uyuni-Salzsee, Bolivien
noch vorhandene
Uyuni-Flamingos*

Energiewende soll und muß passieren, weil dann vielleicht noch die drastische Änderung der Klimaverhältnisse abzubremsen ist. Zu stoppen ist da nichts mehr. Aber sollte die Bundesregierung nicht wenigstens alles tun, um auf nationaler wie auf internationaler Ebene als kluger Bremsler zu handeln – vor allem wenn die Kanzlerin sich so gerne als globaler Klimaschützer ansprechen ließ?

National:

2019 wurde in Deutschland die letzte Steinkohle gefördert. Die verbliebenen Steinkohle-Lager in Deutschland werden auf rd 36 Milliarden Tonnen geschätzt. Die deutschen Zechen gehörten immer zu den modernsten, damit auch zu den vergleichsweise effizientesten, damit zu den vergleichsweise umweltfreundlichsten. Die deutsche Industrie verarbeitet allerdings weiterhin und für einige weitere Jahre Steinkohle – ohne die Corona-Krise etwa 50 Millionen Tonnen pro Jahr. Vor allem zur Stromerzeugung. Die heute noch benutzte Steinkohle wird nun aus Russland, aus Südafrika, aus Kolumbien importiert. Vor allem der auch nach Deutschland liefernde Tagebau El Cerrejón in der Guajira-Wüste Kolumbiens ist einerseits ein Paradebeispiel für neokoloniale Ausbeutung durch die US-Muttergesellschaft Drummond und in seiner Produktionsweise extrem umweltbelastend für Mensch und Natur vor Ort. Gerade solche Kohleimporte passen überhaupt nicht zur Energiewende oder gar zu einer Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

2018 wurde eine fachlich hochqualifizierte „**Kohlekommission**“ von der Bundesregierung mit der Vorlage von Ausstiegs-szenarien aus der Kohlenutzung bis etwa 2035 beauftragt.⁴⁰ Einer der Auftragsschwerpunkte lautete: *Entwicklung eines Instrumentenmixes, der wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Sozialverträglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz zusammenbringt und zugleich Perspektiven für zukunftsfähige Energieregionen im Rahmen der Energiewende eröffnet.*

Der vorgelegte Bericht der Kommission wurde zwangsläufig sehr kontrovers diskutiert, weil vor allem in den Braunkohlere-

gionen *Sozialverträglichkeit* und *gesellschaftlicher Zusammenhalt* von den ortsansässigen Bürgern und den Bundes- und Landesregierungen sehr unterschiedlich interpretiert wurden/werden. Zum einen werden Natur- und landwirtschaftliche Räume komplett zerstört, zum anderen ganze Dörfer mit

⁴⁰ Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

ihrem kulturellen Erbe (Kirchen, Gedenkstätten, Friedhöfe) weggebaggert.



*Braunkohletagebau Garzweiler und
Baumhäuser im Hambacher Forst*



Im rheinischen Braunkohlerevier Garzweiler organisierten sich über Jahre Bürgerinitiativen zum Widerstand anders als *Fridays for Future*, indem im *Hambacher Forst* am Rande der Kohlegrube Baumhäuser gebaut und bewohnt wurden, um die Erweiterung der Kohlegrube zu verhindern. Den Widerstand der Zivilgesellschaft versuchten starke Polizeikräfte mit Räumgerät immer wieder zu brechen. Aber auch 2020 werden die Baumhäuser weiterhin bewohnt. Denn es geht einerseits um Klimaschutz und um CO₂-Minderung. Es geht aber längst auch um den Erhalt des Grundwassers, dessen Spiegel durch den Tagebau soweit abgesenkt wurde, dass die regionale Landwirtschaft schwer betroffen ist (erkennbar auf dem Garzweiler-Foto). In abgeschwächter Form und ohne ernsthaft auf die Argumente der meisten Bewohner der Kohlereviere einzugehen, beschlossen Bundestag und Bundesrat dann Anfang Juli 2020 auf der Grundlage des Kommissionsberichts das **Kohleausstiegsgesetz**.

Das Gesetz legt fest: spätestens **2038** geht das letzte Kohlekraftwerk vom Netz.

Der damit anfallende Strukturwandel im Rheinischen Revier, bei Leipzig und in der Lausitz wird mit 40 Mrd Euro aus Steuermitteln unterstützt. Die betroffenen Energiekonzerne werden mit fast 4,5 Mrd Euro für entgangene Gewinne abgefunden. Die Kritik innerhalb wie außerhalb des Parlaments konzentriert sich auf 2 Punkte: die Höhe der Abfindungen und der Ausstiegstermin 2038. Die Kommission wie auch die Zivilgesellschaft um *Greenpeace*, *BUND* oder *Fridays for Future* fordern die Respektierung des Pariser-Klimaabkommens von 2015 und damit den Kohleausstieg schon 2030. Angesichts des überall durchgreifenden Lobbyismus, wird eine Phrase des Bundeswirtschaftsministers Altmaier von der organisierten Zivilgesellschaft allerdings als reine Provokation empfunden: „*Wenn die Marktkräfte zum Ergebnis haben, dass es früher geschieht [als 2038], dann werden wir die Marktkräfte nicht hindern.*“ (TAZ, 4.7.2020) Die Bundesregierung hat die Empfehlungen der Kohlekommission insgesamt stark verwässert, ist bei der Festlegung der Abfindungszahlen sehr intransparent

geblieben und hat daher die Klimadebatte im Land keineswegs beruhigt.

Öl ins Feuer der Klima- und Energiedebatte hat die Bundesregierung darüber hinaus gegossen, indem ein **neues Kohlekraftwerk** angefahren werden darf, **Datteln IV** bei Castrop-Rauxel. Das jetzt größte Kohlekraftwerk Europas. 2009 war der Bau vom Oberverwaltungsgericht Münster noch für illegal erklärt worden. Nach jahrelangem Hin und Herr zwischen BUND, Landesregierung NRW, Gerichten etc empfiehlt die o.g. Kohlekommission im Januar 2019, den Bau neuer Kohlekraftwerke **nicht** mehr zu genehmigen und für noch nicht in Betrieb genommene Kraftwerke Verhandlungslösungen zu suchen, um solche Kraftwerke **nicht** mehr in Betrieb zu nehmen. Aber 1 Jahr später (16. Januar 2020) gibt die Bundesregierung „grünes Licht“ für das Hochfahren von Datteln IV ! Die von P. Altmaier zitierten Marktkräfte haben alle Vernunftgrenzen gesprengt. Und die Klimakanzlerin hat weggeschaut.

Kohle-Ausstieg ist also wieder so eine Sprechblase. Nicht anders als die **Verkehrspolitik** der Merkel-Regierungen. Auch dieser Politikbereich hat zu den hochtrabenden Klimazielen nichts beigetragen. Dafür haben einerseits die in Reihe geschalteten CSU-Verkehrsminister gesorgt; ebenso wie ein Bahn-Sanierer Mehdorn, den A. Merkel bis zum Frühjahr 2009 mit dessen Privatisierungsplänen bei der Deutschen Bahn agieren ließ und der dabei die Deutsche Bahn schlicht vor die Wand fuhr.

Da kommen aktuell gleich zwei Bundesminister mit der Idee, als erneuerbare Energiequelle Wasserstoff zu produzieren und zu nutzen. Wirtschaftsminister Altmaier erklärt als erstes, daß Deutschland jetzt bald Weltmeister für Wasserstoffenergie sein wird. Das erinnert an die Sprechblase von der 1 Million deutschen e-Autos im Jahre 2020. Es könnte allerdings sein, dass bestimmte Entwicklungen der deutschen Energiepolitik in die Karten spielen und die nächste Bundesregierung ab 2021 das umsetzt, was aktuell vom Merkel-Kabinett als **Wasserstoff-Strategie** vorgestellt wird: ⁴¹

⁴¹ Bundestag-Drucksache 19/20363, 12.6.2020

*„Ziel der Strategie ist, die volkswirtschaftlichen Chancen der Technologie zu nutzen. Gemeinsam mit der Wirtschaft solle ein echter Markthochlauf realisiert werden - **die Strategie schafft den Rahmen für private Investitionen in die Erzeugung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff.**“* „Auf Dauer gehe es darum, sich auf Wasserstoff zu konzentrieren, der **auf Basis erneuerbarer Energien** hergestellt wurde. Nur die ist nachhaltig. Gleichzeitig geht die Bundesregierung davon aus, „dass sich in den nächsten zehn Jahren ein globaler und europäischer Wasserstoffmarkt herausbilden wird, auf dem auch CO₂-neutraler Wasserstoff gehandelt werden wird. Daher werde auch in Deutschland dieser **"blaue"** oder **"türkise"** Wasserstoff eine Rolle spielen und übergangsweise genutzt werden.“

Am Stammtisch würde man jetzt sagen: mit der Ankündigung hat die Bundesregierung ein großes Faß aufgemacht: die deutsche Wasserstoffstrategie; s.u., S.100.

und international:

„Who's the World's leading eco-vandal? It's Angela Merkel“, schrieb George Monbiot in *The Guardian* im September 2017. Damit war klar, daß A. Merkel ihr Image als Klimakanzlerin auch international verloren hat. Dafür gibt es wenig bekannte Gründe und andere, die man sehr gut beobachten konnte. 2015 ist so ein problematisches Merkel-Jahr: **TTIP-Debatte** und heftige landesweite Proteste gegen dieses Freihandelsabkommen; einer der fruchtlosen **G7-Gipfel** in Deutschland (Elmenau); der völlig unreflektierte Satz „Wir schaffen das“, der die deutsche Gesellschaft auf gefährliche Art beim Thema **Flüchtlinge/Migranten/Parallelgesellschaften** auf viele Jahre hin schwer spaltet. Dabei ließen diese schlecht gemanagten Themen das immer dringlichere Thema der Klimaveränderung auf der Handlungsskala der Merkel-Kabinette immer weiter nach unten gleiten.

Die Schwäche, geradezu Unfähigkeit der Kabinette einer „Klimakanzlerin“, das Klima-Thema als systemrelevant zu verste-

hen und entsprechend zielgerichtet und konsequent zu agieren, ließ sich vor 2015 beobachten und zeigt sich bis heute: Wie die Autoindustrie wurde auch die Energiewirtschaft von der Bundesregierung nicht deutlich genug angehalten, den Klimaschutz so schnell wie möglich (nicht so langsam wie möglich) zu unterstützen. Diese besondere Mischung aus Lobby-Beziehung und mangelhaftem Problembewusstsein hat A. Merkel zu eindeutig auch auf internationaler Ebene gezeigt. Einer in der endlosen Reihe der globalen Klima-Gipfel fand im November 2013 als COP 19 in Warschau statt. Polens Regierung hatte ihre Haltung zum Thema dadurch überdeutlich gemacht, daß die Finanzierung der ganzen Konferenz vorwiegend in die Hände der großen Klimasünder gelegt wurde, darunter gerade auch die Kohleindustrie Polens. Polens Regierung legte noch eins drauf, indem parallel zum Klima-Gipfel eine internationale Kohle-Konferenz organisiert wurde. Die Delegierten aus 194 Ländern beim COP 19 taufte **Poland** daher schnell in **Coaland** um. Es wäre sehr angebracht gewesen, wenn die deutsche „Klimakanzlerin“ zu diesem Klima-Gipfel angereist wäre und eine klare Botschaft mit einem klaren Maßnahmenpaket für Deutschland und klaren Vorschlägen für die EU-Kommission zur europäischen Energiepolitik vorgetragen hätte. Hat sie aber nicht. Sie ist gar nicht erst auf diesem Gipfel erschienen. A. Merkel hätte diesen Fehler noch ausmerzen können, wenn sie den späteren globalen Klima-Gipfel, COP 23, der 2017 in Bonn durchgeführt wurde, als Plattform genutzt hätte. Hat sie auch nicht. Denn die kurze Rede, die sie dort, in der UN-Stadt Bonn gehalten hat, war einer Kanzlerin unwürdig, und einer „Klimakanzlerin“ allemal. In den Pausengesprächen war die Enttäuschung eigentlich bei allen Teilnehmern unüberhörbar. Merkels Statement war eine einzige nichtssagende Sprechblase. Erwartet hatten eigentlich alle das starke Wort vom deutschen Kohleausstieg. Kein klares Wort dazu. Richtig peinlich wurde es dann für die Kanzlerin als sich die Anti-Kohle-Allianz aus Canada, Großbritannien, Schweden, Italien, Niederlande in Bonn präsentierte und deutlich machte, wie sehr die Merkel-Regierung hinter ihre ei-

gene Antreiberrolle beim Klima-Gipfel in Paris 2015 zurückgefallen war. Merkels Nicht-Auftritt in Polen und die Genehmigung von Datteln IV passen eindeutig besser zu dieser Klimakanzlerin als Paris 2015.

International ist die Debatte keineswegs bei Kohle oder nicht Kohle stehen geblieben. International ist auch die Verkehrspolitik nicht bei energiesparenden Autos oder nicht Auto stehen geblieben. Der Umbau der Mobilitätspolitik hin zum Fahrrad aus Klima- und Energiegründen hat seine Champions in Kopenhagen und in Malmö oder Lund und natürlich als ausgefeilte Gesamtpolitik in den Niederlanden.

International wird vor allem verstanden, daß es beim Klimaschutz nicht einmal in erster Linie um Kraftwerke geht. Es geht längst um die Art und Weise, wie eine Gesellschaft ihre Ökonomie organisiert, wie sie mit ihren eigenen und mit importierten Rohstoffen umgeht, ob sie sich aktiv um nachhaltige Entwicklung im Sinne der UN-Agenda 2030 bemüht – und welche Rollen bei all dem die Regierung und die Zivilgesellschaft und die Ökonomie spielen.

ENERGIEWENDE NICHT OHNE MEIN AUTO und dabei chinesisch bleiben

Die Automesse im September 2020 in Peking zaubert ganz sicher ein gefrorenes Lächeln auf die Gesichter der wegen Corona daheim gebliebenen Chefs der deutschen Autokonzerne. Denn: im Reich der Mitte erfreuen sich vor allem deutsche Luxuswagen nach wie vor hoher Beliebtheit. Daimler verkauft weltweit mehr als ein Drittel aller S-Klassen im Reich der Mitte.

Auch Volkswagen setzt rund 40% aller Autos auf dem chinesischen Markt ab und investiert derzeit 2 Milliarden Euro, um im Bereich Elektromobilität aufzuholen.

Während die Branche in Europa und den USA nach wie vor massiv leidet, ist China so erneut zum Hoffnungsträger der deutschen Autoindustrie geworden.⁴²

⁴² TAZ, 28.9.2020: *Hoffnungen liegen auf China. In Peking*

Aber, kritischer formuliert: die Abhängigkeit von China steigt weiter. Im Gegensatz zu den Hochklasse-Benzinern, für die „made in Germany“ nach wie vor steht, setzt die chinesische Konkurrenz vor allem auf Elektroautos.

Gezogen von China und geschoben von der Bundesregierung setzt jetzt auch Volkswagen voll und ganz auf Elektrofahrzeuge. Bis 2029 will der Konzern bis zu 75 reine E-Modelle auf den Markt bringen und zusätzlich etwa 60 Hybridfahrzeuge. Allein im neuen Vorzeigewerk in Zwickau sollen ab 2021 bis zu 330.000 E-Autos pro Jahr vom Band laufen.

Dazu heißt es auf der Website der Volkswagen AG: "Die Entscheidung des Volkswagen-Konzerns ist eindeutig: Als großer Volumenhersteller setzt er auf batteriebetriebene Elektroautos für die breite Masse". Genau genommen hätte VW von „Akkus“ sprechen müssen, denn e-Autos brauchen ja immer noch eine Batterie, aber ihr Problem-Element ist der Akku als Fahrzeugmotor.

Tatsächlich hatte man in Deutschland und in Europa durchaus schon in den 1990er Jahren perspektivisch über die alte Idee von Elektrofahrzeugen neu nachgedacht, einfach weil die wachsende Luftverschmutzung in den Großstädten wegen der gewaltigen Zunahme an Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren dazu zwang. Auch die Öl-Krise in der ersten Hälfte der 1970er Jahre hatte schon einige Entwicklungsabteilungen bei den Fahrzeugbauern zum Nachdenken gebracht. Aber Elektroautos im modernen Sinne sind eigentlich erst seit etwa 2010 in großer Stückzahl in China im Einsatz, darunter bei der chinesischen Polizei. Ihr Standardmodell, der *BYD e6*, wird allerdings von deutschen Autobauern noch belächelt. Nicht viel besser ging es anfangs den diversen Hybrid-Modellen, wie dem japanischen Toyota Prius, der in Deutschland nur auf ein paar Tausend verkaufte Modelle kam und 2018 von Toyota aus dem Angebot genommen wurde. Bleiben ein paar Plug-in Hybride (die inzwischen auch die führenden deutschen Marken in ihrer Flotte präsentieren), also die mit einem Elektromotor für

feiert sich die Branche auf der ersten Automobilmesse seit dem Corona-Ausbruch

Kurzstrecken und Verbrennungsmotor für Langstrecken. Der Vorzeig-Mercedes GLC F-CELL ist ein Hybrid-SUV mit Brennstoffzelle und Akku. Als Reichweite werden 440 Kilometer angegeben.

Angesichts des mit aller finanziellen und politischen Kraft geförderten Ausbaus der E-Autos in China, wirkt die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage, wie viele E-Busse eigentlich im Land unterwegs sind, wie ein schlechter Scherz: **385**. Die Liste der Städte mit E-Bussen führt übrigens Solingen an (56), gefolgt von Hamburg (47) und Berlin (35).⁴³ Als Scherz wirkt diese Regierungsauskunft aus unterschiedlichen Gründen: technologische Verschlafenheit der Autoindustrie. Denn Mercedes hatte schon 1979-1984 den weltweit ersten Hybridbus in Stuttgart zum Einsatz gebracht – war aber in der Politik noch nicht auf die Weitsicht getroffen, eine solche Produktlinie zu unterstützen. Obwohl die internationale Debatte über Klimaschutz und Rohstoffverknappung voll im Gange war (z.B. beim *Club of Rome*).

Ziemliche Verblüffung schafft dann auch die Unverhältnismäßigkeit einer Stadt im Bergischen Land mit 160.000 Einwohnern, die fast doppelt so viele E-Busse auf ihre Straßen gebracht hat, wie das 23 mal größere Berlin mit seinen 3,7 Mio Einwohnern. („*Berlin ist sexy, aber arm*“, reicht da nicht als Erklärung). Und dann hat die verkehrspolitisch immer schon vorausdenkende Stadtverwaltung von Hamburg doch ziemlich lange gebraucht, bis dass die Hamburger Verkehrsbetriebe **2003** die ersten **Busse mit Brennstoffzellen** in Betrieb genommen haben. Immerhin wurden dann Mitte 2020 bis zu 50 Busse mit Brennstoffzelle für die Jahre 2021-25 in Auftrag gegeben. Da Brennstoffzellen ihren Strom aus Wasserstoff erzeugen, könnte damit dann eine wichtige Unterstützung für die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung (seit 2020) erfolgen, wenn „grüner“ Wasserstoff eingesetzt wird. Solcher Wasserstoff ist aus ökologischer Sicht nur dann sinnvoll, wenn der für die Aufspaltung des Wassers erforderliche Strom aus

⁴³ [Bundestags-Protokoll Nr.1018, 28.9.2020](#)

nachhaltigen Quellen stammt, also vornehmlich aus Wind- und/oder Solarenergie gewonnen wird.

2020 hat das Bundeskabinett dann tatsächlich eine **Alternative zur chinesischen Elektrooffensive** formuliert:

WASSERSTOFFSTRATEGIE als zukunftsfähige Alternative

Im Juni 2020 verkündete die Bundesregierung eine Nationale Wasserstoffstrategie (NWS). Sie kann ein tragendes Element der energiepolitischen Wende werden. Sie ist als wichtiger Bestandteil einer Dekarbonisierungspolitik (Trennung von Produktion und Energieaufwand) zu begrüßen.

Sofort stand allerdings die Frage nach der Umsetzung der NWS im Raum, weil schon zu viele nationale Strategien wenig überzeugend umgesetzt wurden. Für die NWS formuliert die Bundesregierung als Voraussetzung für die Umsetzung:

- (a) *„Ein Ausschuss der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre für Wasserstoff der **betroffenen Ressorts** wird die Aktivitäten der NWS laufend begleiten. Zeichnet sich eine Verzögerung der Umsetzung oder eine Verfehlung der Ziele der Wasserstoffstrategie ab, ergreift der Staatssekretärsausschuss in Abstimmung mit dem **Bundeskabinett** umgehend korrigierende Maßnahmen und passt den Aktionsplan den neuen Erfordernissen an. Ziel ist es, den fortlaufenden Einklang der NWS mit den Entwicklungen auf dem **Markt** und die Zielerreichung insgesamt zu gewährleisten.“*
- (b) *„Die Bundesregierung beruft einen **Nationalen Wasserstoffrat**. Der Rat besteht aus 26 hochrangigen Expertinnen und Experten der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die nicht Teil der öffentlichen Verwaltung*



sind.“

Dazu hat der Bundeswirtschaftsminister als zusätzlichen (quasi persönlichen) Beitrag einen Fahrplan bis 2050 vorgelegt, den also erst die nächste Generation erfüllen müßte. Er nennt seinen Beitrag

Charta Klimaschutz / Wirtschaftsschutz

Wirtschaftsminister Altmaier legt eine sogenannte Charta vor, die Bundestag und Bundesrat noch vor der Bundestagswahl **im kommenden Herbst** [also 2021 zur Zeit der Bundestagswahl] verbindlich beschließen sollen und der sich Länder, Kommunen, Unternehmen und Organisationen anschließen können. Sie soll unter anderem nationale Treibhausgas-Minderungsziele für jedes Jahr **bis 2050** enthalten. Bisher gibt es jährliche Treibhausgas-Budgets im Klimaschutzgesetz nur bis 2030. Im Jahr 2050 solle Deutschland "klimaneutral" sein, also unterm Strich keine zusätzlichen Treibhausgase mehr ausstoßen.⁴⁴ Insgesamt schlägt Altmaier zwanzig Punkte für seinen solchen Pakt vor. Einer ist etwa, dass man wegen der geplanten strengeren EU-Klimaziele nachsteuern müsse. Unklar, ob das bedeutet, dass der EU Green Deal abgeschwächt oder die deutsche Industrie subventioniert werden soll.

P. Altmaier räumte ein, dass er bisherige Positionen als Wirtschaftsminister ändere und Fehler gemacht wurden. "Wir haben es verfehlt, unser Politik adäquat zu *erklären*", sagte er. "Vieles hätte schneller und früher geschehen können."

*[bleibt die Frage nach dem eigentlichen Problem:
nicht adäquat erklären – oder: nicht adäquat handeln ??]*

Aber das Wichtige bei P. Altmaier lautet: „wir müssen bereits heute die Weichen dafür stellen, dass **Deutschland bei Wasserstofftechnologien die Nummer 1 in der Welt** wird.“ (BMWi, Pressemitteilung, 9.10.2019)

Es ist zu hoffen, daß diese Wasserstoffstrategie nicht wegen Corona oder wegen Kabinetts-interner Profilierungen oder wegen des heißen Wahlkampfes in 2021 nicht starten kann –

⁴⁴ Tagesschau 11.9.2020: „Charta“ gegen Treibhausgase. Altmaier überrascht mit Klimavorstoß“ und *Die Zeit*, 11.9.2020

und nicht vergleichbar versendet, wie die Digitalisierungspolitik oder die Bildungspolitik. Das Sprechblasen-Profil der Bundesregierung sollte auch international nicht noch größer werden....

Der distanzierten internationalen Beobachtung versucht die Bundesregierung dadurch auszuweichen, dass sie ausdrücklich den Einsatz von **grünem Wasserstoff** bei der Kraftstoffherstellung und als Alternative zu konventionellen Kraftstoffen zusagt:

Der Einsatz von **grünem Wasserstoff** bei der Herstellung von konventionellen Kraftstoffen stellt einen sinnvollen Einsatz von Wasserstoff dar, der einen realen Beitrag zur Reduktion der vom Verkehr verursachten Treibhausgas-Emissionen leisten kann. Zudem werden wir die Anreize so setzen, dass grüner Wasserstoff bei der Produktion von Kraftstoffen **schnellstmöglich zum Einsatz** kommt. Teilweise bedarf es noch der Notifizierung bei und der Genehmigung durch die EU-Kommission. Förderaufrufe sind regelmäßig, **beginnend mit 2020**, vorgesehen.

(Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20363, 12.6.2020)

und

„Der im Rahmen der **Nationalen Wasserstoffstrategie** geplante Umbau der heimischen Grundstoffindustrie zu einer nachhaltigen Energienutzung soll auch mit ausländischen Partnern umgesetzt werden. Besondere Bedeutung würden dabei die EU-Mitgliedsstaaten genießen, aber auch weitere Länder, sofern sie ein entsprechendes Potenzial an Erneuerbaren Energien besitzen. Umweltfragen und die Einhaltung der Menschenrechte [an China gerichtet !] seien ebenfalls wichtige Aspekte für die Auswahl von Partnern im Rahmen einer internationalen Energiekooperation.“

(Bundestagsprotokoll Nr.898, 2.9.2020)

Nach 15 Jahren Merkel-Kabinetten und vielen angekündigten Strategien sind Bürger skeptisch, wieso ausgerechnet diesmal diese Ankündigung mehr als eine große Sprechblase sein sollte. Die Skepsis will die Bundesregierung durch konkrete Informationen entschärfen. Auf eine Nachfrage der Fraktion Die Grünen zur **Wasserstoffstrategie** lautet die Antwort:

*Im Rahmen der Nationalen Wasserstoffstrategie ist der Neubau von **151 Km Gasleitungen bis 2030** geplant, davon **94 Km für den reinen Wasserstofftransport**. Zudem sollen im selben Zeitraum 1.142 km Erdgasleitungen auf den Transport von Wasserstoff umgestellt werden. Auch Erdgasspeicher (Kavernen) sollen mittelfristig umgerüstet werden.⁴⁵*

Die deutsche Gas-Industrie ist bestens aufgestellt, um eine solche strategische Aufgabe zu meistern. Dort wird man gleichzeitig daran erinnert, dass das deutsche Leitungsnetz mit einer **Gesamtlänge von 530.000 Km** zu den am besten ausgebauten und sichersten Transportnetzen der Welt gehört. Über 50 zusätzliche unterirdische Erdgas-Speicher stellen rund um die Uhr eine zuverlässige Versorgung der Verbraucher mit Erdgas sicher. Allein die besonderen Gasleitungen, die unter Hochdruck stehen, erreichten 2019 insgesamt 122.000 Km. Da muten die Zahlen der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung irgendwie zwergig an.



Erdgas-Pipeline in Brandenburg

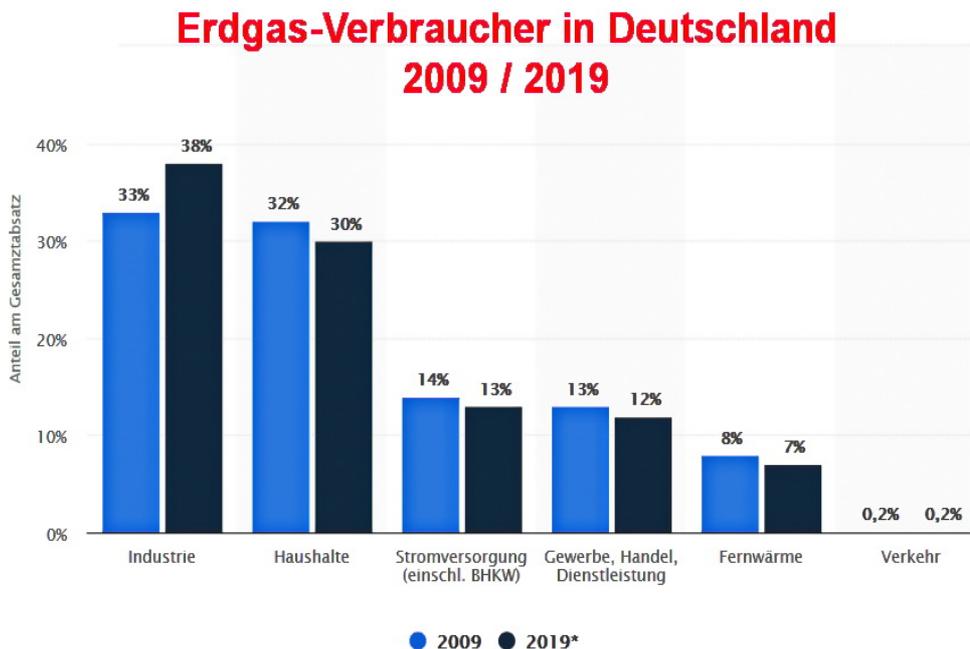
Der Energiekonzern *Uniper* betreibt eine sog. *Power-to-Gas-Anlage* als Pilotfabrik im brandenburgischen Falkenhagen, in der von 2013 bis 2016 "Windgas" in Form von Wasserstoff ins Erdgas-Netz eingespeist wurde und 2017 wurde der Grundstein für eine **Methanisierungsanlage** direkt nebenan gelegt. Denn laut Uniper-Informationen "lässt sich das Methan, das auch

⁴⁵ Bundestags-Protokoll Nr. 898, 2.9.2020

als synthetisches Erdgas bezeichnet wird, im Gegensatz zu Wasserstoff, unbegrenzt ins Erdgas-Netz einspeisen".

Dadurch kann eine *Power-to-Gas-Anlage*, wie in Falkenhagen, künftig größere Energiemengen bereitstellen als bisher, und die im Gas-Netz gespeicherte Energie lässt sich vielfältiger nutzen: zum Heizen und Kochen, für industrielle Zwecke, für den Antrieb von Erdgas-Autos oder über Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erneut zur Stromerzeugung. Die bei der Methanisierung entstehende Wärme geht übrigens nicht verloren, sondern wird an ein nahegelegenes Furnierwerk weitergeleitet. Bei diesem Thema hätte die Bundeskanzlerin durchaus wieder an eine extrem klimaschützende Kooperation mit Russland denken können. Schließlich liefern die Permafrostböden freiwillig das Methan ohne erst zu methanisieren. Nord Stream 2 hätte das Vorzeigeprojekt einer klimaschützenden Energiewende sein können (hätte, hätte....).

Der Blick auf den bisherigen Erdgasverbrauch in Deutschland verdeutlicht, dass die Nutzung der Erdgas-Infrastruktur zugunsten von grünem Wasserstoff für eine breite Palette an Wirtschaftsbereiche mitgedacht werden muß, denn der Verkehrssektor spielt bislang überhaupt keine statistische Rolle:



In Asien schließen sich die Autobauer gegen Chinas Elektrostrategie zusammen und setzen verstärkt auf Wasserstoff. In Süd-Korea wird an der erforderlichen Infrastruktur gebaut: bis 2022 sollen 310 Wasserstofftankstellen funktionieren. Hyundai und sein japanischer Konkurrent Toyota sind derzeit Vorreiter für Wasserstoff-Autos.

Aber auch in der Schweiz arbeitet ein „Fahrzeugveredeler“ schon erfolgreich an Wasserstoff-Autos. Die Firma *Esoro* in Fällanden (Kanton Zürich). Hier arbeitet man seit vielen Jahren an alternativen Antriebssystemen. Dazu gehören Brennstoffzellen und grüner Wasserstoff als Energiequelle. Bei Esoro hat man inzwischen ganz unterschiedliche Fahrzeuge erfolgreich getestet ⁴⁶, z.B.:



Andvari – Elektrifizierung eines Touristenboots in Island, 2016



Swiss Fuel Cell Truck, 2016



NEXT – Prototyp Elektro-Crosser mit grossem Potential, 2011



Pac-Car, 2005

Die Esoro-Tests zeigen:

⁴⁶ Quelle: Selbstdarstellung Esoro in Fällanden (Ch)

Ein normales e-Auto benötigt für die Vollladung seines Akkus mehrere Stunden. Mit Brennstoff dauert der Ladevorgang maximal 5 Minuten. Die benötigte Batterie ist deutlich kleiner als beim e-Auto und die Reichweite größer. Bislang heißen die größten Stolpersteine vor allem: Dichte des Wasserstofftanknetzes und das hängt wiederum mit den deutlich höheren Installationskosten einer H₂-Tankstelle gegenüber Benzin oder Diesel zusammen. Denn der Wasserstoff erfordert eine Lagerung im Hochdruckbereich und i.d.R. muss Wasserstoff auch gekühlt werden. Und noch ist die Wasserstoffproduktion an sich sehr energieaufwändig. Daher zeigen die Esoro-Erfahrungen, daß bis zur tatsächlichen Fahrbereitschaft des Fahrzeugs das normale e-Auto mit seinem Akku statt Brennstoffzelle eine erkennbar bessere Gesamtenergiebilanz aufweist (ob die Rohstoffgewinnung für die Batterien im globalen Süden mit eingerechnet sind, ist bei Esoro nicht zu erkennen).

Bevor die Wasserstoffstrategie aber in Deutschland richtig greifen kann, warnt Prof. Bratzel, Direktor des *Center of Automotive Management* in Bergisch-Gladbach: "*Die (deutschen) Autohersteller haben genug zu tun mit der reinen e-Mobilität und fokussieren das Thema, weil sie dort Defizite haben*", und "*im Pkw-Bereich herrscht großer Nachholbedarf (für e-Autos)*." Und dann ist da noch der Lobby-Effekt:

Der zuvor genannte Gaskonzern *Uniper* gehört, zusammen mit *Wintershall* und *Dea* und anderen, zur mächtigen Energie-Lobby in Berlin. Und als Schützer der Unternehmensinteressen hat gerade auch der Wirtschaftsminister ein offenes Ohr für den sog. „blauen Wasserstoff“ (s.o., S.95). Denn der ergibt sich aus dem klimaschädlichen Erdgas, wenn ihm der CO₂-Anteil entzogen wird. Bislang ein sehr teures Verfahren. Unter Ökofachleuten befürchtet man daher einen ähnlichen Verschleierungsskandal, wie beim „Dieselgate“: Wasserstoff steht drauf, aber was ist wirklich drin?

TESLA – der e-Rückschlag



„Giga-Fabrik“ in Grünheide wächst und wächst schnell dank vorgefertigter Betontelle Foto: Christian Thiel

Und dann kam - entgegen aller Wasserstoffstrategie - Tesla auch nach Deutschland. Genauer: in die Mark Brandenburg und durfte als erstes gegen den Willen der Bürgermehrheit 190 Hektar **Wald** in Grünheide roden. Der Bescheid kam vom Brandenburger Landesamt für Umwelt. Wald vernichten müsste der Ökobilanz des US-Multis eigentlich schaden. Denn die Brandenburger Wälder sind durch die letzten Dürre-Jahre nachhaltig gestresst und auch tiefere Bodenschichten sind schon ausgetrocknet. Wälder sind natürliche Wasserfabriken. Wird deren Leistung geschmälert, ist auch der sonstige natürliche Lebensraum betroffen. Zwangsläufig haben die kritischen Bürger das Thema „**Wasser**“ sehr zentral in den Vordergrund ihrer Tesla-Befragung im Oktober 2020 gerückt. Tesla hat seinen ursprünglich angemeldeten Wasserbedarf daraufhin schon von 3,3 Mio m³ pro Jahr auf 1,4 Mio m³ gesenkt, auf den Bedarf einer Stadt mit 40.000 Einwohnern. Fragt sich der Betrachter: was ändert sich dadurch eigentlich am Produktionsprozeß ?

Eng mit dem Wasserverbrauch ist auch beim e-Auto der immer weitergehende **Landverbrauch** für neue Straßen und neue Infrastruktur verbunden. Beide Aspekte reduzieren ganz erheblich den Beitrag der e-Autos zum Klimaschutz. Die Innenstädte müssen auch für e-Autos Parkflächen bereithalten und e-Autos verhindern, wie jede Form von Privat-Pkw, den Umstieg in eine **Mobilitätspolitik zum Nutzen der Gesamtgesellschaft** und zum Erhalt der Naturräume.

Übergangen wurde in der Bürgerbefragung die andere wichtige Frage: wie stellt sich die Sicherung der erforderlichen **Rohstoffe** für die e-Auto-Akkus dar, also Lithium, Kobalt, Mangan, Nickel u.a.m.?. Sie sind als heimische Rohstoffe praktisch nicht vorhanden, müssen vielmehr aus dem globalen Süden importiert werden. Und damit liefern e-Autos einen wichtigen Grund für die Fortsetzung der **neokolonialen Rohstoffausbeutung** in Ländern wie Kongo (Kobalt) oder Bolivien (Lithium).

Und noch etwas wurde übergangen: Tesla und **Big Data**.

Die ganzen Daten, die das moderne Elektroauto vom Fahrprofil der Tesla-Fahrer abrufen und letztlich an die IT-Konzerne in den USA automatisch weiterleiten wird. Dabei hat Tesla schon den „*Big Brother Award*“ verliehen bekommen, weil diese Fahrzeuge „ihre Insassen und die Umgebung des Autos umfassend und langfristig überwachen“ und diese Daten eben „permanent ausgewertet und für beliebige Zwecke weiter genutzt werden“. Wie auch sonst bei digitalen Beziehungen inzwischen üblich, kann dem Mithören/Mitlesen laut AGB widersprochen werden. Aber „*dies kann dazu führen, daß bei Ihrem Fahrzeug eine lediglich eingeschränkte Funktionalität, ernsthafte Schäden oder Funktionsunfähigkeit eintreten*“. Und tatsächlich: das zuständige Bayerische Landesamt für Datenschutz erklärte auf TAZ-Anfrage, dass bereits Beschwerden zu verschiedenen Aspekten der Datenverarbeitung bei Tesla Pkws vorlägen.⁴⁷

Eigentlich will so ein Kunde ja nur Autofahren.....

⁴⁷ TAZ, 19.9.2020: *Tesla is watching you*

Und eigentlich müsste nur noch der Haushaltsansatz im Verkehrsministerium an die Wasserstoffstrategie, aber vor allem an die Bedürfnisse für ÖPNV, Radwege und verringerten Landverbrauch angepasst werden

Etat 2021: Min. Verkehr mit größtem Investitionshaushalt

Gesamtetat Bundesverkehrsministerium für 2021: 34.080 Mio €	
Davon für:	
Bundesfernstraßen	12.120 Mio (2020: 11.460)
"Autobahn GmbH des Bundes"	5.500 Mio
Autobahn GmbH Verwaltungsausgaben	1.370 Mio (2020: 360)
Erhebung der Lkw-Maut	1.150 Mio (2020: 1.170)
Radwege an Bundesstraßen	100 Mio (2020: 99)
Bundesschienenwege	8.740 Mio (2020: 12.880)
Bundesschienenwegesbau	1.560 Mio (2020: 1.500)
Bundesschienenwege Erhaltung	4.640 Mio (2020: 4.640)
Reduzierung der Trassenpreise im Güterverkehr	350 Mio.
Dazu für die Wasserstraßen	rd 1.700 Mio; und für
Digitale Infrastruktur	rd 1.200 Mio.
<i>(Bundestagsprotokoll Nr. 1014, 25. September 2020)</i>	

UMWELTPOLITIK – nachhaltig wäre machbar

Nachhaltigkeit ist dann keine Sprechblase mehr, wenn ungeschminkt sichtbar ist, wo wir inzwischen im Entwicklungsprozess angekommen sind. Dann das neue Ziel formulieren und Schritt für Schritt auf das Ziel zugehen. Um diesen Weg zu erleichtern, liegt viel Material bereit. Wie beim Umgang mit der Covid-Pandemie geht es nicht um eine Rasenmäher-Strategie. Konkretes Handeln wird an lokale und regionale Verhältnisse angepasst; muß angepasst werden, denn der Erhalt der Vielfalt an Naturräumen und an kulturellen Errungenschaften ist die eigentliche Garantie, den aktuellen Raubbau-Kapitalismus doch noch zu überwinden, zumindest einzuschränken.

In der neoliberalen Regierung von H. Kohl war A. Merkel auch 4 Jahre lang Umweltministerin.

In diesen Jahren – 1994-1998 – war westdeutsche Umweltpolitik geradezu das Gegenteil von Umweltpolitik der DDR. A. Merkel brachte entsprechend keine politischen Erfahrungen in ihr neues Amt ein. In der Bundesrepublik war zwar das Umweltministerium erst aufgrund der Tschernobyl-Katastrophe 1986 eingerichtet worden. Den Umweltpolitikern stand aber der schon 1971 gegründete **Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)** zur Seite. Ein Gremium hochqualifizierter Fachleute zur wissenschaftlichen Beratung der Bundesregierung. Der SRU darf als wissenschaftliches Rückgrat des Ministeriums verstanden werden. Der Umweltministerin Merkel lieferte der SRU im üblichen Rhythmus von 2 Jahren seine Umweltgutachten. Als A. Merkel Kanzlerin wurde, wurde der Berichtszeitraum von 2 auf 4 Jahre umgestellt – so als brauche weder das Umweltministerium noch die Bundesregierung die Expertisen der Fachleute. Dabei wurde außerhalb des Kanzleramtes immer dringlicher Fragen zu neuen Lösungsweegen aus der komplexen Umweltkrise gestellt: Fragen zum Erhalt der Naturräume, der Energiegewinnung und –verwendung, dem Umgang mit endlichen Rohstoffen und einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik

Gutachten des SRU (Beispiele):

1994 (für Ministerin Merkel): *„Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung“*

1996 (für Ministerin Merkel): *„Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“*

während der Kanzlerschaft Merkel:

2008: „Umweltschutz im Zeichen des Klimawandels“
an Umweltminister Sigmar Gabriel überreicht.

2012: „Verantwortung in einer begrenzten Welt“,
an Umweltminister Peter Altmaier überreicht
Schwerpunkt: Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung.

2016: „Impulse für eine integrative Umweltpolitik“
Schwerpunkte: geringerer Flächenverbrauch, mehr ursprüngliche Naturräume, Schutz der Biodiversität

2020: „Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa“
Schwerpunkt u.a.: Kreislaufwirtschaft

Die wissenschaftliche Beobachtung der Umwelt-Entwicklung ist schon eine nützliche Angelegenheit. Die Kommentierung der Umwelt-Politik der Bundesregierung einschließlich kritischer Kommentare und deutlicher Handlungsempfehlungen sind da schon eher lästig. Die Kanzlerin und ihr Kabinett lieben offenbar lieber der an Umweltfragen wenig interessierte Großindustrie und Agroindustrie ihr Ohr. Ganz besonders deutlich wurde das als A. Merkel einer Regierung aus CDU und FDP vorstand und von der vertraglichen Unabhängigkeit des SRU nichts mehr wissen wollte. Ende 2011 ging das Kabinett so weit, die Unabhängigkeit des SRU direkt zu unterlaufen, indem dem SRU-Vorsitzenden ein hochdotierter Aufpasser an die Seite gestellt werden sollte. In den Medien wurde vom *Anschlag auf die Freiheit der Wissenschaft* geschrieben und von der Furcht, das der SRU in Zukunft nur noch Erfüllungsgehilfe der Regierungsinteressen und der Industrie- und Agrar-Lobby sein solle.

Die Fukushima-Katastrophe lieferte dafür ein Beispiel. So hatte sich der SRU kurz vor Fukushima noch kritisch zur **CDU-FDP-Atom- und Kohlepolitik** geäußert: "*Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sind notwendig*". Dazu der Umweltsprecher der FDP-Fraktion: Der SRU müsse sich fragen lassen, "ob seine Neutralität gewahrt sei und ob er versuche, eine Kampagne für bestimmte politische Zielrichtungen zu machen".

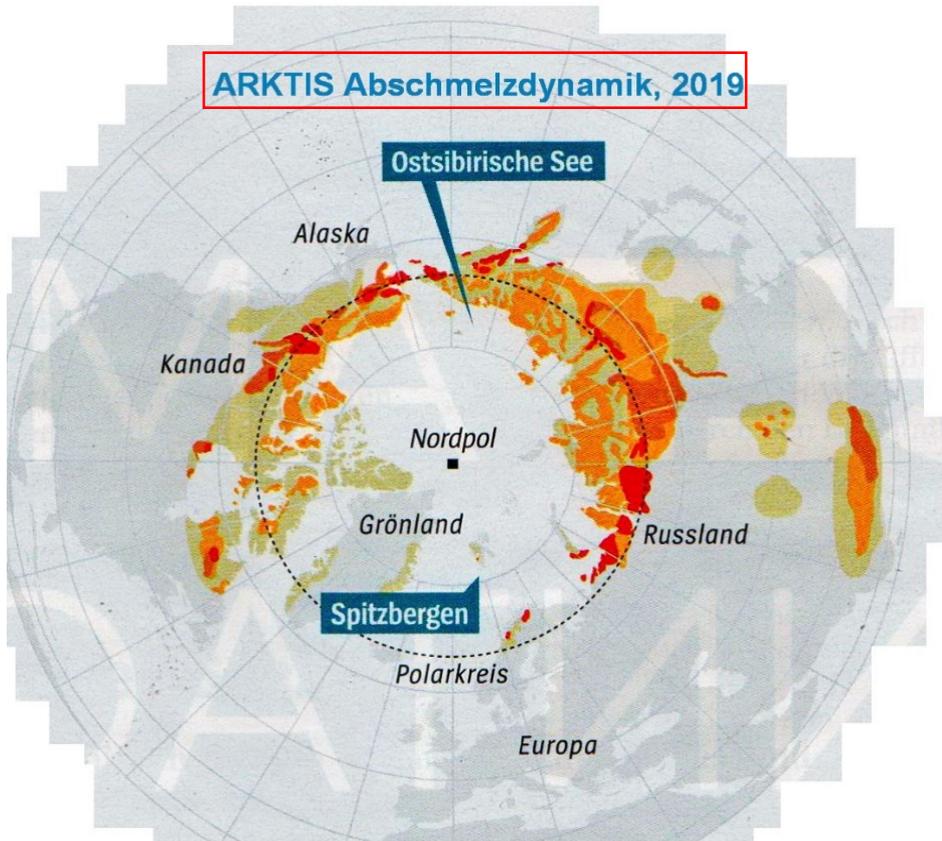
Die ZEIT zitiert dazu aus einem Vermerk aus den Reihen der Koalitionsfraktion: „*Durch die Installation eines hoch dotierten Oberaufsehers in der Berliner Geschäftsstelle des SRU solle der Umweltrat "dauerhaft in den (personal-)politischen Einfluss- und Steuerungsbereich der Koalitionsfraktionen gebracht werden*". Dieser Direktor des SRU solle nach der außergewöhnlich hohen Besoldungsgruppe B4 bezahlt werden und in erster Linie den SRU gefügig machen.“⁴⁸

⁴⁸ Die ZEIT: *Umweltpolitik: Schwarz-Gelb will Umweltrat auf Linie bringen*, 12.12.2011; ähnlich in der TAZ

Zur institutionellen Schwächung ihrer Umweltpolitik passt die zwischenzeitliche personelle Umbesetzung des Umweltministeriums von Röttgen zu Altmaier. Aber auch Kohle-Freund Sigmar Gabriel war 2007 als Umweltminister mit A. Merkel in die Arktis zum Nordischen Klimagipfel gereist, wo beide das Eis am Schmelzen hielten und außer Sprechblasen die versammelten skandinavischen Regierungen am meisten durch die abgestimmte Winterausrüstung beeindrucken konnten. Seither beschleunigt sich jedenfalls der Schmelzprozess in der Arktis und beschleunigt inzwischen dramatisch den Klimawandel. Im August 2020 hatte es auf Spitzbergen mehrere Tage hintereinander 20 Grad Tagestemperatur gegeben.

*Arktis-
schützer
Merkel &
Gabriel,
2007*





Dabei erscheinen diese Veränderungen nicht nur wie ein Sprung aus der Eiszeit in die Warmzeit. Die Klimaänderung hat auch unmittelbare wirtschaftspolitische und militärische Bedeutung. Russland baut entsprechend seine atomare und nicht-atomare Hochleistungsflotte an Eisbrechern im Nordmeer aus. Und Russland denkt dabei eher weniger an die Umweltbelastungen der Barents-See!

Die skandinavischen Länder haben bei ihrem Nordischen Klima-Gipfel dagegen wieder besorgt an das vor Norwegen gesunkene russische Atom-Uboot *Kursk* erinnert, das seit Jahren vor sich hin rostet und haben besorgt auf den Atom-Uboot-Friedhof beim russischen Murmansk geschaut. China erweitert derweil seine bisherige maritime Seidenstraße durch den Indischen Ozean und das Mittelmeer und durch die arktische Nordost-Passage an den sibirischen Küsten entlang bis in die chinesischen Häfen. Seidenstraße als globaler Rundkurs.

Die Regionen um den Nordpol, die am schnellsten abschmelzen und in denen durch immer mehr Schiffsbewegungen auch immer mehr Umweltzerstörung für die arktische Flora und Fauna erfolgt, deckten sich mit den Anorakfarben von Angela Merkel und Sigmar Gabriel. Aber das war bestimmt Zufall.

Blau oder Grün oder einfach ökologisch

„**Grün**“ verkleidete Konzerne versuchen sich dadurch aus der Schlinge zu ziehen, indem sie in afrikanischen Ländern oder anderswo im globalen Süden Bäume pflanzen lassen als Kompensation für ihre im Norden weiterlaufende Klimabelastung. Bei solchen Überlegungen meldet sich aus der ersten Reihe auch der besonders starke Industrielobby-Verband, der BDI.

„**Blau**“ nennt der belgische Ökonom und Unternehmer Gunter Pauli seit den 1990er Jahren sein Ökonomie-Konzept oder auch ZERI (Zero Emissions Research Initiative).⁴⁹ Für manchen suggeriert es, dass „blau“ noch „grüner“ ist als grün. Ist es aber nicht automatisch. Auch bei Pauli nicht immer.

*Guadua-
Pavillon
in
Kolum-
bien;
Vorbild
für Pauli
bei
EXPO
2000*



Als ZERI-Produkt ließ er im Rahmen der Expo-2000 in Hannover den attraktiven Pavillon aus kolumbianischem Bambus

⁴⁹ Namensgeber wurde G. Paulis Buch „*The Blue Economy – 10 years, 100 innovations, 100 million jobs*“, 2010

(Guadua) errichten, Baustoff und Technik, die nicht nur absolut ökologisch sind, sondern auch von den Bewohnern der Guadua-Regionen als eigene kommunale Projekte verarbeitet werden.

angewandte Blue Economy

„Die Theorie der Blue Economy ist ziemlich einfach: Es geht darum, einen Wert aus dem zu schöpfen, was man in seiner Umgebung zur Verfügung hat. Und darum, die Grundbedürfnisse aller zu stillen.“ sagt eine junge Frau in Simbabwe, die sich die Idee der „Blue Economy“ zu eigen macht.

„Wir sammeln die Stiele und Blätter ein, kochen sie und mischen sie mit Kuhdung. Das ist das Substrat, in dem die Pilze wachsen. Auch die Abfälle von Baumwoll- und Kaffeepflanzungen eignen sich dafür. Nach der Pilzernte können wir das Substrat weiterverwenden. Wir arbeiten es wie Kompost in die Erde ein und bauen Gemüse darauf an. So gedeiht es viel besser als früher.“

In dem Beispiel aus Simbabwe funktioniert dieses Stoffstromkonzept dann, wenn die mineralische Verarmung der Plantageböden durch die anderweitige Nutzung der Pflanzenreste nicht durch chemischen Dünger ausgeglichen wird. Blue Economy funktioniert gut bei ernstgemeinter Kreislaufwirtschaft. Blue Economy funktioniert allerdings am besten, wenn es nicht mehr um wirtschaftliches Wachstum an sich und um Börsennotierungen der Konzerne geht, sondern von vornherein um:

richtig leben (wie beim ecuadorianischen *buen vivir*).⁵⁰

Der Club of Rome hatte schon in den 1970er Jahren nicht zufällig von „Grenzen des Wachstums“ gesprochen. Damit war einerseits der erreichte Zustand der menschlichen Eingriffe in die Natur beschrieben. Gleichzeitig war damit aber auch das Ziel formuliert. Kein weiteres globales quantitatives Wachstum (Bruttoinlandsprodukt), sondern Lebensqualität erhalten. Und das war im Sinne der in Teil 1 genannten Beispiele vom Yasuni-Regenwald (Ecuador) oder Fair-Trade der Kakao-

⁵⁰ Buen Vivir, Erklärung dazu auf S.27

Produzenten in der Sierra Nevada (Kolumbien) oder dem Erhalt der Artenvielfalt auf Borneo (Indonesien) gemeint. Der Bericht der Brundtland-Kommission („Our Common Future“), etwa 15 Jahre später, hat seine große Bedeutung zwar mit der Durchsetzung des Nachhaltigkeits-Begriffs. Dennoch enthält ein Kernsatz darin schon den Ansatz, um das Ziel neu zu fassen:

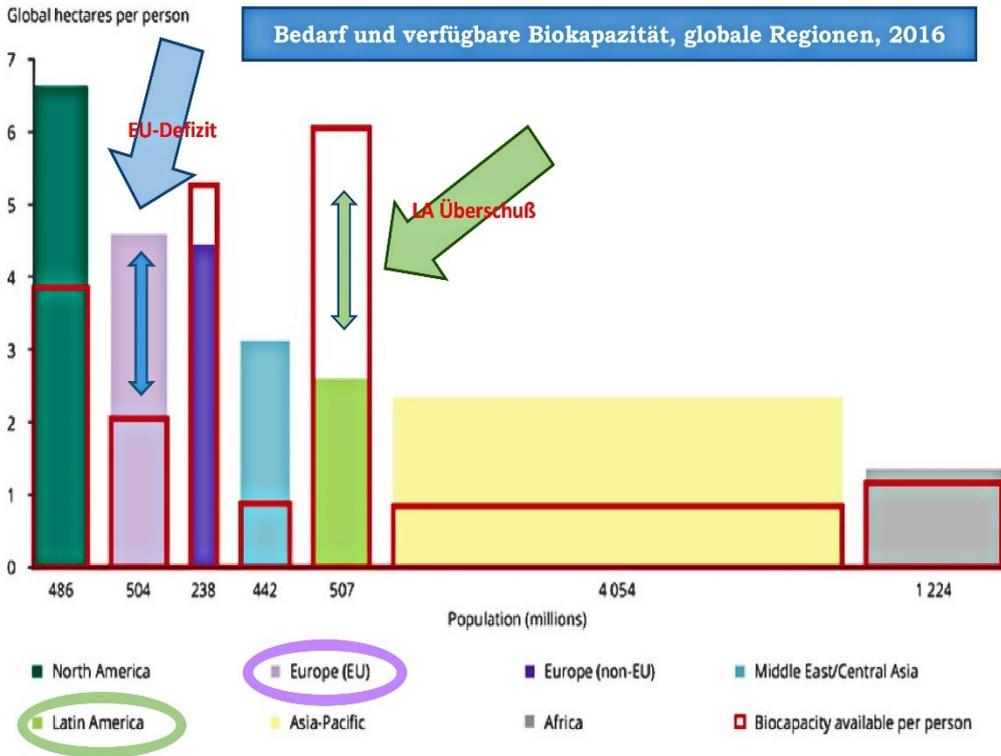
*“Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it **meets the needs of the present** without compromising the ability of future generations to meet their own needs.”*

Die *Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen* ist deswegen eine sehr unglückliche, eine falsche Formulierung, weil in den Gesellschaften des globalen Nordens sog. Influencer und aggressive Konsumwerbung ganz erheblich zur Wegwerf- und Müllgesellschaft beitragen. Die daraus folgende völlig unnötige Belastung der natürlichen Lebensräume verhindert gerade, dass auch folgende Generationen überhaupt noch von akzeptablen Lebensbedingungen sprechen können. Deswegen muß das Ziel heute lauten: über die Brundtland-Nachhaltigkeit hinauszugehen und die Opulenz im globalen Norden von künstlich erzeugten Bedürfnissen auf tatsächlich nachhaltige Lebensformen und gesellschaftliche Organisation zu begrenzen. Passiert das schon irgendwo, irgendwie? Es lohnt, auf den ökologische Fußabdruck in den Weltregionen und einzelnen Ländern zu schauen.

ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK zwingt zu echtem Handeln

Die EU verbraucht mehr als das Doppelte ihres eigenen Naturraums (Biokapazität) und muß sich entweder selber weiterhin überausbeuten oder aber andere Weltregionen ausbeuten, um das europäische Defizit auszugleichen – wenn der westeuropäische Entwicklungsweg weiterhin verfolgt werden soll. Ost-Europa hat noch Reserven; vor allem aber Lateinamerika:⁵¹

⁵¹ folgende Grafik lt. Angaben der European Environment Agency



Die EU-Kommission reagiert seit 2019 auf das globale Ungleichgewicht in der Biokapazität und der Nutzung derselben mit dem Programm GREEN DEAL. Dazu gibt es auch Vorläuferprogramme, mehrere **makroregionale Strategien**. Bei den Strategien handelt es sich um:

- *EU-Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR, 2009)*
- *EU-Strategie für den Donaupraum (EUSDR, 2011)*
- *EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (EUSAIR, 2014)*
- *EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP, 2016).*

In vier makroregionalen Strategien sind 19 EU- und neun Nicht-EU-Länder involviert. Zumindest eine dieser Strategien sollte die deutsche Bundesregierung besonders interessieren, die Ostsee-Strategie – und nicht nur, weil sie die älteste unter ihnen ist. Und nicht nur, weil der Zustand von Nord- und Ostsee nachgewiesen schlecht ist.⁵² Die Ostsee ist für Deutschland als Fischfangregion und als beliebte Tourismus-Region

⁵² <https://www.meeresschutz.info/berichte-art-8-1>

auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten von unmittelbarer Bedeutung. Die Ostsee-Region beeinflussen und gestalten aber auch die alten Wikinger-Nationen Dänemark und Schweden. Diese skandinavischen Länder haben in unterschiedlicher Form in der Vergangenheit schon ihre Politiken einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortlichkeit gezeigt („Nordisches Modell“) und sich damit im Vergleich zu vielen anderen EU-Mitgliedern (besonders den Vishegrad-Staaten) hervorgetan. Und durch die Einbindung Russlands in viele Programme und Projekte der EU-Ostseestrategie könnte der gesamte Raum der Ostseeregion tatsächlich auch der nachhaltige **Entwicklungsmotor der gesamten EU** sein. Wenn nur die Bundesregierungen dafür die notwendige Sensibilität entwickelt hätten anstelle einer extrem problembeladenen EU-Erweiterung. Die Ostseeregion hat nicht nur die erprobten Instrumente für konstruktive Regionalpolitik (Ostseerat, Ostsee-Parlamentarier, Ostsee-Städtebund, Ostsee-NGO-Netzwerk, Helcom und einige mehr). Die Ostseestrategie der EU befasst sich auch mit substanziellen Unterpunkten einer nachhaltigen Regionalentwicklung:

- Energie
- Umwelt
- Innovation und Forschung
- Kooperation in den Bereichen Jugend und Bildung
- Maritime Sicherheit und grenzübergreifende Kriminalität,
- grenzüberschreitende Infrastruktur und Verkehr.

Längst nicht für alle großen Herausforderungen hat die Ostseestrategie schon Lösungen parat. Vor allem nicht für die vielen Tonnen chemischer Kampfstoffe aus beiden Weltkriegen, die von Deutschland wie von Russland ohne Kartierung in der Ostsee versenkt wurden und vor sich hin rosten. Ein Beispiel aber, das mehrere der genannten Unterpunkte verknüpft und für die Ostseeregion „Leuchtturm-Charakter“ besitzt, gehört in die Sektion „grüne Energiewirtschaft“ – eine Energiewende, die ohne Sprechblasen und ohne Skandale wie *Hambacher Forst* oder *Datteln IV* seit Jahren erfolgreich verläuft.

Grüne Energiewende ist vor allem dezentral

Und zwar haben sich seit den 1990er Jahren in Schweden immer mehr Orte als „**nachhaltige Gemeinden und Städte**“ auf den Weg gemacht. Für deren grüne kommunale Energiewirtschaft steht als Modell die Stadt **Växjö** in Süd-Schweden. Diese kleine schwedische Großstadt betreibt seit 1993 erfolgreich den Umbau der kommunalen Energiegewinnung und Energienutzung, um 2030 frei von jeglichem fossilen Energieeinsatz zu sein – und schafft dies mit dem **Akteurs-Cluster** aus Bauern, Forst- und Holzunternehmern, der Universität, Architekten, Energieversorgern und Netzbetreibern unter starker Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Technische Effizienz wird in Växjö erreicht durch optimale Kraft-Wärme-Kopplung, bei der Biomasse (Gülle, Holzabfall) in Gas und dann in Strom umgewandelt wird und die früher dabei anfallende „Abwärme“ zu etwa 85% als Heizenergie erhalten bleibt. Växjö zeigt, dass **am Ende einer Verwertungskaskade** von schwedischem Holz durchaus auch die energetische Nutzung zur Gewinnung von Strom und Wärme stehen darf – aber nicht am Anfang und schon gar nicht ausschließlich. Und ebenso wichtig: Die Bewohner der Stadt identifizieren sich mit dieser Politik echter „grüner Energie“. Über das technische Konzept hinaus geht der Blick in Växjö schnell hin zur *umfassenden kommunalen Energiepolitik*, wozu die moderne Holzbau-Technik mit **Holz-Hochhäusern** ebenso gehört, wie ein **bürgerfreundliches ÖPNV-System** und die Freisetzung der Innenstadt von privaten Pkw zugunsten **gut ausgebauter Radwege**.

Das technische Verfahren ist keineswegs unbekannt in Deutschland. Der Erfolg in Växjö beruht allerdings weitgehend auf der Einbeziehung aller Teile der Bürgergesellschaft.

Inzwischen versorgen drei KWK-Kraftwerke die mehr als 80.000 Einwohner mit Fernwärme und produzieren gleichzeitig 70% des Strombedarfs.

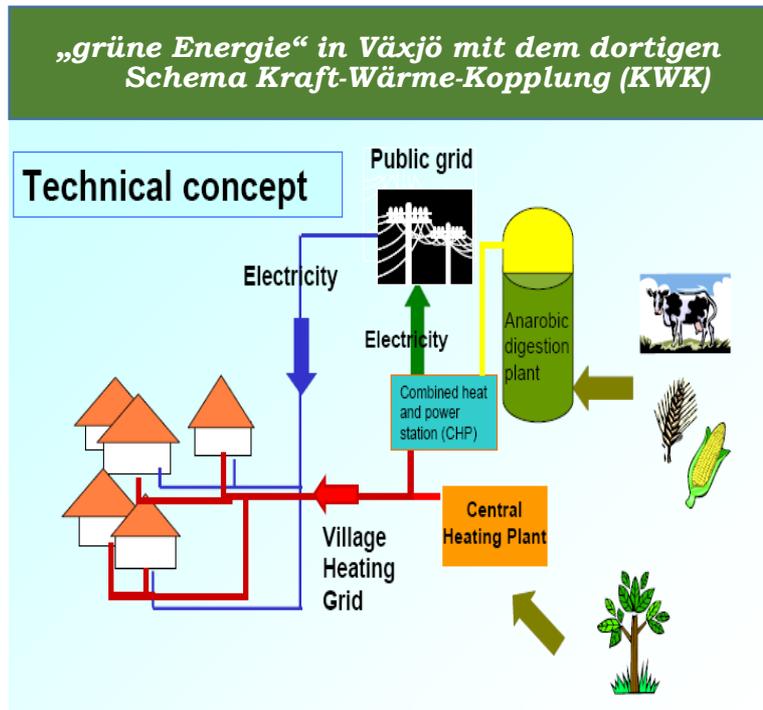
Von Seiten der Stadtverwaltung werden immer wieder Motivationsschübe zum Stromsparen und klugen Heiz-Verhalten organisiert und jeder Bürger kann online seinen aktuellen Stromverbrauch kontrollieren ebenso wie den seines Stadtteils – ein friedlicher Wettkampf um Energieeffizienz.

Vom Städteverband „Baltic Cities“ ist

Växjö daher schon vor Jahren zur **grünsten Stadt Europas** gekürt worden und 2017 auch von der EU-Kommission.

Zu dieser Auszeichnung durch die Kommission hat auch beigetragen, dass sogar die in den Kraftwerken übrig bleibende Bio-Asche wieder in die Wälder zurückgeführt wird, als natürlicher Dünger.

*Växjö,
KWK-Anlage*



*Rückführung der
Holzasche in die
umliegenden Wälder*



Grün ist Växjö darüber hinaus auch deswegen, weil durch **urban gardening** mitten im Stadtzentrum die Versorgung mit „lokalen grünen Nahrungsmitteln“ unterstützt wird.

In erheblich größerem Umfang wird in Skandinavien das Växjö-Modell längst auch von großen Städten übernommen. Paradebeispiel ist sicherlich das dänische Kopenhagen. In der Hauptstadt bemüht man sich inzwischen auch seit einigen Jahren, noch vor Växjö zur „fossil fuel free city“ zu werden. 2014 wurde Kopenhagen jedenfalls schon mal zur „Grünen Hauptstadt Europas“, ebenfalls von der EU-Kommission gewählt. Diesen Ehrentitel haben in Deutschland zwar auch Hamburg und sogar Essen getragen, aber noch nicht Berlin.

Insgesamt bestätigte die EU-Kommission den drei skandinavischen Ländern Schweden, Finnland und Dänemark 2015 in ihrem **Fortschrittsbericht zur Regenerativen Energie**, dass sie sowohl die Zielsetzungen für 2020 längst erreicht haben als auch beim Einsatz regenerativer Energie weit vor allen anderen europäischen Ländern liegen. Notabene: Gleichzeitig fiel Deutschland immer stärker hinter die UN-Klimaschutzziele von 2015 zurück (Paris) und die Bundesregierung wurde sogar öffentlich von Kommissionspräsident Juncker deswegen kritisiert.⁵³ Kein Ruhmesblatt für eine Klimakanzlerin, vor allem, wenn Nachbarn ihrer Ostsee-Heimat so eindrucksvolle und funktionierende Vorbilder liefern. Dabei hätte die Bundesregierung auch gar nicht bis nach Växjö schauen müssen.

⁵³ Zeit-online, 19.4.2019: *Juncker kritisiert deutsche Klimapolitik als "ungenügend"*

Deutlich näher an Berlin liegt eines der gut organisierten Energiedörfer: Jühnde (bei Göttingen). Die Gemeinde Jühnde wurde im Merkel-Jahr 2005 zum ersten Bioenergiedorf Deutschlands und gleichzeitig zu einem Vorbild für circa 150 weitere regionale Energiedörfer. Zu der genossenschaftlich betriebenen Biogasanlage gehört inzwischen ein Fernwärmenetz, eine Hackschnitzel-Heizung und zwei Wärmespeicher, sowie eine Photovoltaikanlage und ein Windrad.

Gemeinschaftliche Planung und Entscheidung

im Energiedorf Jühnde

Die regenerative „grüne“ Energie in Jühnde gehört zu

den **dezentralen Bausteinen nachhaltiger Energiesicherung** in Deutschland. Über die technische Effizienz hinaus ist – wie im schwedischen Vaxjö - wichtig, dass es ein kommunales, dezentrales Projekt ist, an dessen Entscheidungsfindungen die große Mehrheit der Bewohner beteiligt ist, ebenso wie an der eigenen Fortbildung, um das Projekt auch gut in die Zukunft steuern zu können. Zwangsläufig ein Dorn im Auge der traditionellen Energieversorger.



Ostsee – „blaue Ökonomie“ von unten

Die andere große EU-Regionalstrategie – die „**blaue**“ **Biowirtschaft** – ist für die Ostsee-Region nicht weniger wichtig als wie die skandinavische Energiewende. „Blaue“ bezieht sich in dem Fall nicht auf das Verfahren (wie beim Wasserstoff), sondern

auf den Schutz des Meeres, seine Flora und Fauna, wie bei Gunter Pauli (s.o., S.114). Es ergibt sich die Frage nach dem nachhaltigen Umgang mit diesem jüngsten Binnenmeer, das erst vor 12.000 Jahren von den abschmelzenden skandinavischen Eisbergen entstand – und weiterhin entsteht.⁵⁴ Viele Touristen teilen jedes Jahr den Viktoriablick auf Rügen. Sie lernen, wie schnell die Erosion der Kreidefelsen fortschreitet.

*Rügen,
Viktoriablick*

Einige haben dann auch die jüngsten Berichte gelesen, wonach der Zustand des baltischen Binnenmeeres keinen Grund zur Freude bietet. Und die Tatsache,



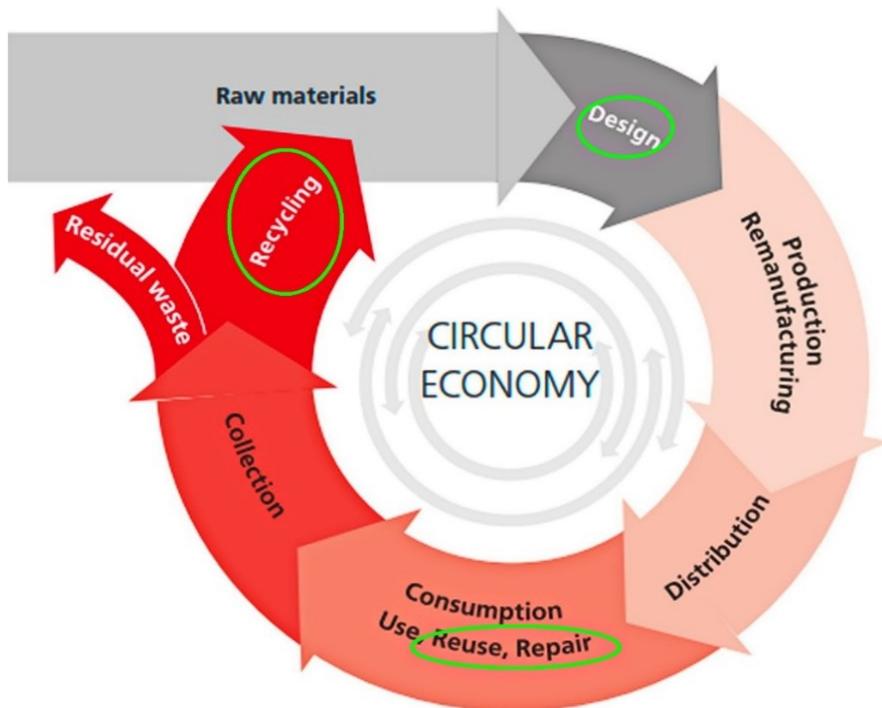
daß der Blick auf die Kreidefelsen allzu häufig abgelenkt wird von verendeten Seevögeln am Strand, hat zahlreiche Bürger veranlasst, sich an den Strandsäuberungen von Plastikabfall zu beteiligen. Denn die Bürger wissen, dass über 90% der tot aufgefundenen Seevögel Plastikteile im Magen hatten und daran verendet sind. Insgesamt machen Kunststoffe etwa 75 Prozent des aufgefundenen Strand-Mülls aus. Beim Rest handelt es sich um Materialien wie Gummi, Metalle, Stoffe, Glas und Holz. Die Kosten für die Strandreinigung beziffert die

⁵⁴ an manchen schwedischen Küsten ist gut zu beobachten, wie sich das Festland jedes Jahr um 1 oder 2 Zentimeter hebt, weil der Druck der einstigen 3000 m dicken Eisdecke nicht mehr existiert

Bundesregierung auf jährlich bis zu 65.000 Euro pro Kilometer Strand.⁵⁵ „Blaue Ostseestrategie“ hat genau hier unten ihren Anfang.

Vor allem den Ostsee-Anrainern hatte die EU-Kommission schon 2018 ein Ziel gesetzt: Um erfolgreich zu sein, muss die europäische Bioökonomie die **Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft in den Mittelpunkt** stellen. Daraus werden sich Impulse für die Erneuerung unserer Industrie, die Modernisierung unserer primären Produktionssysteme, den Umweltschutz und die Verbesserung der biologischen Vielfalt ergeben.⁵⁶

KREISLAUFWIRTSCHAFT – Kern nachhaltiger Reformen



zentrale Ansatzpunkte für Kreislaufwirtschaft

⁵⁵ Bundestagsprotokoll Nr. 1000, 24.9.2020

⁵⁶ EU-Kommission: *Eine nachhaltige Bioökonomie für Europa Stärkung der Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt*, 11.10.2018

Der von Merkel-Regierungen offenbar nicht sonderlich geschätzte Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat den Akzent seines Jahresgutachtens 2020 genau auf das Thema Kreislaufwirtschaft gelegt und knüpft damit an die ähnlichen Überlegungen der EU-Kommission an.

Das Schema von Kreislaufwirtschaft zeigt, daß es keineswegs mit **recycling** getan ist. Die beiden weiteren zentralen Elemente heißen **design** und **reparaturfähig** bzw. **weiterverwendbar**. Und der entscheidende Punkt **Rohstoffe** (importierte endliche Rohstoffe) knüpft an die *Brandt-* und *Brundtland-Kommissionen* an und an den *Club of Rome*. Und hinter jedem dieser Elemente entfaltet sich ein Netz an weiteren Voraussetzungen.

Finnland darf in der EU sicher als das profilierteste Land angesehen werden, in dem Klimaschutz und generell Nachhaltigkeit mit dem Thema **Kreislaufwirtschaft** als ökonomischem Prinzip verbunden wird. Finnlands Regierung hat den Nachhaltigkeitsfaden der Norwegerin *Brundtland* aufgenommen und weitergesponnen. Finnlands Forschungsinstitut SITRA hat der Regierung eine **Strategie zur Kreislaufwirtschaft** entworfen, die die Regierung zu ihrem Markenzeichen im gesamten Ostseeraum übernommen hat – demselben Ostseeraum, dem auch A. Merkel in Mecklenburg-Vorpommern verbunden ist.⁵⁷

Entsprechend legt der finnische Regierungschef im November 2017 einen Arbeitsplan für die Durchsetzung der Kreislaufwirtschaft vor und hält im Vorwort dazu fest:

*“Finland works actively to make the Baltic Sea Region a global leader in the **bioeconomy** and the **circular economy**, at the cutting edge of utilising new technologies and producing model solutions for safe and clean shipping and the maritime industry.”*⁵⁸

⁵⁷ SITRA: Leading the cycle – Finnish road map to a circular economy 2016–2025, vorgelegt 2016

⁵⁸ *Government Resolution on Finland’s Strategy for the Baltic Sea Region*, 27.11.2017

Von der Notwendigkeit, moderne, d.h. zukunftsfähige Wirtschaftspolitik als Kreislaufwirtschaft von Industrie und Gesellschaft zu fordern und zu fördern sind alle bisherigen Wirtschaftsminister der Merkel-Regierungen viele Meilen entfernt. Ebenso wie die Kanzlerin selber. Immer steht das neoliberale Prinzip der Freiwilligkeit im Vordergrund. Dabei ist ein verantwortungsbewusster Staat gefragt – und zwar gerade auch, wenn er selber der größte Konsument von Produkten und Dienstleistungen ist.

Mit dem ersten *World Circular Economy Forum 2017* im finnischen Helsinki öffnete Finnland dann nicht nur im eigenen Land eine große Tür, sondern auch für ganz Skandinavien. Es war ein doppelt großer Schritt für Finnland, weil es zwar hauptsächlich um Fragen zur Kreislaufwirtschaft ging. Aber diese sehr breit aufgestellte internationale Konferenz stellte gleichzeitig die thematische Verknüpfung zwischen der **Kreislaufwirtschaft und der UN Agenda-2030** her, also den globalen Nachhaltigkeitszielen.

Nachhaltigkeitsbereiche (SDG) der UN-AGENDA 2030



Die finnischen Organisatoren hatten diese Absicht entsprechend schon im Untertitel deutlich gemacht: **to integrate**

Circular Economy to Global Agenda 2030 or SDG. Und sie integrierten die Erkenntnisse des Forums für das eigene Land in den ersten nationalen Entwicklungsplan für Kreislaufwirtschaft: *“Leading the Cycle – Finnish Road Map to a Circular Economy 2010-2025.”* Darin sind für Finnland einige übersichtliche und strategisch wichtige Handlungsschwerpunkte festgeschrieben: nachhaltige lokale Nahrungsmittelproduktion, nachhaltige, biologische Waldnutzung und Kreislaufwirtschaft in den Sektoren Technikentwicklung, Transportwesen und Logistik.

Aus Sicht der Vereinten Nationen ist die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) aus dem Jahr 2015 auch als Metaebene für politisches Handeln der Regierungen anzusehen. Vor allem auch, um zu verstehen, daß Armut eng mit Klima;

Industrie eng mit Rohstoffen; sauberes Wasser eng mit Gesundheit zusammenhängen und **vernetztes Denken und vernetztes Handeln** das Geheimnis nachhaltiger Politik sind. Das von Finnland ausgerichtete **World Circular Economy Forum 2017** bot eine beeindruckende Plattform mit sehr vielen konkreten Erfahrungsberichten aus Europa, Asien, Nordamerika und hob sich allein schon dadurch ab von dem folgenden G-20-Gipfel in Hamburg, wo die einflussreichsten Politiker und Konzernlenker vor allem auf die Sprechblasen des US-Präsidenten Trump warteten und erkennen durften, dass die USA in Wirtschaft, Handel, politischer und militärischer Führerschaft sowie zukunftsfähigen Denkansätzen gegenüber China und sogar gegenüber Russland deutlich eingebrochen sind. Und Helsinki hob sich ebenso deutlich ab vom 23. Klimagipfel in Bonn (2017) und der Trump-ähnlichen substanzlosen Einlassung der „Klimakanzlerin“ Merkel (s.o., S.96).

Der Gedanke, Kreislaufwirtschaft zum Kern aller europäischen Wirtschaftsphilosophie zu machen, ist als solcher nicht einmal neu, selbst innerhalb der EU-Kommission nicht. Denn dort hatte zwischen 2014 und 2015 die Auseinandersetzung mit dem **Europaparlament** letztlich zur Vorlage eines **Akti-**

onsplans Kreislaufwirtschaft mit einer ganzen Batterie konkreter Teilprogramme für die Mitgliedsländer geführt. Schließlich wird EU-weit (auch in Finnland) noch immer eine ungeheure Menge an klassischem Abfall produziert und konterkariert damit viele andere strategische Politiken der EU: Klimaschutz, Energieeffizienz, nachhaltige Nahrungsproduktion, urbane Lebensqualität u.a.m.. Hinzu kommen problematische Nutzergewohnheiten: z.B. steht das europäische Durchschnittsauto 92% seiner Lebenszeit irgendwo geparkt herum. Das Durchschnittsbüro ist maximal zu 50% genutzt (selbst während der Arbeitszeiten). Sehr viele (wohl die allermeisten) Gebrauchsgüter sind heutzutage von vornherein auf eine begrenzte Lebenszeit konzipiert und kollidieren nicht selten mit dem Verdacht auf vorsätzliche Sollbruchstellen in einem Gerät oder einer Anlage. Und vor allem enden Europa-weit bis zu 30% aller Lebensmittel als Abfall – auch in Deutschland. Es gibt inzwischen aufwändige Berechnungen zu den enormen Kosten gerade auch dieser Form von Abfall. Sogenannte **Verschwendungsberechnungen**, die jeden Normalbürger erschüttern.⁵⁹

2020, im Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft, haben sich im **Europaparlament** die politischen Kräfte zulasten der CDU (*Europäische Volkspartei*) so deutlich verschoben, daß dort Kreislaufwirtschaft, Naturschutz, Energiewende und Klima für die EU einen deutlich höheren Stellenwert erreichen als für die Bundesregierung. Die Ratsvorsitzende Merkel ist dadurch in ziemlichen Streit mit dem Europaparlament über den EU-Haushalt und über die Kriterien der Mittelvergabe der EU-Milliarden geraten. Und dann ist die immer größere Selbstherrlichkeit des Bundeskabinetts vielen EU-Abgeordneten längst ein Dorn im Augen, ganz besonders die Merkel'sche Toleranz gegenüber Oligarchen und EU-Profiteuren, wie V. Orbán (Ungarn) und J. Kaczynski (Polen). Die EU-Parlamentarier wollten das von A. Merkel vorgetragene EU-Budget nur mittragen, wenn Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit wie in

⁵⁹ z.B. hat McKinsey 2015 dazu eine umfassende Berechnung vorgelegt: *GROWTH WITHIN - A CIRCULAR ECONOMY VISION FOR A COMPETITIVE EUROPE*

den *Vishegrad-Staaten* schnell und spürbar sanktioniert werden können. Außerdem wollen die EU-Abgeordneten auch über die Vergabe der 750 Milliarden aus dem Wiederaufbaufonds (wg der Corona-Folgen in der EU) mitentscheiden, damit diese Gelder *nicht nur* der Unternehmensförderung dienen.

Als Kompensation für verloren gegangene Glaubwürdigkeit und einer zu offensichtlichen Industrienähe formulierte ausgerechnet Wirtschaftsminister Altmaier in dieser Phase eine Brücke zwischen Klimaschutz und Industrieinteressen. Er stellte seine Charta zum Klimaschutz vor, die einen „**historischen Kompromiss** zwischen Klimaschutz und Wirtschaft“ schaffen soll – eines Tages (s.o., S.101).

Im Bundestag wird es kaum ein Mitglied geben, das nicht automatisch an die im Kabinett mitgedachte Bilanz der deutschen EU-Präsidentschaft 2020 denkt, wenn der Wirtschaftsminister im Trump-Stil von einem „historischen Kompromiss“ spricht – den irgendwann irgendwer vielleicht umsetzen wird. Das Kohleausstiegsgesetz hätte die Chance geboten, diesen Kompromiss zwischen Klimaschutz und Industrieinteresse festzuschreiben. Statt sich der UN-Agenda 2030 anzuschließen, wurde der Kohleausstieg auf 2038 verschoben. P. Altmaiers Charta schiebt vorsichtshalber noch ein bißchen weiter, auf einen Zeitpunkt, wenn man sich wahrscheinlich nicht mal mehr an seinen Namen erinnert, geschweige denn an diese amorph formulierte Charta. Solche Sprechblasen zeigen zwar, daß irgendetwas von der Brisanz des Themas auch bei der Regierungsspitze angekommen ist. Aber leider wirkt es ähnlich, wie die Realsatiren der Verkehrsminister, die in Wirklichkeit nur die Dürftigkeit der politischen Programmatik der Merkel-Regierung abbilden. Oder wie die endlose Kette von Klima-Gipfeln mit und ohne Klima-Kanzlerin, ohne dass sich die Verhältnisse positiv verändern.

Bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen und Kreislaufwirtschaft lohnt im Übrigen der Blick über die deutschen Wirtschaftsmodernisierer hinaus neben Finnland auch nach Dänemark und in die Niederlande. Dänemarks Hauptstadt ist inzwischen hinreichend bekannt als grüne Metropole, als ideale

Großstadt für Radfahrer und Fußgänger; ein Ansatz von entschleunigtem Alltagsleben, der ganz automatisch Teil von Kreislaufwirtschaft ist, weil hier die Politik tatsächlich von den Wirkungen her denkt, also vom Ende eines Prozesses. Dieses Kopenhagen wurde zu Recht 2014 von der EU-Kommission zur „grünen Hauptstadt Europas“ ernannt. Und die Niederlande haben in noch größerem Umfang den Einstieg in die klimafreundliche Fahrradgesellschaft (statt Autogesellschaft) geschafft. Hier wurde zudem eine wichtige Komponente der Kreislaufwirtschaft sehr zielgerichtet angegangen: die Stadt Venlo ist der Champion für differenzierte Recycling-Methoden. Hier wird das Prinzip „von der Wiege zur Wiege“ oder wie es auch in den Niederlanden genannt wird: **Cradle to Cradle** konkret und erfolgreich praktiziert. Auch immer mehr umweltbewusste Bürger in Deutschland anerkennen diese Vorreiter-Rolle von Venlo als einen zentralen Baustein von Kreislaufwirtschaft.

Von der Wiege zur Wiege - Cradle to Cradle

Von der Wiege zur Wiege („Cradle to Cradle“, C2C) bedeutet genau das, was A. Merkels PR-Mannschaft der Kanzlerin fälschlicherweise zuspricht: einen Prozeß vom Ende her zu denken. MaW, für nachhaltige ökonomische Prozesse bedeutet C2C, von Anfang an bedenken, wie am Ende Müll vermieden wird. Es ist eigentlich nur das Abkupfern der Natur. Im gesellschaftlichen Sinn produziert die Natur keinen Müll. Alles fließt wieder ein in irgendein neues Naturprodukt. So simpel der Kerngedanke von C2C ist, so viel politische Denk- und Handlungsenergie benötigt er. Denn Unternehmer, Konsumenten und die Politik sehen es auch in Deutschland in unseren Zeiten einer exzessiven Globalisierung als normal an, daß Rohstoffe aus irgendeinem Teil der Welt herangeschafft werden, über die Wertschöpfung zu einem verkaufsfähigen Produkt umgewandelt werden und dass Natur als Residualgröße für die Entsorgung des nicht verwerteten Abfalls erhalten muß. Dagegen stemmen sich zum Glück auch in Deutschland immer mehr Bürger und einige Politiker und immer mehr Unternehmen geben sich zumindest einen grünen Anstrich. Ihnen ist gemeinsam das Interesse an Recycling, an der Weiterverwertung wenigstens eines Teil eines funktionslos gewordenen Produkts. Hier greift C2C. Das hat immerhin schon dazu geführt, dass Kunden immer mehr nach umweltfreundlicher

Verpackung fragen (z.B. Glas statt Plastik) – oder Verpackung ablehnen, wie eingeschweißtes Gemüse etc.

Außer der Recycling-Metropole Venlo stehen die Niederlanden auch bei der Entwicklung eines Massenprodukts für die Umsetzung von Kreislaufwirtschaft und Cradle to Cradle: das niederländische Smartphone unter dem Namen **Fairphone** lässt sich weitgehend vom Nutzer selber reparieren und beschädigte Teile austauschen, wenn es droht, „seinen Geist aufzugeben“. Damit findet sich hier ein exzellentes Beispiel für sparsamen Umgang mit den rund 30 metallischen Rohstoffen, die in einem Smartphone verarbeitet sind und unter meist problematischen Bedingungen in afrikanischen oder südamerikanischen Minen abgebaut und für den Bau der Mobiltelefone exportiert werden. ⁶⁰

ROHSTOFFSICHERUNG, global oder lokal vor allem sinnvoll

Rohstoffgewinnung hat viel mit Lebensqualität und Menschenrechten derer zu tun, die Rohstoffe in ihrem Land für den Export (z.B. nach Deutschland) abbauen. Das können die Coltan-Minen im Congo oder das Lithium aus Boliviens Uyuni-Salzsee zugunsten der hoch gelobten e-Autos sein. Oder es ist kostbares Trinkwasser aus Tiefbrunnen in Spanien für die Erdbeer-Exporte nach Deutschland; oder die künstliche Bewässerung der Kartoffeläcker in Ägypten, zur Erweiterung der eingeschränkten Nahrungsmittelpalette in Deutschland. Immer verhindern solche Exporte eine stabilere Gesamtentwicklung im Ursprungsland. Angesichts der krankhaften Regenwaldvernichtung in Brasilien oder Indonesien durch einen schwachsinnig erscheinenden Präsidenten Bolsonaro einerseits oder marktwirtschaftliche Militärs andererseits,

⁶⁰ in einem Handy findet sich u.a. Kupfer, Eisen und Aluminium, geringe Mengen an Silber und Gold sowie sehr kleine Mengen Palladium und Platin. Neben Kobalt, Gallium, Indium, Niob, Wolfram, Metallen der Platingruppe. Darunter befinden sich auch 7 Stoffe, die 2014 von der EU-Kommission als sogenannte kritische Rohstoffe bzw. seltene Metalle eingestuft wurden und weltweit immer knapper werden.

bleibt völlig unverständlich, mit welcher schlichten Selbstverständlichkeit die Kanzlerin jahrelang in der Welt unterwegs ist, um immer neue Freihandelsabkommen mit Ländern im globalen Süden auf den Weg zu bringen. Aus Brasilien erreichen Deutschland dann nicht nur Holz und Erz, sondern auch Früchte und Soja aus Regionen, die zuvor **Amazonas-Regenwald** hießen. Aus Indonesien, vor allem **Borneo**, hat die Kanzlerin schon mal deutsche Panzer gegen Palmöl verhandelt, weil das Abbrennen des dortigen Regenwaldes eh nur die indigene Bevölkerung der Dayaks belästigt. Oder weil die indonesische Regierung von Jakarta nach Borneo umziehen will und dafür Freiflächen braucht. Die deutschen Panzer werden dann eher weniger zum Klimaschutz eingesetzt. Sie helfen dabei, die Proteste im Land – auch die gegen die Regenwaldvernichtung – unter Kontrolle zu halten.

Umweltschutz gegen Regenwald für Palmöl

Als A. Merkel Mitte 2012 Indonesien einen offiziellen Besuch abstattete wurde unverändert Regenwald (vor allem in Borneo) gerodet, um Tropenholz zu vermarkten, um Palmöl auf immer gewaltigeren Plantagen zu produzieren, um das Erdöl aus dem Boden der Insel abzusaugen.

Allein die deutsche Lebensmittelindustrie verarbeitet jährlich fast 250.000 Tonnen Palmöl. Die EU insgesamt importiert jährlich etwa 7,4 Mio Tonnen. (Bundestagsprotokoll Nr. 785, 28.7.2020)

In den Kommentaren zur Merkel-Reise hieß es, daß Indonesiens Regierung vor allem deutsches Know-How in der Umwelttechnologie schätze. Doch Aufsehen erregt hatte vor allem die Bestellung von 100 gebrauchten Leopard-Panzern aus deutschen Beständen für rd. 230 Mio Euro. Was das Land mit den 60 Tonnen schweren Ungetümen will, wurde offiziell nicht erklärt.

Den Afrika-Gipfel „Compact with Africa“ vom November 2019 in Berlin kann man durchaus unterschiedlich bewerten. Er fällt in dasselbe Jahr, in dem die 55 afrikanischen Staaten den Einstieg in die erste kontinentale Freihandelszone für ihren

eigenen Handelsaustausch zuwege gebracht haben. Das erleichtert es zugleich sowohl China (das „seinen“ Kontinent fest im Griff hat) als auch der EU, zu einer Zusammenarbeit zu finden, die nicht mehr nur von extrem korrupten Familien-Clans abhängig ist (Zuma-Familie in S-Afrika; Kabila-Familie im Congo). Es könnte dann sogar zu mehr Nachhaltigkeit im Umgang mit den heißbegehrten afrikanischen Rohstoffen kommen – in vielen weiteren Jahren, wenn A. Merkel längst nicht mehr Kanzlerin ist. Je schneller sich Afrika auf sich selber besinnt, desto schneller kann jedenfalls auch die Rohstofffrage für die deutsche, finnische, europäische Kreislaufwirtschaft vernünftig geklärt und damit zugleich Druck von der afrikanischen Flüchtlingswelle genommen werden.

Ohne Zutun der Bundesregierung haben sich interessante Elemente einer Kreislaufwirtschaft und der Rohstoffsicherung auf kommunaler Ebene herausgebildet, wie die „urban farming“- und „urban gardening“-Projekte in Berlin und zahlreichen anderen Städten bis hin zur „Essbaren Stadt“ Andernach am Rhein, die schon 2010 als europäisches Vorzeigeprojekt mit der Goldmedaille "Entente Florale" gefeiert wurde. Die Jury lobte die gemeinschaftliche Initiative von Verwaltung, Politik, Wirtschaft und den Bürger, den städtischen Raum mit Grün und Blumen lebendig zu gestalten, dabei in den städtischen Anlagen einheimische Obst- und Gemüsesorten wachsen zu lassen, auf die die Bürger der Stadt freien (kostenlosen) Zugriff haben. Die Andernacher identifizieren sich mit dieser, ihrer Stadt, auch weil es hier in erster Linie um ein integriertes gesellschaftliches Projekt geht und nicht in erster Linie darum, die Bilanzen eines Unternehmers oder einer Supermarktkette aufzupolieren. Aber selbst die Andernacher können dem schwachsinnigen Gehabe der sog. Influencer kaum ausweichen, die eigentlich die bezahlte Fünfte Kolonne von Produktion und Handel sind und von jeder Regierung, die sich Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit auf die Fahne schreibt, verboten werden müssen.

Gleichzeitig mindert nur lokale / regionale Nahrungsmittelproduktion den gewaltigen Energieaufwand für die globalen Transportwege, mit denen seit einer Generation z.B. massiv

gegen SDG 12 verstoßen wird. SDG 12 fordert nachhaltigen Konsum und keine 30% unserer Nahrungsmittel, die als aufwändig produzierter Bio-Müll enden. SDG 12 schließt deswegen auch das Thema „Fairer Handel“ und „Lieferkettentransparenz“ mit ein. Z.B. fair gehandelter Kaffee und Kakao. Wobei manche Produzenten im globalen Süden z.B. in der Kakao-Bohne weitaus mehr sehen als nur ein Exportprodukt für den globalen Norden. In der Sierra Nevada bei Sta Marta (Kolumbien) produziert eines der indigenen Völker (Arhuaco) heute die hochwertigsten Kakao-Bohnen – und vermarktet sie nach Fair-Trade-Regeln selber, um immer mehr wirtschaftliche und kulturelle Eigenständigkeit dadurch zurückzugewinnen. Überwiegend wird allerdings immer intensiver gegen SDG 14 verstoßen (gesunde Landwirtschaft), gegen SDG 15 (saubere, müllfreie Meere) oder gegen SDG 6 (sauberes Trinkwasser).

TRINKWASSER, mehr als nur Rohstoff ; das wichtigste Lebensmittel der Gesellschaft

In Deutschland stört sich leider weder die Bundespolitik noch die Landespolitik von Niedersachsen daran, dass Coca-Cola seit Jahren in Lüneburg 2 Brunnen betreibt, deren Wasser dann als Limonaden angereichert an die Bürger in Lüneburg verkauft wird – und dass Coca-Cola angesichts der schwindenden Wasserreserven einen dritten Brunnen bohren will, um den Bürgern noch mehr von ihrem eigenen Wasser zu verkaufen. Dabei werden genau solche Praktiken an Nestlé kritisiert, die dasselbe Wassergeschäft in Vittel (südlich Nancy) betreibt und kritisiert wird, weil das Unternehmen eine gesamtgesellschaftliche Existenzgrundlage privatisiert. Lüneburg oder Vittel sind nur zwei Symbole für das staatliche Rollenverständnis, das sich nur theoretisch der UN-Vollversammlung vom 28.7.2010 anschließt: *das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht.* (Resolution 64/292) Will sagen: Menschenrechte sind keine Handelsware.....

Seit den 1990er Jahren gab es schon den verstärkten Druck auf die Kommunen, die Wasserversorgung zu privatisieren. Viele Kommunen steckten dann wegen der großen Finanzkrise ab 2007-08 tief in einer Schuldengrube und drei weltmarktführende Konzerne im Wassersektor machten geldwerte Angebote, die Versorgung zu übernehmen, also Trinkwasser als Ware zu verkaufen. Dazu gehört auch die deutsche RWE-Tochter RWE-Aqua. Kleine Städte ebenso wie große nahmen die Privatisierungsangebote an. Aber 2013 hatten sich genügend negative Erfahrungen angesammelt, so dass der damalige Städtetagspräsident, Christian Ude (München), die Bundesregierung aufforderte:

*“Die Bundesregierung muss im **EU-Ministerrat** eingreifen, um die kommunale Wasserversorgung in Deutschland zu retten. Ohne die bürgernahe Versorgung durch die Stadtwerke sind auch Qualitätseinbußen beim Trinkwasser nicht auszuschließen. Eine Marktöffnung durch die Hintertür beim lebenswichtigen Trinkwasser stößt auf den erbitterten Widerstand der Kommunen“.*⁶¹

Ude reagierte damit auch auf die gezielte Nichtaktivität von Merkels Wirtschaftsminister Rösler (FDP), der keinerlei Anstalten machte, die EU-Kommission von ihrem Kurs abzubringen, Trinkwasser Europa-weit als Ware zu betrachten.

Erst 2020 hatte es dann die Europa-weite Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ geschafft, mit 1,8 Mio Unterschriften im Rücken, die EU-Kommission zu einer Neufassung der bisherigen liberalen Trinkwasser-Richtlinie zu drängen. Gleichzeitig hat sich in Deutschland der Prozeß der Rekommunalisierung der Wasserversorgung gegen die seinerzeitigen Interessen des FDP-Ministers durchgesetzt. Für die Klimakanzlerin bleibt allerdings als wichtiger Punkt der Hinweis der Deutschen UNESCO-Kommission, „dass unbehandeltes Abwasser eine wesentliche Quelle von Treibhausgasen ist“ (Pressemitteilung zum Weltwasserbericht 2020). Das ist zudem nicht nur aus gesundheitlichen Gründen ein wichtiger Hinweis

⁶¹ Ude in Neue Osnabrücker Zeitung, 25.1.2013

(Krankenhaus-Abwässer), sondern auch um angesichts ansteigender Trockenperioden effizienter mit der Ressource Wasser umzugehen. Also ein großes Thema auch für Deutschland. Aber auch auf der Agenda der EU-Präsidentschaft 2020 hätte „Wasser“ mit Blick auf Südeuropa ein wichtiges Thema sein sollen. Denn deren Trinkwasservorräte werden in hohem Masse auch für Agrarexporte nach Deutschland genutzt (Erdbeeren, Tomaten u.a.m.). Im portugiesischen Alentejo, der Algarve oder im spanischen Andalusien sind daher schon schwere ökologische und ökonomische Belastungen zu verzeichnen.



ausgetrocknete Algarve, ein europäisches Thema

Klima, Energie, Wasser, Mobilität, China – alles extrem wichtige und politisch schwergewichtige Themen. Die Bundesregierungen unter Kanzlerin Merkel haben in jedem dieser Bereiche immer wieder große Sprechblasen als Politik verkauft – vielleicht sogar selber Sprechblasen für Politik gehalten. Aber einer ganz entscheidenden Herausforderung hinter allen diesen Fragen sind die Bundesregierungen bis in die jüngste Gegenwart (2020) systematisch ausgewichen: **Demokratieförderung** und Abbau der unheiligen Allianz aus **Lobbyismus** und **Drehtür-Aktionen**. Meistens gesellt sich als dritter Aspekt **Korruption** dazu.

DEMOKRATIE fördern BÜRGERGESELLSCHAFT stärken

Der Ruf nach der Bürgergesellschaft als Heilmittel gegen die krankhafte Ausdehnung staatlichen Handels wird zu Recht laut. Aber er bleibt wohlfeil, wenn er nicht konkretisiert wird. Er verhallt, wenn er nicht gehört wird. Und er bleibt vage, wenn nicht die Voraussetzungen für seine Umsetzung in die Realität deutlich werden. **Die Bürgergesellschaft ist deshalb nicht nur als Antwort auf Fehlentwicklungen, als aktuelles Krisenmanagement zu verstehen. Wir verstehen sie auch als eine wichtige Voraussetzung, um die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft bestehen zu können.** Wenn sich Deutschland unter den Bedingungen der Globalisierung, unter den Bedingungen eines tiefgreifend veränderten Arbeits- und Erwerbslebens und nicht zuletzt unter den Bedingungen tiefgreifender demographischer Veränderungen behaupten will, dann ist der Weg vom Versorgungsstaat zur Bürgergesellschaft unumgänglich. An die Vision Ludwig Erhards, das Ziel „Wohlstand für alle“ mit der Verantwortungsfähigkeit aller zu verbinden, muss wieder angeknüpft werden. Das wird nur mit den Bürgern gelingen – niemals gegen sie. Sie müssen ihre Bürgerrechte und -pflichten wieder wahrnehmen. Und die Idee der Bürgergesellschaft darf nicht bloß dazu dienen, für bislang staatliche Aufgaben private Finanzierungsquellen zu suchen, weil der Staat „klamm“ geworden ist (KAS: *Aufbruch in die Bürgergesellschaft*).⁶²

Dieser dringliche Ruf nach Bürgergesellschaft stammt nicht aus dem Jahr 2020. Er wurde von der politischen Denkfabrik der CDU 2003 verfasst. Da war A. Merkel schon CDU-Vorsitzende und stand kurz vor der Übernahme der Kanzlerschaft. Aber irgendein Böswilliger hat dieses Grundsatzpapier der Parteivorsitzenden vorenthalten. Denn Bürgergesellschaft wurde nie zum Thema in der politischen Agenda der A. Merkel.

Demokratie in Deutschland wurde vielmehr immer weiter geschädigt, weil das Verhältnis zwischen Bürgergesellschaft und Staat immer stärker geschädigt wurde (z.B. durch die dynamische Prekarisierung und den Bildungsnotstand). Aber auch weil Zivilgesellschaft sich durch eine unglaubliche Fraktionierung selber schwächt. Der Staat – die Regierung – verstreut

⁶² (Konrad Adenauer Stiftung: *Aufbruch in die Bürgergesellschaft: Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung.*

Grundsatzpapier des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2003)

einzelne Knochen in der politischen Debattenlandschaft und einzelne Teile der organisierten Zivilgesellschaft stürzen sich nur auf einen speziellen Knochen (Klima; Wald; Auto-Fahrrad; Gesamtschule; Exzellenzuniversität; Migration ...). So verhindert der Staat vernetztes Denken und die Zivilgesellschaft hindert sich selbst an vernetztem Handeln.

Vernetzt denken, vernetzt handeln geht durchaus. Ein attraktives Beispiel hatten schon Ende der 1980er Jahren brasilianische Städte entwickelt und umgesetzt: die **bürgerbeteiligte Haushaltsplanung ihrer Stadt** (*Orçamento Participativo*). Die 1,5 Millionen Metropole Porto Alegre war dabei tonangebend.

Orçamento Participativo (OP) in Porto Alegre

Auf Initiative des Bürgermeisters der Arbeiterpartei PT wurde das Stadtgebiet in 16 Bezirke eingeteilt und in jedem Bezirk haben die insgesamt vielleicht 1.000 Bürgerorganisationen das Recht, ihr Vertretergremium einzurichten und über das Gremium Vorschläge für eine bürgernahe Kommunalpolitik der Stadtverwaltung vorzutragen. Die Spielregeln lauten:

OP öffnet den Bürgern die Möglichkeit, direkt über die Angelegenheiten ihrer Stadt mitzubestimmen. **OP** ist ein politisches Instrument der Zivilgesellschaft und funktioniert über eine doppelte Arbeitsstruktur:

- zum einen gibt es die Versammlungen in den 16 Bezirken der Stadt über bezirkliche Fragen
- zum anderen die Foren zu bezirksübergreifenden Belangen, die in fünf Themengebiete unterteilt sind:
 - ◆ Verkehr und Transportwesen;
 - ◆ Wirtschaftsentwicklung und Steuerpolitik;
 - ◆ Stadtorganisation und -entwicklung;
 - ◆ Gesundheit und Soziales;
 - ◆ Erziehung, Kultur und Freizeit.

Pro Jahr festgelegt sind insgesamt 21 Vollversammlungen dieser NRO, die im ersten Fall allen Einwohnern des jeweiligen Bezirks, im zweiten Fall allen Einwohnern der Stadt offenstehen. Im März und April, der ersten Versammlungsperiode des **OP**-Rates, wird in Anwesenheit städtischer Vertreter über den aktuellen Stand der Arbeiten, die im Vorjahr beschlossen wurden, und über den Investitionsplan für das laufende Jahr berichtet und debattiert. Außerdem werden die Delegierten für das Bezirks- oder die 5 Themenforen gewählt. Das Mandat der Delegierten, deren Zahl bis zu dreißig pro Bezirk betragen kann, erstreckt sich über ein Jahr und kann einmal verlängert werden. Dann erfolgt die Bewertung der Forderungen aus den 21 Versammlungen durch einen Planungsausschuss des Stadtrats (GAPLAN) während sich der **OP**-Rat konstituiert und Einblicke

in die städtischen Finanzen erhält. Der Rat nimmt Stellung zu einer ersten Vorlage eines Haushaltsentwurfs, der dann im September in einen von GAPLAN erarbeiteten Haushaltsentwurf mündet. Am 30. September wird dieser Entwurf vom Bürgermeister dem Stadtrat überstellt, der als einziger gesetzlich befugt ist, den Haushalt zu verabschieden, was bis zum 30. November geschieht.

Der OP-Prozeß ist ein Prozeß der **politischen Bildung**, wie sie keine Akademie der Welt besser vermitteln könnte. Hier wird über viele Monate im Jahre politische Partizipation eingebunden in **politische Mitverantwortung** durch die konkrete Anwendung gelernt. Eine neue politische Führungsschicht wächst auf diese Weise von unten nach oben. **Politik wird im Prozeß des OP neu legitimiert**. Daran ändert auch der Globalisierungsprozess nichts.

Die Kanzlerin hat in 15 Jahren Regierungszeit solche praktizierten Demokratieerfahrungen aus anderen (europäischen) Ländern negiert, ebenso wie etwa das konstruktive Verhältnis in der Schweiz zum bürgernahen Plebiszit oder die Möglichkeit auch mit Minderheitsregierungen gute Politik sicherzustellen, wie es problemlos in Skandinavien demonstriert wird. Denn bei den „Wikingern“ läßt sich ein parteiübergreifendes Grundverständnis über **fundamentale Werte der politischen Kultur** beobachten und über die Wichtigkeit von Bürgergesellschaft für den Erhalt der Demokratie.⁶³

QUERLIEGENDE STOLPERSTEINE DER DEMOKRATIE

Große Koalition anstelle starker Opposition

In Deutschland geht eine sehr konkrete Belastung der Demokratie von einer Großen Koalition aus, die bei den Bundestagswahlen 2013 wie auch 2017 über 50% der Abgeordnetenstimmen verfügt. Quasi oligarchische

⁶³ hier werden bewusst die USA als „größte Demokratie“ ausgeblendet, weil D. Trump die gravierenden Schwächen des US-Systems dankenswerterweise so offengelegt hat wie keiner seiner Vorgänger

Verhältnisse im Parlamentarismus. Damit hat die offizielle Opposition zwar immer noch parlamentarische Rechte, fällt im politischen Alltag aber auch durch das Phänomen der Überhangmandate immer wieder auf Nebenrollen zurück. Trotz Gewissensfreiheit des einzelnen Abgeordneten besteht de facto Fraktionszwang und Kabinettsmitglieder tragen zwei Hüte gleichzeitig: den der Exekutive und den des Abgeordneten. An mehreren Stellen besteht also Bedarf zur Reform des demokratischen Systems. Es gibt eine ganze Reihe weiterer drängender Reformen, denen sich die Große Koalition verweigert, wie die Unterstellung der Staatsanwälte unter den Justizminister, die extrem seltenen Plebiszite (obwohl sie rechtlich möglich sind), Anhörungsrecht/-pflicht für Organisationen der Zivilgesellschaft in den Parlamentsausschüssen, Sicherstellung qualifizierter Volksvertreter aus Männern und Frauen u.a.m.

Überdimensioniertes Parlament

Seit Jahren haben die nicht erfolgten Reformen u.a. zu dem Problem der Überhangmandate geführt und den Bundestag auf 709 Abgeordnete (2020) anschwellen lassen.⁶⁴ Nach dem Parlament in Beijing mit seinen 2.897 Delegierten ist der Bundestag damit das zweitgrößte Parlament der Welt. Die Anzahl der chinesischen Delegierten zu den deutschen MdBs verhält sich wie 4:1. Die dadurch vertretene Bevölkerung verhält sich allerdings wie 16:1 (1.300 / 82 Mio). Über dieses Problem, das eine immer größere Distanz zwischen Staat und Zivilgesellschaft geschaffen hat und zudem ein gewaltiges Kostenproblem für den deutschen Steuerzahler darstellt, wird nun erst nach der Merkel-Kanzlerschaft entschieden werden, von einer Bundestagskommission, deren Bericht 2023 vorliegen soll.⁶⁵

Der Föderalismus-Zopf

Noch im Jahre 2002 wehte ein starker Reformwind durchs Land als alle Parteien für die Beschneidung des Föderalismus-Zopfes plädierten. Auch der für die CDU so wichtige Wolfgang Schäuble. Er war gerade Vize-Vorsitzen-

⁶⁴ Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei mehr Direktmandate erhält als ihr nach dem Verhältnis der Zweitstimmen zustehen. Das zieht nach geltendem Wahlrecht Ausgleichsmandate für andere Parteien nach sich

⁶⁵ Bundestagsprotokoll Nr. 1071, 7.10.2020

der der CDU-CSU-Fraktion und war vom Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber in dessen Wahlkampfteam eingebunden worden. W. Schäuble formulierte damals die radikalste These: die Beschneidung der Bundesländer im neuen Gesamtdeutschland auf 7 sei ausreichend. Die FDP sprach von 9; die Grünen von 11 Bundesländern. Der damalige Brandenburger-Regierungschef Platzeck (SPD) war besonders konkret: 2006 sollte es eine *Volkabstimmung* zur Fusion Brandenburg-Berlin geben und 2009 die Ländervereinigung.

Kerngedanke war bei allen: für die Herausforderungen der Globalisierung muß Deutschland sich neu organisieren. Damit war natürlich nicht nur die Verwaltungsstruktur angesprochen und damit ein schlankerer Gesamtstaat. Insgesamt ging es um innerstaatliche Effizienz, z.B. im Gesundheitswesen und vor allem in der Bildungspolitik, die bis in die Gegenwart unter einem absurden Bildungsföderalismus schwer leidet.

Für die folgenden Merkel-Kabinette rutsche das Thema Föderalismus und eine ernsthafte Vor- und Nachteilsdebatte mit der *Bürgergesellschaft* allerdings ganz weit in den Hintergrund. Aufrechterhalten blieb vielmehr der neoliberale Einzelkampf der Regionen gegeneinander: Bayern gegen Nordrhein-Westfalen; Hamburg gegen Bremen,

Abbau von LOBBYISMUS und

Grundsätzlich: Der Austausch zwischen Interessengruppen und der Politik ist ein wichtiges Element demokratischer Meinungs- und Willensbildung. Er ist im Hinblick auf den Bedarf an Fachwissen und Information aus verschiedenen Teilen von Gesellschaft und Wirtschaft für die Gesetzgebung auch notwendig. Doch zugleich muss dieser Austausch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar und transparent sein. Dazu gehört es, Informationen darüber erhalten zu können, wer überhaupt und in wessen Auftrag als Lobbyist tätig ist. Ein Instrument, um diese Transparenz herzustellen, wäre ein sog. Lobby-Register. Allerdings ein Register, in dem auch die Kontakte der 5.000 Lobbyisten allein in Berlin mit den Ministerien, mit wichtigen Bundesbehörden und mit dem Kanzleramt erfasst werden (s.o., S.9).

Der bislang ungezügelte Lobbyismus zerstört Wohlstand und

Demokratie. Mal sind – wie beim Diesel-Skandal – Aufsichtsbehörden (Kraftfahrt-Bundesamt) zu eng verzahnt mit der Branche, die überwacht und reguliert werden soll. Mal laufen – wie bei TTIP – Verhandlungen intransparent und Parlamentarier („Volksvertreter“ !) dürfen gar nicht oder nur eingeschränkt Einsicht in die Verhandlungsunterlagen nehmen. Mal greifen die Behörden vor allem auf geheime oder bestellte Industriestudien zurück, um die Folgen mancher Produkte für Gesundheit und Umwelt abzuschätzen – wie beim Unkrautbekämpfungsmittel Glyphosat.⁶⁶ Und dann sind da die Unsummen an Steuergeldern für Beraterverträge im Verteidigungsministerium unter U. v.d. Leyen oder die illegalen Maut-Verträge des Verkehrsministers Scheuer oder gar der alle Dimensionen sprengende Skandal um *Wirecard* mit involviertem Finanzminister und involvierter Kanzlerin, die noch während der deutschen EU-Präsidentschaft 2020 vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages Stellung nehmen müssen. Gleichzeitig vertieft sich die soziale Spaltung der Gesellschaft (Prekarisierung). Allzu viele öffentliche Schulen befinden sich schon rein äußerlich in beklagenswertem Zustand, von moderner medialer Ausstattung gar nicht zu sprechen oder von sinnvollen Klassengrößen oder angepasster Lehrerfortbildung etc.

Engagierte Medien, wie Süddeutsche Zeitung, SPIEGEL, WDR und internationalen, wie The Guardian, Washington Post, Le Monde u.a.m. arbeiten immer noch hinreichend professionell, um solche Skandale aufzudecken. Sie können aber nicht die wachsende Frustration über die politischen Eliten verhindern und auch nicht, dass aus dieser Frustration ein großer Teil der demokratiefeindlichen Bewegungen und Parteien entstanden sind, und zwar überall in Europa.

⁶⁶ so fasst der *Lobbyreport 2017* die Lobbyismus-Erkenntnisse aus Deutschland zusammen

Lobby ist keineswegs gratis

Für die Inanspruchnahme externer Beratung und Unterstützung hat die Bundesregierung im Haushaltsjahr 2017 rd 722 Mio € ausgegeben; im Jahre 2018 rd 683 Mio... „In der Aufstellung **fehlen die Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung**. Das Ministerium habe angegeben, dass eine vollständige Erhebung der Ausgaben für Unterstützungsleistungen in den Jahren 2017 und 2018 in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum nicht habe erfolgen können.“

(Bundestagsprotokoll Nr.184, 20.2.2019)

„Von der Bundesregierung sind seit 2006 insgesamt 951 Verträge mit externen Dritten für Beratungs- und Unterstützungsleistungen **ohne vorherige Ausschreibung** geschlossen worden.“

(Bundestagsprotokoll Nr. 378, 8.4.2019)

Bundeswehrberatungskosten, von aufmerksamen Bürgern nachgerechnet

(SPIEGEL, 26.1.2019)



Einerseits erschwert Brüssel mit seiner Entscheidungsmacht von Europäischem Rat, Kommission, Parlament, Europäischem Gerichtshof, EZB u.a.m. die Beschneidung der nationalen Lobbyisten. Denn die größten Verbände und spezialisierte Lobbyberaterfirmen (EUTOP, s.o., S.9) können gleichzeitig in Berlin und in Brüssel agieren (oder Paris und Brüssel; oder Rom und Brüssel). Und in Brüssel sind inzwischen etwa 25.000 registrierte Lobbyisten ein ganz großes Hindernis für Entscheidungstransparenz, Hindernis für die Umsetzung so

vieler klangvoller Strategien und Aktionspläne, die manchmal vielleicht sogar ernst gemeint sind.

.... Drehtüren und Korruption

Er war nicht mehr Bundesminister als er 2020 für Beratertätigkeiten vom Fleischkonzern Tönnies für ein paar Monate Honorar und Spesen kassierte – derselbe Sigmar Gabriel (SPD), der noch 2015 als Wirtschaftsminister die Machenschaften dieser Fleischindustrie „als Schande für Deutschland“ geißelt hatte. Noch frappanter war sicher der Wechsel eines deutschen Bundeskanzlers auf den Chefsessel eines russischen Energiekonzerns, um das gewaltige Gas-Projekt Nord Stream zu befördern: auch Gerhard Schröder war durch die Drehtür gegangen. Die Drehtür bewegt sich zwischen Politik und Wirtschaft und ist fein getrennt von der Gesellschaft. So, wie Gesetzgebung immer mehr von gesellschaftlichen Bedarfen getrennt wird und diverse Berater oder gleich Anwaltsfirmen Gesetzestexte oder die sog. „externen Mitarbeiter“ Gesetzesnovellierungen verfassen und den Ausschüssen im Bundestag zuleiten. Bei Spitzenpolitikern der SPD ist man noch ein bißchen überrascht, vor allem bei vorherigen Parteivorsitzenden. CDU/CSU-Politikern und FDP-Politikern wird der Drehtürgang eher zugetraut. Das liegt auch an der weitaus größeren Anzahl schwerer Drehtüren, die da bewegt wurden: ein (kurzzeitiger) Wirtschaftsminister zu Guttenberg wechselt zum Betrugskonzern Wirecard und hält der Kanzlerin diese Drehtür auf. R. Pofalla nimmt die Tür zwischen Bundeskanzleramt und Vorstand der Deutschen Bahn, worauf er als Lobbyist im Kabinett hingearbeitet hatte. Sachsens Ministerpräsident Tillich (CDU) öffnet sich die Drehtür zum Aufsichtsratsvorsitz beim Braunkohlekonzern Mibrag durch seinen vorherigen Beitrag als einer der drei Vorsitzenden der „Kohlekommission“. Staatsminister von Kläden (CDU) hatte die Drehtür fest im Griff bevor er zum Cheflobbyisten von Daimler wurde. Ebenso der Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser mit dem festen Griff zur Tür des Vizedirektors der Deutschen Bank; etc etc.

Viele bewegte Drehtüren; viele Beraterhonorare; viele intransparente Subventionen lassen Deutschland 2019 auf dem Korruptionsindex von Transparency International nur auf Platz 9

der weltweiten Liste landen, mit 80 von 100 möglichen Punkten. Davor befinden sich weiterhin Dänemark (87/100), Finnland (86/100), Schweden (85/100), Norwegen (84/100).

BÜRGERGESELLSCHAFTEN reagieren

Was kann die normale Bürgergesellschaft tun, um sich trotz der beschädigten Demokratie für ihre sozialen, ökologischen, gesundheitlichen und sonstigen Bedürfnisse Gehör zu verschaffen? Nur durch immer mehr Demonstrationen, Protestaktionen, Besetzungen, Streiks; auch europaweit?

Zumindest ist politischer Protest grundsätzlich demokratiefördernd. Politischer Protest im Eigeninteresse der Protestierer und der Gesellschaft. *Fridays for Future* hat einen wichtigen Akzent gesetzt, indem hinter den sichtbaren Protesten und Aktionen (wie dem Segelturn von Greta Thunberg nach New York) die Botschaft stand: die Jugend der Welt will nicht nur in geschlossenen Klassenzimmern Bücherwissen inhalieren. Diese Jugend will und kann sich für ein wichtiges globales Thema konkret engagieren, weil es auch ihre eigene Lebensperspektive betrifft (so wie sich eine Generation zuvor die Jugend gegen die Atomkraft engagiert hatte).

Andere Protestformen sind noch konkreter, wie die Aktionen gegen den weiteren Abbau der Braunkohle in der Lausitz und bei Leipzig und im Rheinland. Das Rheinische Revier ist die größte CO₂-Quelle Europas und treibt damit den globalen Klimawandel immer weiter an. Durch die noch viele Jahre zugelassenen Tagebaue wird der Sprechblasencharakter der „Energiewende“ überdeutlich. Aber der Protest richtet sich nicht nur gegen den Kohleabbau im engeren Sinne. Wegen der Tagebaue werden ganze Dörfer zwangsweise umgesiedelt (auch gegen finanzielle Entschädigung). Es werden große Landschaften zerstört und der Naturraum um die früheren Dörfer verschwindet. Dafür ist wiederum der eigentlich kleine Restbestand an Hambacher Forst das Symbol (s.o., S.92). Hier wurde von der organisierten Zivilgesellschaft ein Camp

eingerrichtet und über Jahre workshops abgehalten, in denen die gesamten „Nebeneffekte“ des Kohleabbaus aufgearbeitet werden. Die Themen reichen von den Folgewirkungen des drastisch abgesenkten Grundwasserspiegels in der Region Garzweiler über den zerstörten Kulturraum der Voreifel (Dörfer, Kirchen, Friedhöfe) bis zu breit angelegten Gegeninformationen gegen die Lobbyisten der Energieunternehmen.

Ähnlich wie bei den Endlagern der Atomindustrie (Gorleben, Asse) musste und muß auch im Hambacher Forst die Aufmerksamkeit der Medien mitbedacht werden, um Wirkung zu erzielen.

Daher werden auch im Braunkohle-Tagebau bewusst spekulative Bilder für die Medien produziert.



Protest gegen Garzweiler

A. MERKEL – DIE EUROPÄERIN

Demokratie – ja; Korruption – nein

Das ist eine der ganz simplen Formeln, die die ganz große Mehrheit der 450 Millionen EU-Bürger für ihr jeweiliges Land und für die gesamte EU immer wieder einfordern. Denn auch Jahrzehnte nach Gründung des vereinten Europa und bald 20 Jahre nach der letzten großen Erweiterung von 15 auf 25 Staaten (und dann sogar 28) ist Demokratie in viel zu vielen

Mitgliedsländern immer noch stark beschnitten (am deutlichsten hinsichtlich Pressefreiheit). In anderen Ländern wird mit öffentlichen Geldern extrem leichtfertig umgegangen (z.B. Italien), so daß der Vorwurf der Korruption auf allen gesellschaftlichen Ebenen zur Tagesordnung gehört. Das gilt für Deutschland wie für Italien wie für Bulgarien. Manche Skandale deckt die EU-Behörde gegen Korruption (OLAF) auf und fordert dann jedes Jahr Hunderte von Millionen Euro zurück. In Bulgarien macht die Bevölkerung sogar die EU für **Demokratieverlust & Korruption** auf höchster Staatsebene verantwortlich:

**Wenig Demokratie, dafür viel Korruption:
z.B. Bulgarien**

Den ganzen Sommer 2020 über protestieren Tausende Bulgaren in ihre Hauptstadt Sofia und fordern den Rücktritt von Premierminister Bojko Borissow sowie von Generalstaatsanwalt Iwan Geschew. Und sie skandieren: „Hört auf, unsere Mafia zu finanzieren,“ sie schreiben es auf Plakate und versammeln sich vor der Vertretung der Europäischen Kommission in Sofia. Ihre Sprecher getrauen sich in die Fernsehkameras zu sagen: „Wir stellen uns hier als Bauarbeiter hin, die ihre Mitarbeit am EU-Programm „Scheindemokratie“ eingestellt haben,“ und **„Die EU als unser Partner – aber auch wir selbst – sollten unsere Augen öffnen angesichts all der Lügen um uns herum und bezüglich der wahren Natur der Demokratie in Bulgarien.“**

2020 muß sich die Kanzlerin in der Rolle der EU-Präsidentin nicht unbedingt für die Verschwendung nationaler Steuergelder anderer Länder interessieren. Für die Verschwendung im eigenen Land schon. Z.B. für rd. 4 Milliarden verbrannter Steuergelder im Berliner Flughafen BER (ursprüngliche Planung 2 Mrd; Ende 2020 etwa 6 Mrd) oder für die Cum-Ex-Verstrickungen ihres Finanzministers Scholz oder für 500 Millionen intransparenter Steuergelder des Verkehrsministers Scheuer an die virtuellen Betreiber einer Pkw-Maut in Deutschland oder für viele Millionen Honorare ihrer Verteidigungsministerin v.d. Leyen für ungeklärte Bundeswehr-Beratungen und einige mehr. 2020 muss A. Merkel sich dann auch

nicht nur für die Vorlage eines 7-jährigen Haushalts der EU interessieren (2021-27) und eine gute Begründung für die ungeheure Zahl von **1.850 Milliarden Euro** liefern, einschließlich eines Teilbudgets von 750 Milliarden unter dem Namen „*Next Generation EU*“. Da sowohl A. Merkel als auch U. v.d. Leyen einen Großteil des Budgets kreditfinanziert präsentierten, erhob sich zwangsläufig bei Staaten wie Österreich und Niederlande heftiger Widerstand. Denn kreditfinanziert ist gleichbedeutend mit: EU als gemeinschaftlicher Gesamtschuldner. Und genau hier hat A. Merkel nicht viel aus dem jahrelangen Streit zwischen den (armen) Südeuropäern und den (reichen) Nordeuropäern gelernt. Nordeuropa (einschließlich Skandinavien) hatte auch weitgehend die deutsche „Schwarze Null“ akzeptiert. Der Süden nie. Damit hat der Süden nicht automatisch Recht. Aber angesichts der Zusatzbelastung durch Corona ist diese klassische Spaltung in der EU nicht kleiner geworden und erfordert mehr politisches Fingerzeiggefühl als A. Merkel bietet.

Die Schattenseite dieser gewaltigen Geldberge, die als EU-Haushalt verschoben werden, heißt Korruption. Das Ausmaß schwächt sich zwar ab von Süd nach Nord und von Ost nach West, aber Korruption und Bestechung im Zusammenhang mit EU-Geldern sind ein gesamteuropäisches Problem. Da mußte die spanische Gesundheitsministerin Mato wegen Korruption zurücktreten. Lettlands Staatschef Zatlors wurde trotz Korruption im Amt gehalten, weil die drei Oligarchen des Landes ihn in der Position für ihre eigenen Geldgeschäfte benötigten. In Tschechien ist allgemein bekannt, daß Regierungschef Babis durch EU-Gelder zum vielfachen Millionär wurde. Rumäniens Regierungschef Nastase mußte gehen, weil selbst für rumänische Verhältnisse seine private Bereicherung an Staats- und EU-Geldern nicht mehr akzeptabel war. Und ausgerechnet die wichtigste Korruptionsbekämpferin in Rumänien, L.C. Kövesi, die vom neuen Staatspräsidenten sofort abgesetzt wurde, sollte Ende 2020 zur Chefin der neu gegründeten Europäischen Staatsanwaltschaft ernannt werden, um in der EU Korruption, Geldwäsche etc. zu bekämpfen. Die CDU unterstützte Kövesi im Europaparlament, aber Rumäniens

Sozialdemokraten blockierten diese Ernennung sehr entschieden.

Die Europäerin Merkel sollte in dem Zusammenhang den entschiedenen Kampf gegen die ausufernde Verschiebung korrupter Millionenbeträge auf höchster politischer Ebene auf ihre Fahnen schreiben. Als EU-Institution steht dafür OLAF bereit (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung), das unter verschiedenen Überschriften jedes Jahr Hunderte Millionen illegal geflossener Gelder wieder einsammelt.

OLAF-Angaben zu geld-relevanten Betrugsfällen von EU-Akteuren ⁶⁷



OLAF muß politisch ebenso unterstützt werden, wie etwa die Kandidatur der rumänischen Juristin Kövesi. Gerade auch von der Bundesregierung. Denn die Schrammen am EU-Image hängen nicht nur mit dümmlichen bürokratischen Vorschriften zusammen (Krümmungsgrad von Gurken), sondern auch mit dem verlorenen Vertrauen in Demokratie aufgrund exzessiver Korruption.

Krisenbewältigung – nicht ohne EU-Reformen

„Nur radikale Reformen können die EU retten“ – so titelt Die ZEIT kurz bevor A. Merkel die EU-Präsidentschaft 2020 über

⁶⁷ The OLAF Report 2019

nahm.⁶⁸ Wer sich heute noch für Politik interessiert, kann dem ZEIT-Ausruf nur zustimmen. Zustimmung muß man allerdings nicht der radikalen Kritik am starken Nationalismus vieler der 28 oder 27 EU-Mitglieder. Denn die Wurzeln des heutigen Reformdrucks liegen u.a. in der Heckenscherenpolitik mit dem harmlosen Titel „EU-Erweiterung“. A. Merkel war zwar nicht als Kanzlerin in der Phase vor 2004 für diese Erweiterung mitverantwortlich. Sie hat aber ab 2005 intensiv und unkritisch diese Erweiterungspolitik betrieben (s.o., S.57 „Osterweiterung“). Die Kanzlerin gehört zu den EU-Protagonisten, die nicht erkennen wollen (oder nicht können), daß einzelne Gesellschaften ihre eigene Geschichte und Kultur hochhalten, weil die für die Identitätsstiftung nun einmal wichtig ist. Und diese Politiker erkennen nicht, daß das Überstülpen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik über alle sonstigen gesellschaftlichen Werte nicht nur die Klimaveränderung extrem beschleunigt, sondern auch die völlig überzogene Globalisierung mit ihren Kriegen (Afghanistan, Irak, Georgien, Ukraine ...) nach sich zieht. Und dass die Bevölkerungen sich gegen die Heckenscheren wehren. Insbesondere wenn bis heute in den EU-Institutionen immer noch restriktive Formen von Bürgerbeteiligung vorherrschen. Was z.B. kann ein europäischer Wähler mit einer **Europäischen Volkspartei** (EVP) anfangen, in der sich sowohl die ungarische Regierungspartei Fidesz wie auch die deutsche CDU vereinen, in der also ein Viktor Orbán als EU-Kritiker der legitime Sprecher ist wie auch eine Angela Merkel als profilierte Pro-Europäerin? Welche Art Demokratie wird dabei abgebildet, wenn in der EVP zudem die Forza Italia neben den portugiesischen Sozialdemokraten zu Hause sind? Wenig verständlich bleibt bis heute ebenso das Prinzip der **Einstimmigkeit** im Europäischen Rat bei seinen zukunftsweisenden Entscheidungen – vom EU-Haushalt bis zur EU-Flüchtlingspolitik. Es kann kaum jemanden überzeugen, daß Zypern, die Geldwaschinsel für russische und ukrainische Oligarchen, dasselbe politische Gewicht zugesprochen wird, wie Deutschland, Frankreich oder Schweden.

⁶⁸ *Europäische Union: Nur radikale Reformen können die EU retten,*
Die ZEIT, 1.2.2020

Findet sich also das dringliche Thema „EU-Reformen“ im Arbeitsplan der deutschen EU-Präsidentschaft 2020? Nein. Dabei hatte die Europäische Kommission schon 2017 unterschiedliche **Denkanstöße zur Neugestaltung der EU-Zukunft** vorgelegt. Die Kommission sprach von fünf Reflexionspapieren. Jedes der Dossiers war einem spezifischen Thema gewidmet:

- der Sozialpolitik der EU
- der Globalisierung
- der Wirtschafts- und Währungsunion
- der Finanzpolitik, einschließlich Rolle der Europäischen Zentralbank
- der europäischen Verteidigungspolitik.

Diese Reflexionspapiere enthielten Szenarien und Ideen, wie die EU im Jahr 2025 aussehen könnte, aber keine konkreten Vorschläge. In der Verantwortung des seinerzeitigen Kommissionspräsidenten Juncker legte die Kommission zudem ein sog. Weißbuch mit dem Titel **Zukunft Europas** den europäischen Regierungen, aber offiziell allen Bürgern und Institutionen in Europa als Anregung vor:



In einem der einflussreichsten Länder der EU, in dem gerne von einer breit ausgebauten Demokratie die Rede ist, hätte die Regierung die Initiativen der Kommission zum Anlass nehmen müssen, um Überlegungen (nicht Sprechblasen) zur Zukunft Europas zu entwickeln. Zumal sogar der neoliberale Jean-Claude Juncker die breite Beteiligung ganz Europas an diesen Überlegungen in seinem Vorwort (in Kommissions-Sprache) betont hatte:

„Nach einer breiten Debatte, die in den kommenden Monaten den ganzen Kontinent miteinbezieht, darunter das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente, die Regionen und Kommunen und die gesamte Zivilgesellschaft, werde ich diese Ideen weiterführen und im September 2017 in meiner Rede zur Lage der Union meine

persönlichen Vorstellungen zur Zukunft Europas darlegen. Das erlaubt es dem Europäischen Rat, bis zum Jahresende erste Schlussfolgerungen zu ziehen und mit ausreichendem Vorlauf vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2019 über das weitere Vorgehen zu entscheiden.“

Der französische Präsident E. Macron spielt in derselben intellektuellen Liga wie die Autoren des Weißbuchs. Er hält im September 2017 eine europaweit stark beachtete Rede an Frankreichs Elite-Universität Sorbonne. Macron drängt mit seinen 6 konkreten Herausforderungen für ein neu zu gestaltendes Europa die deutsche Kanzlerin in die Ecke der Zauderin, in die sie zwar gehört, die ihr gleichzeitig aber auch immer mehr nationale und internationale Kritik einbringt. Zu Macrons Reformanstößen gehören auch solche, für die vor vielen Jahren schon in der CDU Sympathien laut geworden waren:

- *Innerhalb der reformierten EU müssen die Länder, die weiter und schneller vorankommen wollen, dies ohne Hürden tun können. Die Kooperationen stehen allen jederzeit offen, ausschlaggebend ist hier einzig das Kriterium der gemeinsamen Zielsetzung (entspricht Schäubles EU der 2 Geschwindigkeiten)*
- *Alle Länder, die sich diesem Wunsch anschließen wollen, könnten in den nächsten Wochen eine „Gruppe zur Neugestaltung der EU“ auf den Weg bringen. In dieser Gruppe wären die Repräsentanten jedes entschlossenen Mitgliedstaates vertreten sowie die europäischen Institutionen*
- *Bis zum Sommer 2018 sollen genaue Maßnahmen formuliert und vorgeschlagen werden, mit denen die Reformziele umgesetzt werden. Die einzelnen Themen (verstärkte Zusammenarbeit, mittelfristig neuer EU-Vertrag, erforderlicher Finanzaufwand etc.) werden Thema für Thema abgearbeitet.*

Erst etwa 1 1/2 Jahre später reagierte die Berliner Politik offiziell auf Macrons Initiative; und dann nicht einmal die Kanzlerin, sondern die inzwischen neugewählte CDU-Vorsitzende A. Kramp-Karrenbauer. Ein unglaublicher politischer und persönlicher Affront von A. Merkel. Warum diese Reaktion? Es

gab vor Corona Grundpositionen der Merkel Regierungen, die waren unerschütterlich: die Schwarze Null; keine europäische Schuldengemeinschaft; kein EU-Finanzminister und einige mehr. Die Kanzlerin wollte solche deutschen Positionen nicht einmal diskutieren, geschweige denn reformieren oder aufweichen. Da es gar nicht erst zu ernsthaften Gesprächen zwischen deutscher und französischer Regierung kam, kam es erst recht nicht zur Diskussion mit den übrigen EU-Ländern und Institutionen, die Macron gerne am Reform-Tisch dabei gehabt hätte. Am Ende landete die große Sorbonne-Initiative im Papierkorb der EU.

2020 ergab sich eine sehr gute Gelegenheit für die Bundesregierung, das Versäumte nachzuholen. Als EU-Präsidentin hätte A. Merkel die dringend erforderlichen Reformpakete jetzt selber formulieren können oder wenigstens einige Reform-Akzente setzen können. Sie hätte es müssen, nachdem die EU-Kritik zum Brexit geführt hat (dem auch andere Länder beinahe gefolgt wären: z.B. Finnland). Aber verpasst und verpatzt. Stattdessen hat die EU-Kommission unter U. v.d. Leyen ein anderes, ebenso wichtiges Thema zur breiten Debatte in Europa vorgelegt: die Agenda für ein grünes Europa, den sog. „Green Deal“. Ohne strategische Reformen der EU-Spielregeln endlich einzuleiten wird es auch die neue Kommissionsspitze mit der Deutschen v.d. Leyen, dem Niederländer *Timmermanns* und der Dänin *Vestager* extrem schwer haben, einen wirklichen „Green Deal“ so umzusetzen, daß die EU als ernstzunehmender „global player“ neben China und den USA (nach Trump) zukunftsfähig bestehen kann.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND SANKTIONEN: EU-Parlament-ja; Merkel-nein

In Deutschland hängt die beschädigte Demokratie in den 2000er Jahren mit Glaubwürdigkeit, auch mit illegalen Geldströmen, mit gesellschaftsfeindlichen Subventionen (Autoindustrie, Kreuzfahrtschiffe, Landschaftszerstörung durch Autobahnbau u.a.m.) zusammen. Auf europäischem Niveau sieht die EU-Kommission in einer Reihe von Mitgliedstaaten

zusätzlich große Probleme durch **Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze**. In einem Rechtsstaatsbericht äußert die Kommission "**ernsthafte Bedenken**" zur Unabhängigkeit der Justiz in **Polen** und **Ungarn**. Herausforderungen in diesem Bereich gebe es in unterschiedlichen Facetten aber auch in **Bulgarien, Rumänien, Kroatien** und der **Slowakei**.

Aber erst die Kommission unter U. v.d. Leyen legt den ersten Bericht über Stärken und Schwächen von Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Ländern vor. Und darin wird auch **Deutschland** vorgehalten, dass die Regierung Einfluß auf die Rechtsprechung nimmt, da die Staatsanwälte weisungsgebunden gegenüber dem Justizminister sind. Nur Polen wird in dem Punkt als noch undemokratischer eingestuft, weil hier der Justizminister gleichzeitig Generalstaatsanwalt ist.⁶⁹

Aber im Juli 2020 hielt A. Merkel vor dem Europäischen Parlament ihre perspektivische Rede zur anstehenden deutschen EU-Präsidentschaft. Darin lautete ein Satz: *"Ich will deutlich machen, und ich hab ja nicht umsonst ausführlich über die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte gesprochen, dass diese in Europa und auch für die deutsche Ratspräsidentschaft absolute Priorität genießen."*

Drei Monate später legte die Kanzlerin diesen prioritären Vorschlag vor und die große Mehrheit der EU-Parlamentarier war schlicht entsetzt. Merkels Vorschlag sieht Kürzungen von EU-Geldern nur dann vor, wenn der Rechtsbruch direkte Auswirkungen auf die Finanzen der EU hat. Korruption und Betrug könnten so zwar bestraft werden, nicht aber andere gravierende Rechtsverstöße wie die Einschränkung der Pressefreiheit oder politischer Druck auf die Justiz im Lande. Heftige Kritik äußerten nicht nur Grüne oder SPD-Abgeordnete, wie die vorherige deutsche Justizministerin Katarina Barley, jetzt Vizepräsidenten des EU-Parlaments. Auch Regierungen, wie die niederländische und die skandinavischen machten keinen

⁶⁹ "... the Ministers of Justice of the Länder and the Federal Minister of Justice have the possibility to give instructions to prosecutors in individual cases." (EU Commission: 2020 Rule of Law Report. Country Chapter on the rule of law situation in Germany, 30.9.2020)

Hehl aus ihrer Verständnislosigkeit über A. Merkel. Merkels Haltung gegenüber einem gemeinsamen europäischen Wertesystem und seine Achtung und Verteidigung durch alle, die Mitglied der EU sein wollen, findet nur noch Zustimmung bei korrupten Oligarchen, wie eben Orbán, ihrem Parteifreund in der Europäischen Volkspartei.

Empörung über Merkels Rücksicht auf V. Orbán

der Grünen-Abgeordnete Daniel Freund im Europa-Parlament ist Mitglied im **Haushaltskontrollausschuss** und zuständig dafür, dass EU-Gelder nicht zweckentfremdet werden. Im Juni 2020 (vor Merkels Rede im EU-Parlament) reiste Freund durch Ungarn. Seine Erkenntnisse:

"Ich hab in Ungarn mit Aktivisten, Politikern, Journalisten gesprochen. Und alle sind sich in ihrer Einschätzung einig: Seit Orbán 2010 die Macht in Ungarn übernommen hat, werden EU-Gelder relativ systematisch abgezweigt. Und teilweise fließen die Gelder auch in die eigenen Taschen von Orbán, seiner Familien und seinen engsten Freunden."

Ausschreibungen für große EU-geförderte Aufträge würden manipuliert, berichtet Daniel Freund. Mit dem Ziel, dass **Bewerber aus Orbáns engstem Umkreis** den Zuschlag bekommen. "Ein konkretes Beispiel dafür ist der Schwiegersohn von Viktor Orbán", so Freund. "Der hat mit LED-Straßenlampen 65 Millionen Euro aus öffentlichen Verträgen bekommen."⁷⁰

A. Merkels professioneller Machterhalt

"Time"- Magazin kürt im Dezember 2015 A. Merkel zur "Person des Jahres 2015". Die Bundeskanzlerin sei die mächtigste Führungspersönlichkeit Europas, urteilt das US-amerikanische Magazin. Sicher auch wegen Merkels Flüchtlingsinitiative – ohne aber auf das Gesamtbild in Deutschland, in Europa, in Afrika zu achten.

"Time"- Magazin kürt ein Jahr später D. Trump zur "Person des Jahres 2016".

⁷⁰ Tagesschau, 23.7.2020

Dazwischen twitterte Trump bitter: "Ich habe Euch gesagt, dass mich das "Time"-Magazin nie zur Persönlichkeit des Jahres ernennen würde, obwohl ich der große Favorit war". Stattdessen habe die Redaktion jene Politikerin ausgewählt, "die Deutschland ruiniert".

Auf einen Trump-Kommentar muß man sich nicht einlassen, sie sind in der Regel krankhaft dumm. Aber genau diesen Mann zur Person des Jahres zu wählen, spricht auch schon 2016 gegen TIME-Magazin und zeigt eher den Opportunismus, dem TIME sich sofort nach Trumps Wahl ausgesetzt fühlt. Ein D. Trump ist weder politisch erfahren genug noch intellektuell in der Lage, seine Defizite zu erkennen, daran zu arbeiten, um dann zutreffende Einschätzungen von Personen oder Ereignissen abgeben zu können. Sein Kommentar hat daher nichts mit Erkenntnis zu tun und dennoch trifft seine Schadensmeldung durchaus zu, wenn man die vorgenannten Handlungsfelder der Kanzlerin aufsummiert.

Niemand wird A. Merkel unterstellen, sie habe Deutschland ruinieren *wollen*. Dennoch muß man ihr eine außerordentlich negative Gesamtbilanz vorhalten. Warum ist das so? Sicher, weil das Deutschland am Ende der Merkel-Ära von Beobachtern vor Ort in Fotos eingefangen wird, wie dieses vom Görlitzer Park in Berlin.



Das Foto vom Görlitzer Park in Berlin, einem Schwerpunkt des Berliner Drogenhandels, ist kein Foto gegen Migranten. Es deutet vielmehr auf den dramatischen Verfall deutscher Kultur hin und läßt noch einmal ganz anders die Kanzlerin fragen:

WAS wollte sie denn eigentlich überhaupt schaffen in Deutschland und in Europa? Die Antworten auf diese Frage wurden immer verschwommener je öfter A. Merkel sich als Nachfolgerin ihrer selbst im Kanzleramt bewarb. Bei der vierten Wahl – 2013 – fasste DER SPIEGEL diese Entwicklung mit einer Mischung aus Frust und Unverständnis einmal mehr zusammen:

- *„Wohl noch nie hat ein deutscher Regierungschef das Volk im Wahlkampf so seditiert wie Merkel*
- *„statt mit den Bürgern darüber zu reden, wohin sie das Land führen will, behandelt sie die Wähler wie Kinder, die der Mutter einfach vertrauen sollen [fragt man sich: ist das ein Ergebnis politischer Sozialisation in der SED-Ära?]*
- *„Merkel verweigert sich (dem üblichen Programm-Wahlkampf). Sie will nicht über Argumente abstimmen lassen, sondern nur über ihre Person.*
- *„Kein anderer deutscher Regierungschef war im achten Jahr seiner Kanzlerschaft so mächtig wie Merkel ... in der CDU hat sie keine Rivalen mehr ⁷¹*

In diesen wenigen Punkten ist viel Merkel erkennbar. Gerade auch im Hinweis, daß A. Merkel in der CDU keine Rivalen mehr hatte. Denn Machtsicherung in der CDU ist die klarste politische Linie der Angela Merkel. Es ist eine beeindruckend lange Liste von gewichtigen CDU-Männern, die sie im Laufe von 20 Jahren „beiseite geräumt“ hat:

➤ Helmut Kohl, Kanzler und Parteichef, war 2000 der erste, der gehen mußte.

⁷¹ DER SPIEGEL Nr. 37/2013

- Wolfgang Schäuble, Fraktionschef, durfte Kohl begleiten. A. Merkel nutzte die Parteipendenaffäre, in der Kohl sich ziemlich dumm, arrogant und CDU-schädlich verhielt und ließ sich als „Sauberfrau“ zur neuen Chefin aufstellen.
- Friedrich Merz beging den Fehler, sich als Fraktionsvorsitzender an die Seite von Kanzlerkandidat E. Stoiber zu stellen. Das verzieh A. Merkel ihm nie. Merz wechselte von der Politik in die Wirtschaft, bis hin zu Blackrock.
- Roland Koch fuhr sehr starke Wahlergebnisse in Hessen ein, sah sich 2005 als der bessere Kanzlerkandidat gegen G. Schröder. Für A. Merkel ein gewichtiger Rivale, der keine Unterstützung von der Bundes-CDU mehr erhielt. Er wechselte 2011 zu einem führenden Bauunternehmen.
- Jürgen Rüttgers gewann die Landesregierung in NRW für die CDU – nach 38 Jahren SPD-Herrschaft. Aus NRW-Sicht kritisierte er A. Merkels Sozialpolitik und wollte zurück zu Erhards „sozialer Marktwirtschaft“. Einige Skandale erleichterten es A. Merkel, den aufstrebenden Rivalen Rüttgers „zu beseitigen“.
- Karl-Theodor zu Guttenberg war Merkels jüngster Wirtschaftsminister und nach ein paar Monaten jüngster Verteidigungsminister. Außer „jüngster“ zu sein profilierte er sich nur mit einer getürkten Doktorarbeit. Dennoch promovierte ihn die CSU immer wieder als nächsten Kanzlerkandidaten. A. Merkel mußte ihn nicht „beseitigen“. Er tat es erfolgreich selber.
- Günther Oettinger war als Baden-Württemberger Regierungschef eigentlich gar keine Konkurrenz für A. Merkel. Dennoch entsorgte sie ihn 2009 als Kommissar nach Brüssel und handelte sich mit Oettingers Nachfolger
- Steffan Mappus einen ehrgeizigen politischen Poltergeist ein, der ganz offen gegen Merkel polemisierte, als Atom-Freund aber nach Fukushima keine Chance mehr gegen die „Atomaussteigerin“ Merkel hatte.
- Norbert Röttgen war eigentlich „Muttis Klügster“, verlor aber die Landtagswahlen in NRW und konnte / wollte A. Merkel in ihrer mäandernden Umweltpolitik als Umweltminister in einer CDU-FDP-Regierung nicht helfen. Er war der einzige

ihrer Minister, den sie für jedermann sichtbar als Minister feierte.

Andere profilierte CDU-Politiker hätten ernsthafte Rivalen für A. Merkel sein können, wurden aber - anders als Oettinger - nicht nach Brüssel geschickt, sondern Bundespräsident und auch dadurch politisch entschärft:

- Horst Köhler 2004-10
- Christian Wulff 2010-12.

Psychologen beschreiben den Typ Angela Merkel als bodenständig. Dieser Typ verfolgt seine Ziele diszipliniert und wirkt emotional ausgeglichen. Psychologen fügen hinzu: mit ungewöhnlichen, abgehobenen, oder komplexen Themen befassen sie sich nur ungern, und auch zu etwas Neuem sind sie schwer zu bewegen. Denn davon, wie Etwas sein soll, haben sie feste Vorstellungen, nach denen sie sich stets richten. Ebenfalls mögen sie klare Lösungen, bauen auf ihre Erfahrungen und können sehr gut mit Routineaufgaben umgehen. Ihre Gefühle und Gedanken behalten sie primär für sich und teilen sie nur mit wenigen ausgewählten, ihnen nahestehenden Menschen.

Andere Kollegen verweisen auf die erreichte Komplexität unseres Alltagslebens und auf die kaum mehr erfassbaren Zusammenhänge unserer globalisierten Welt. Da richten immer mehr Menschen ihre Aufmerksamkeit weniger auf die Sprechblasen von Parteiprogrammen. Die haben längst ihre Glaubwürdigkeit verloren, so wie politische Parteien insgesamt (Extrembeispiel: SPD). Der Blick geht daher eher auf Persönlichkeiten, die entweder einen überzeugenden Siegerwillen auf ihre Umgebung übertragen und die Umgebung mitreißen (im Fußball ein Jürgen Klopp) oder die „fürsorgliche Mutter“ wird gesucht, ihre Geradlinigkeit, die verharmlosende Sprache, das Fehlen privater Skandale. A. Merkel vereinigt offenbar mehrere dieser Kriterien. Die obige Liste zeigt: sie ist gut im persönlichen Machterhalt. Deswegen ist sie aber nicht automatisch auch eine gute Kanzlerin. Denn ihr fehlt nicht nur bei so zentralen Deutschland-Themen, wie Bildung und Forschung

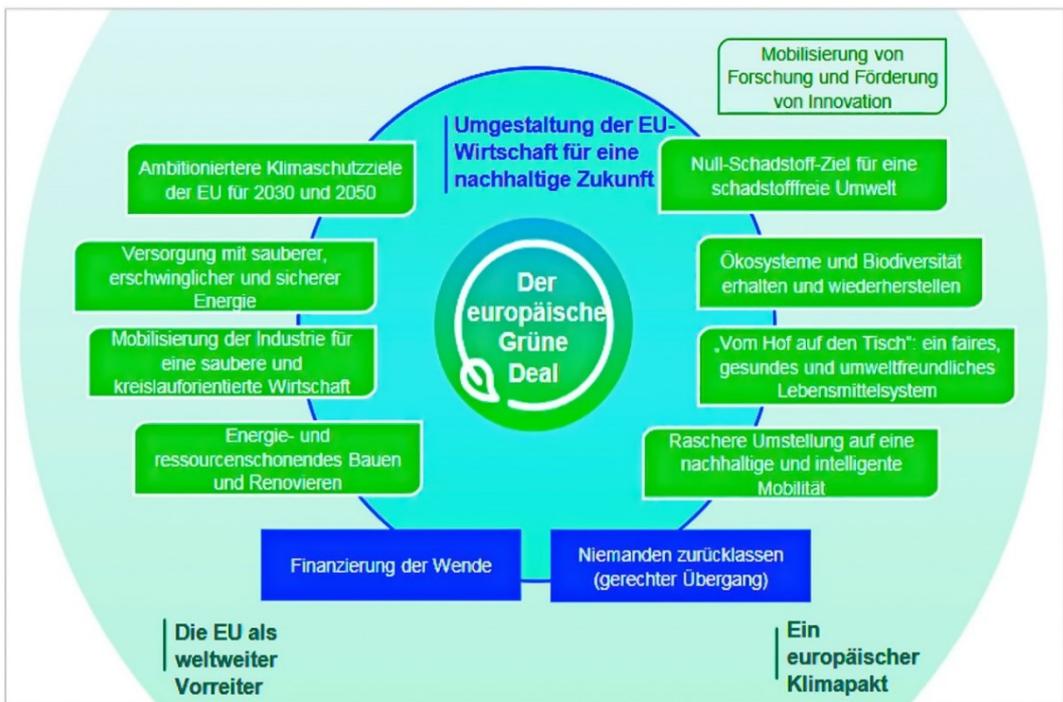
oder einer echten Nachhaltigkeitsstrategie Wille und Verständnis. Der politische Gestaltungswille fehlt auch bei ganz zentralen Elementen internationaler / globaler Politik, die wiederum auch auf Deutschland zurückwirken:

Zu solchen strategisch-globalen Fragen gehört z.B. die Besetzung der Position des IMF-Direktors zweimal hintereinander durch einen vorherigen französischen Finanzminister (Strauss-Kahn, Lagarde), von denen jedermann weiß, daß französische Finanzpolitik andere Schwerpunkte setzt als die deutsche, insbesondere was die Rolle der Zentralbank und damit die Steuerung der Finanzpolitik betrifft. Diese Entscheidung war A. Merkel offenbar nicht besonders wichtig. Ebenso wenig nachvollziehbar war die Akzeptanz des Italieners M. Draghi als EZB-Direktor. Nicht nur, weil Draghi sehr ausschweifend mit seinem Mandat als Euro-Währungshüter umging und dabei den Mittelmeer-Staaten half, dringend notwendige Strukturreformen zu umgehen oder zu verschieben. Draghi gehörte schließlich auch der „Gruppe der 30“ als Person und als EZB-Chef an, dieser kleinen (intimen) Gruppe von Notenbankern (ehemaligen) Finanzministern, Direktoren großer Banken. Dieser Draghi stand immer im Verdacht, manipulativ und intransparent und in Einklang mit G 30 zu handeln. Und auch, weil ein wichtiger Bestandteil deutscher sozialer Sicherheitspolitik (Altersrente) durch Draghis Null-Zinspolitik und seine gleichzeitige, nie begründete Ziellinie von 2% Inflation gefährdet wurde, hätte man gern klare Worte der Kanzlerin gehört. Oder zumindest von ihrem Finanzminister. Aber da kam nichts. Dabei wurden auch in Deutschland als Teil einer deutschen Rentensicherungspolitik die schweizer Erfahrungen mit deren Drei-Säulen-Ansatz diskutiert: staatliche Rente, Betriebsrente, staatliche Förderung von angespartem Privatvermögen (Sparzinsen). Durch die Draghi'sche Geldumlaufexplosion von **2.100.000 Millionen** Euro, allein zwischen März 2015 und November 2019 im Rahmen des sog. *Public Sector Purchase* Programme zum Ankauf von Staatsschulden bei gleichzeitiger Null-Zins-Politik der EZB fiel die

dritte Säule der sozialen Sicherheit gerade für untere Sozial-schichten in Deutschland weg.

Nicht minder gravierend ist das Abtauchen der politischen deutschen Führung beim Thema Besteuerung und Kontrolle internationaler IT-Konzerne in Deutschland. Die liberale dänische Kommissarin Margrethe Vestager (Wettbewerb) hat gezeigt, dass das durchaus geht – auch wenn es sich um ungeheuer mächtige US-Konzerne handelt. Sie hat Google und Apple mehrfach zu Milliarden-schweren Strafen wegen Wettbewerbsverzerrung verdonnert. Vestager hätte gute Chancen gehabt, eine strategisch denkende EU-Präsidentin zu werden, wenn A. Merkel sich nicht mit E. Macron auf U.v.d.Leyen geeinigt hätten, um die Verteidigungsministerin (sowie ihre Chefin) vor einem noch größeren politischen Skandal in Berlin zu bewahren.

Doch noch ein europäischer Ausblick: GREEN DEAL der EU-Kommission



Europäische Kommission: *Der europäische Grüne Deal*, 2019

Kanzlerin Merkels vormalige Verteidigungsministerin und jetzige Präsidentin der EU-Kommission, Ursula v.d. Leyen, hat eine lange erste Amtszeit (2019-2025) zur Verfügung, um einige der strategischen politischen Fehler ihrer früheren deutschen Regierung auszubremsen. Sie hat ein ambitioniertes Großprojekt vorgelegt: **EU Green Deal**.

Der Name ist natürlich angelehnt an das massive staatliche Wiederaufbauprogramm der US-Regierung 1933-38 nach der Weltwirtschaftskrise. Für die EU soll der Akzent jetzt auf „grün“ gesetzt werden, dabei verbunden mit sehr ambitionierten wirtschaftlichen und politischen Reformen. U.v.d.Leyen wird viel Engagement zeigen müssen, um diesen GREEN DEAL in West- und Osteuropa, in Skandinavien und am Mittelmeer politisch abzusichern und in ersten Schritten umzusetzen. Die Voraussetzungen sind nach einem Jahrzehnt der Finanzkrisen und heftiger Debatten um die Euro-Rettungspolitik der EZB und nach Jahren einer konfliktiven Flüchtlingspolitik jedoch eher günstig für U. v.d. Leyen. Eher günstig für eine **gemeinsame europäische Vision**, bei der prinzipiell alle profitieren können.

Es kann daher sein, dass gerade die Merkel-Ministerin, die elegant aus der Bundespolitik nach Brüssel entsandt wurde, weil ihr ein Untersuchungsausschuss im Bundestag drohte, weil Millionen-Summen an Beraterfirmen des Verteidigungsministeriums flossen und aufgeklärt werden sollten⁷² – dass also diese neue EU-Chefin auch der Bundesregierung Druck machen wird beim Thema nachhaltige Entwicklung, Kreislaufwirtschaft, Rohstoffsicherung.

Zusammen mit ihrem sozialdemokratischen Vizepräsident *Timmermanns*, ihrem wohl wichtigsten Verbündeter unter den EU-Kommissaren, legt v.d. Leyen den Fokus des DEAL auf

⁷² Ein Untersuchungsausschuß hat tatsächlich zwischen März 2019 und Februar 2020 Tausende von Akten durchgesehen und als verantwortlich für viel Mißmanagement Staatssekretäre und Abteilungsleiter identifiziert und in einem 720 Seiten starken Bericht dem Bundestag vorgelegt

wirtschaftspolitische Maßnahmen. Das entspricht zwar den UN-Nachhaltigkeitszielen SDG 9 und 12. Keinen eigenen Schwerpunkt im Green Deal-Programm findet bei U.v.d.Leyen (so wenig wie bei A. Merkel oder Ministerin Karliczek) *Umweltbildung* (SDG 4), also die Schaffung der intellektuellen Bereitschaft, nachhaltig mit Natur und Rohstoffen so umzugehen, daß „das Überleben gesichert“ wird (W. Brandt).

GREEN DEAL ist das große, äußerst anspruchsvolle Thema, das sich die EU-Kommission am 11.12.2019 auf die Fahne der nächsten Haushaltsperiode geschrieben hat (2021-27). Genau der Themenbereich, den sich eine ehemalige Umweltministerin und „Klimakanzlerin“ selber auf die Fahne schreiben muß. Für die professionelle und die politische Durchführung eines GREEN DEAL hat die EU-Kommission in vorangegangenen Jahren schon wichtige Vorarbeiten geleistet mit Vorlagen zu:

- **Wirtschaftsphilosophie auf der Grundlage von Kreislaufwirtschaft**
- **Nachhaltige, ökologische Agrarpolitik der EU** (GAP). Anstelle der bisherigen Flächenförderung (Großbetriebe) werden 15 Milliarden Euro pro Jahr als notwendig für den landwirtschaftlichen Naturschutz angesehen. Darin noch nicht berücksichtigt ist die Unterstützung zur Wiederherstellung schon degradierter Naturräume, etwa Moorflächen, die zu den wichtigsten CO₂-Senken gehören. Damit ist wiederum, Hochwasserschutz und Trinkwasser-Qualitätssicherung verbunden.
- **Biodiversitätsstrategie**, für die allein 20 Milliarden Euro jährlich als notwendig angesehen werden, um das europäische Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 endlich vollständig umzusetzen.
- **Emissionsminderung und Energiewende** durch Minderung des globalen Transportwesens (vor allem auch der chinesischen Seidenstraßen) und entschleunigte Mobilität in den Städten (Beispiele: Niederlande, Dänemark), wodurch automatisch fossiler Energieeinsatz zugunsten regenerativer Energien verändert wird.
- **Gesamteuropäische Umsetzung von so vielen wie möglich der 17 SDG Handlungsfelder**

- **Abkehr von der neokolonialen Rohstoffpolitik zulasten des globalen Südens.**

Alle 6 Teilbereiche eines GREEN DEAL sind miteinander vernetzt. Dennoch kommt den beiden erstgenannten ein besonderes Gewicht zu, sowohl für die EU als Ganze wie auch für das zentrale Mitglied Deutschland. In Deutschland haben die Merkel-Regierungen einen amputierten Begriff von Kreislaufwirtschaft von den Vorgängern übernommen und im selben Verständnis weitergeführt: Kreislaufwirtschaft als Wirtschaft, die etwas systematischer mit ihren Abfallprodukten umgeht; Kreislaufwirtschaft als reines Recycling. Das ist für Deutschland zu kurz gedacht und ebenso für Europa. Im GREEN DEAL steht der wichtige und richtige und noch zu vorsichtig mahnende Hinweis: *„Zur Verwirklichung einer klimaneutralen und kreislauforientierten Wirtschaft muss die gesamte Industrie mobilisiert werden. Es dauert 25 Jahre, also eine ganze Generation, um einen Industriesektor und alle Wertschöpfungsketten umzugestalten. Um dies bis 2050 zu erreichen, müssen **in den nächsten fünf Jahren Beschlüsse gefasst und Maßnahmen ergriffen** werden. Etwa die Hälfte der gesamten Treibhausgasemissionen und mehr als 90 % des Biodiversitätsverlusts und der Wasserknappheit sind auf die Rohstoffgewinnung und die Verarbeitung von Materialien, Brennstoffen und Lebensmitteln zurückzuführen.“*

A. Merkel war vor 15 Jahren deutsche Umweltministerin und wiederholt haben die wissenschaftlichen Beratungsinstitutionen in der Zeit darauf hingewiesen, dass Deutschlands Industrie einen viel zu hohen Rohstoffverbrauch zu verantworten hat; dass mit Rohstoffen zu verschwenderisch umgegangen wird; dass die Wälder und die Biodiversität insgesamt schon sehr stark geschädigt sind etc. Und rechtzeitig vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft legte der Sachverständigenrat für Umweltfragen seinen neuesten Bericht zur Lage der Umwelt in Deutschland als zentralem Mitglied der EU vor. Darin gibt es Anknüpfungspunkte an den EU Green Deal. So heißt es dort in Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft:

„In Deutschland ist die Nutzung von Rohstoffen seit Jahrzehnten sehr hoch: Der Rohstoffverbrauch war im Jahr 2017 mit 22,8 t pro Einwohner fast doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt von 12,2 t pro Einwohner und Jahr. Der durchschnittliche Rohstoffkonsum der afrikanischen Länder lag im Jahr 2017 bei 3,1 t pro Einwohner und Jahr. Dabei zeigt der Verlauf des Rohstoffkonsums je Einwohner in Deutschland von 1970 bis 2017 insgesamt einen Rückgang um circa 11 %. Dies ist jedoch hauptsächlich auf die **Substitution von inländisch gewonnener Kohle durch andere importierte Energieträger ... zurückzuführen.**“⁷³

Auf diese Bundesregierungen der letzten 15 Jahre kann der GREEN DEAL kaum setzen. Und dann muß noch etwas anderes mitbedacht werden:

die neue Normalität von Ökonomie und Finanzen:⁷⁴

Die neue Normalität wird geprägt von lauter komplizierten Begriffen, Liquiditätsfalle, Schuldenüberhang, Negativzinsen, Kapitalüberschuss. Und die erste Reaktion ist, sich erst einmal wegzuducken und zu sagen: Was hat das mit mir zu tun, lass das die Experten diskutieren. Nur prägt die neue Finanzwelt unser Leben stärker als die nächste Dummheit von Trump oder der nächste Regierungswechsel. Sie bestimmt nicht nur, wie viel Geld sich auf dem Konto sammelt, sondern auch, welchen Unternehmen es gut geht, wie viel Rente es gibt, wie viele Menschen arbeitslos sind, was die Butter kostet.

Die neue Normalität wird geprägt von lauter komplizierten Begriffen, Liquiditätsfalle, Schuldenüberhang, Negativzinsen, Kapitalüberschuss. Und die erste Reaktion ist, sich erst einmal wegzuducken und zu sagen: Was hat das mit mir zu tun, lass das die Experten diskutieren. Nur prägt die neue Finanzwelt unser Leben stärker als die nächste Dummheit von Trump oder der nächste Regierungswechsel. Sie bestimmt nicht nur, wie viel Geld sich auf dem Konto sammelt, sondern auch, welchen Unternehmen es gut geht, wie viel Rente es gibt, wie viele Menschen arbeitslos sind, was die Butter kostet.

(Sparsamkeit) mit ökologischer Wirtschaft. Dann landen die Spareinlagen der Bürger zur Rentensicherung nicht auf dem tradierten Sparbuch, sondern in *Öko-Fonds* oder zur direkten Unterstützung *Solidarischer Landwirtschaft* oder bei genossenschaftlichen Projekten von *regenerativer Energiegewinnung* u.ä.m.

Die eigentliche Crux einer zukunfts-fähigen Wirtschaftspolitik besteht demnach nicht mehr allein im Grundverhalten der schwäbischen Hausfrau (Merkels Vorbild), sondern in der Verknüpfung ihrer Tugend (Sparsam-

⁷³ Bundestagsdrucksache 19/20590, 25.5.2020

⁷⁴ DER SPIEGEL Nr. 46, 9.11.2019

Denn solche Projekte ermöglichen die eigentliche Zukunftssicherung besser als die volatilen Finanzmärkte in den Händen von Hedge-Fonds oder von Robotern gesteuerten Aktienmärkten.

Man darf sich sehr wohl sehr kritisch gegen die Null- und Minuszins-Politik der Europäischen Zentralbank äußern (was A. Merkel tun sollte), aber man muss als Regierung

gleichzeitig das Bewusstsein für die stark veränderten Wirtschafts- und Finanzpolitiken schaffen und damit die Bereitschaft, sich an der **Umgestaltung der EU-Wirtschaft zugunsten einer nachhaltigen Zukunft** zu beteiligen.

Aufbauend auf den 6 genannten EU-Vorleistungen und dem EU Green Deal hat U.v.d. Leyen auch der deutschen Kanzlerin die Vorlage geliefert für die Umgestaltung der Wirtschaftspolitik – und damit deutlich mehr geliefert als das, was Merkels Wirtschaftsminister Altmaier in seiner Charta 2020 einen „*historischen Kompromiss zwischen Klimaschutz und Wirtschaft*“ nennt (s.o., S.101).



Dieser Beitrag ist nicht gedacht als vollständige Aufarbeitung einer Kanzlerschaft, die vor großen Herausforderungen unserer Zeit gestanden hat – und offenbar viele gar nicht wahrgenommen hat, viele andere unzureichend oder falsch angegangen ist. Es bleibt der Eindruck, daß A. Merkel zumindest für die Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung kein klares Ziel und deswegen auch keine Handlungsstrategie und keine Umsetzungsmethoden besaß. In diesen gewaltigen Umbruchzeiten von Klimawandel über Neokolonialismus, globalem Terrorismus bis hin zu systematischen Zerstörern demokratischer Grundelemente (Trump, Erdogan, Bolsonaro u.a.m.) hätte es einer nachhaltig handelnden Kanzlerin mit einer Vision vom zukunftsfähigen Deutschland und Europa dringend bedurft.

Denn anstatt sich einem imperialen China fortwährend anzudienen, hätten gerade die Bundesregierungen in den 2000er Jahren zukunftsweisende Entwicklungen beim Klima- und Rohstoffschutz, in der Energiepolitik und in nachhaltiger Lebensführung aufnehmen und verstärken sollen. Und für Europa wurden die Chancen zur Stabilisierung des europäischen Wertesystems und einer demokratischen Beziehung zwischen Bürgergesellschaft und Staat schwer vernachlässigt.

Es bleibt unklar, wieviel Einsicht A. Merkel für sich selbst gewonnen hat, eine Spitzenpolitikerin, die einen Satz formulieren kann, wie es falscher nicht geht: *die politische Entscheidung, die ich jetzt treffe, ist alternativlos.....*

Eine billige Schutzbehauptung, die – wenn sie überhaupt zu einem Politiker passt – dann zu krankhaften Führern, wie Erdogan oder Bolsonaro und vor allem zu D. Trump

*vier
Mißverständnisse*



Gerade das Phänomen Trump muß gesondert betrachtet werden, weil er vor allem das Produkt eines antiquierten politischen Systems der USA darstellt („the winner takes all“; Präsident regiert wie ein König).

Von solchen Demokratieverächtern trennen A. Merkel und die meisten europäischen Spitzenpolitiker zum Glück Welten.

Dennoch unterm Strich: eine verpatzte Kanzlerschaft für Deutschland und für die EU

**Nachweis weiterer Publikationen
zu anderen Themen**

<https://www.elmar-roempczyk.de>



**am Svartisen-Gletscher (Norwegen)
solange es ihn noch gibt**